



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Serbien als EU-Mitgliedstaat?
Akteure und Probleme der externen Demokratisierung

Verfasserin

Alexandra Richter

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert

„The Balkans are part of Europe“

(ehemaliger EU-Kommissar für Außenbeziehungen
Chris Patten, 2004)

**„Wir sind überhaupt kein gewöhnliches
Transitionsland. Wir sind ein Land, dass
Europa vor fünf Jahren bombardiert hat, von
dem ohne Ende Auslieferungen nach Den
H a a g v e r l a n g t w e r d e n , d a s d a s
Kosovo-Problem hat, und das [...] eine
europäische Nachprüfung zu bestehen hat,
ohne Klarheit darüber, um welche Prüfung es
sich handeln wird.“**

(Kommentar von Srboljub Bogdanovic, 2004)

Danksagung

An dieser Stelle ist es an der Zeit all jenen zu danken, die mir durch ihre Unterstützung im Studium und bei dieser Diplomarbeit stets zur Seite gestanden sind. Etliche Diskussion über die Thematik meiner Diplomarbeit im Familien-, aber auch im Freundeskreis wirkten bei der Umsetzung stets hilfreich und ermunternd.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle meinem Betreuer, Univ. Prof. Dr. Dieter Segert, sowohl für die Optimierung des Themenvorschlags, als auch für die konstruktive Hilfe vor und während der Entstehung dieser Arbeit.

Von Herzen danke ich meiner lieben Familie (meinem Freund Torsten, meiner Mama und Roman meiner liebsten Oma und Gerti und Helmut), für die über das gängige Maß hinaus finanzielle und ganzheitliche Unterstützung während des gesamten Studiums und auch für ihren sicheren Glauben an meine Fähigkeiten.

Besonders bei meiner Mama bedanke ich mich für die in jeder Hinsicht gänzlich und energische Unterstützung als auch Hilfestellungen, durch die ich viele (innere) Hürden überwinden konnte und die Realität nicht aus den Augen verlor.

Meinem Freund Torsten, der mit viel Geduld meine Launen während des gesamten Studiums ertragen musste. Für das Verständnis und die Liebe, die er mir in diesen Jahren immer wieder entgegen gebracht hat. Für den emotionalen Rückhalt und seine unermüdliche Unterstützung. Für den Zuspruch, wenn er nötig war, für Verständnis, wenn die Gedanken der Arbeit nachhingen.

Meinen lieben Freundinnen Sara, Nina, Manu und Rebecca die stets Interesse an meiner Arbeit zeigten und Worte der Aufmunterung parat hatten.

Zuletzt darf meine liebste Lilo nicht unerwähnt bleiben, sie sorgt tagtäglich für genügend Ablenkung und erweist sich als geduldige ZuhörerIn.

Vielen lieben Dank!

Abkürzungsverzeichnis

BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation
DOS	Demokratska opozicija Srbije (Demokratische Opposition Serbiens)
DS	Demokratska Stranka (Demokratische Partei)
DSS	Demokratska Stranka Srbije (Demokratische Partei Serbiens)
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EULEX	European Union Rule of Law Mission in Kosovo (Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo)
FAC	Council of Foreign Affairs of the European Union (Rat für auswärtige Angelegenheiten und Entwicklung)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance (Instrument für Heranführungshilfe)
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertragsorganisation)
NGO	Non Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OHR	Office of the High Representative (Amt des Hohen Repräsentanten)

RCC	Regional Cooperation Council (Regionale Kooperationsrat)
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SEECF	Südosteuropäischer Kooperationsprozess
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SRS	Srpska Radikalna Stranka (Serbische Radikale Partei)
UN	United Nations (oder UNO – United Nations Organizations) (Vereinte Nationen)
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WEU	Westeuropäische Union

1 Einleitung	11
1.1 Formale sprachliche bzw. begriffliche Hinweise	14
1.2 Problemstellung und Hypothesen	14
1.3 Methodik	16
1.4 Stand der Forschung	17
1.5 Aufbau der Arbeit	19
2 Intention, Interesse und Definition von Demokratie	21
2.1 Verschiedene Modelle der Demokratie	22
2.1.1 Definition von Demokratie	22
2.1.2 „Polyarchie“	24
2.1.3 Konzept der „embedded democracy“	26
2.1.4 Demokratiemessung: Der Freedom House-Index	28
2.1.5 Der Bertelsmann Transformations Index (BTI)	29
3 Theoretische Überlegungen zu externer Demokratieförderung	32
3.1 Überblick und Definition	32
3.2 Motive und Interessen externer Demokratieförderung	35
3.2.1 Sichtweisen der externen Akteure	36
3.2.2 Innen-Außen-Analogie	38
3.3 Externe Akteure	40
3.3.1 Die EU/EG	41
3.3.2 Die NATO	42
3.4 Instrumente externer Demokratieförderung	43
3.4.1 Soft-Power/hard-power	45
3.5 Probleme und Herausforderungen für externe Akteure im ehemaligen Jugoslawien	47
4 Serbien als EU-Mitgliedstaat?	54
4.1 Wolfgang Petritsch's Rückblick auf den Zerfall Jugoslawiens und den Westen	54
4.1.1 Exkurs zur jüngsten Geschichte	55
4.2 Demokratie am Balkan	58
4.2.1 Der Balkan als Herausforderung? Eurobalkan	59
4.3 Warum betrieb die EU erst 1999 eine Balkan Politik?	63

4.4 Ansätze für eine umfassende Stabilisierungsstrategie	65
4.4.1 Der Stabilitätspakt für Südosteuropa	65
4.4.2 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP)	69
4.4.3 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)	72
4.4.4 Die Erweiterungsstrategie der EU	74
4.4.5 Anreizbasierte Demokratisierungsstrategie: Politische Konditionalität	76
4.4.6 EU-Interessen auf dem Balkan	78
4.4.7 Kritik an der Südosteuropaerweiterung	80
5 Der Demokratisierungsprozess in Serbien seit 2000	83
5.1 Serbien seit 2000	84
5.2 Die Wahlen in Serbien 2008	86
5.3 Die Statusfrage Kosovo	89
5.4 Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)	91
6 Schlussfolgerungen	95
7 Bibliographie	103
7.1 Dokumente	103
7.2 Wissenschaftliche Publikationen und Qualifikationsarbeiten	104
7.3 Internetquellen	113
7.4 Vorträge und andere Informationsquellen (nach Datum)	114
8 Anhang	116
8.1 Wörtliches Protokoll über das Gespräch mit dem österreichischen Botschafter Dr. Christian Koja in Serbien/Belgrad, am 28.04.2010, 17:00.	116
8.2 Lebenslauf	121
8.3 Zusammenfassung	122
8.4 Abstract	123

1 Einleitung

Die jüngere Geschichte des ehemaligen Jugoslawiens, in der Literatur als westlicher Balkan¹ bezeichnet, ist gekennzeichnet durch Kriege, Nationalismus, aber auch durch die Öffnung in Richtung der Europäischen Union (EU), diese ist mit zahlreichen Fortschritten im Bereich der Ökonomie, der Menschenrechte und der internationalen Zusammenarbeit verknüpft. Serbien befindet sich am Weg hin zu einer Demokratie und Marktwirtschaft, die Transformation wurde vor allem wegen des Verlustes der Staatlichkeit, die zum Zerfall des ehemaligen Jugoslawien geführt hatte und den Kriegen in der Region verzögert.² Der Verlust von Staatlichkeit im ehemaligen Jugoslawien hat in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien zum Verlust der klassischen Merkmale eines Staates, wie ihn Georg Jellinek (1928) („Staatsterritorium“, „Staatsvolk“ und „Staatsgewalt“)³ definierte in unterschiedlicher Ausprägung geführt. Die Länder des westlichen Balkans haben aber spätestens seit 2000 eine deutliche europäische Perspektive, welche am europäischen Gipfel in Feira 2000 anerkannt und beim europäischen Gipfel von Thessaloniki 2003 bestätigt wurde. Die Konsolidierung der neuen Demokratien in Südosteuropa, müssen zum Teil im Kontext des europäischen Integrationsprozesses betrachtet werden.⁴ Die EU stellt für Serbien und explizit für die innenpolitischen Akteure einen der wichtigsten externen Demokratieförderer dar. Für die Transformation Serbiens hin zu einem potenziellen Kandidaten für die Mitgliedschaft in der EU war und ist die EU ein zentraler Akteur. Die Mitgliedschaft in der EU besitzt eine starke Anziehungskraft für innenpolitische Akteure⁵, so streben in ihrer Mehrheit die politischen Eliten in Serbien einen Beitritt zur EU an. Die EU hat

¹ Der Begriff westlicher Balkan, der erst seit 1999 Verwendung findet steht „für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie der Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244/99 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“ (Europäische Kommission (1999): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 26. Mai 1999 über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Südosteuropas, KOM (1999) 235 endgültig) und wurde von der Europäischen Union eingeführt. Die Region umfasst rund 22 Millionen Menschen.

² vgl. Bertelsmann Stiftung (2010): Serbia Country Report, online unter: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BT2010/ECSE/Serbia.pdf, (Stand 18.01.2011), hier S. 3.

³ vgl. Jellinek, Georg (1928): Allgemeine Staatslehre, Berlin.

⁴ vgl. Brusis, Martin (2009): Indirekte Effekte der EU-Beitrittskonstellation für die Demokratien in Beitrittsländern, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.195-211, hier S.195.

⁵ vgl. ebd., S.195.

sich in ihrer Zielsetzung westliche Normen bei der Transformation durchzusetzen nicht beirren lassen und schreckte auch bei der Suspendierung der SAA-Gespräche im Mai 2006 nicht zurück. Grund für die Suspendierung war eine unzureichende Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY). Bis zur Suspendierung der SAA-Gespräche gelang es den serbischen Behörden nicht, die mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ratko Mladic und Radovan Karadzic festzunehmen und an den ICTY auszuliefern. Die Situation stellt sich schwierig dar, auf der einen Seite steht die EU mit ihren Wertvorstellungen, zudem verfügt sie über Druckmittel (Sanktionen, Suspendierungen), auf der Kehrseite der Medaille steht die serbische Regierung. Das Land Serbien bringt eigene Wertvorstellungen mit, deswegen ist es für die serbische Regierung nicht einfach sich für einen konkreten Weg zu entscheiden. Sie befindet sich daher stets in einer Konfliktsituation (Integration in die westliche Gemeinschaft/stabiles politisches Klima im eigenen Land). Durch die Wahrnehmung, einen fremdgesteuerten Automatismus ausgeliefert zu sein, sind sowohl die Bevölkerung als auch die inneren politischen Akteure mit einem Zielkonflikt konfrontiert.⁶ Die Strategien der EU für die Region westlicher Balkan sind hauptsächlich anreizbasiert. Politische Konditionalität gilt als Schlüsselwort für eine erfolgreiche Demokratisierung und Integration in die westliche Staatengemeinschaft. In dieser Arbeit geht es speziell um die externe Demokratieförderung in Serbien durch die EU. Das Land weckt meine Neugierde in der Hinsicht, als das es als Bundesstaat der ehemaligen Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien (SFRJ) beim Zerfall des Vielvölkerstaates im Vergleich zu den anderen Staaten des westlichen Balkan eher schlechte Voraussetzungen besaß, um eine Transformation hin zur Demokratie und Marktwirtschaft zügig und erfolgreich zu erfüllen. Die politischen Ereignisse nach dem Wahlsieg von Slobodan Milosevic 1990 haben Serbien in seinem Transformationsprozess extrem behindert. Erst nach dem Sturz Milosevic im Oktober 2000 und den damit verbundenen „Regimewechsel“⁷ hatte das Land schließlich Fortschritte auf dem Weg in die EU gemacht, die die Beitrittsverhandlungen überhaupt erst in greifbare Nähe haben rücken lassen.

⁶ vgl. Bredies, Ingmar (2009): Leistungen und Grenzen westlicher Demokratieförderung in Osteuropa, in: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (sofid), Osteuropaforschung 2/09, S.9-20, hier S.14.

⁷ Nadjivan, Silvia (2006a): Serbien, in: Dzihic, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paic, Hrovje/Stachowitsch, Saskia (Hg.): Europa Verflucht - begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Wien, S.157-215, hier S.159.

Diese Arbeit will sich zum einen theoretischen Grundsatzfragen der Demokratieförderung von außen sowie insbesondere den Perspektiven von Serbien gegenüber der EU widmen. Dabei nehmen Probleme und Herausforderung im Bezug auf die Demokratieförderung der EU einen hohen Stellenwert ein.

Die EU ist mit ihrer Politik der externen Förderung von Demokratie vor allem Ende der 1990er Jahre am westlichen Balkan zu einem wichtigen Akteur geworden, generell hat sich die externe Demokratieförderung besonders seit den 1990er Jahren durchsetzen können. Die Kraft der Union besteht darin, ihre Beitrittskandidaten zu demokratisieren und zu wirtschaftlichen Veränderungen zu ermutigen. Dieser Reformprozess ist mit einem „Mechanismus der Vorwärtsbewegung“⁸ verbunden. Wichtig ist dabei die Bevölkerung in diesen Prozess einzubinden, damit sichergestellt werden kann, dass mit der Erweiterung auch wirklich demokratische Werte exportiert werden.⁹ Somit muss die Erweiterungspolitik der EU zuerst eine breite öffentliche Unterstützung finden, damit die EU selbst ihre Erweiterungspolitik absichern und konsolidieren kann, dabei dürfen die Möglichkeiten nicht überdehnt werden. Das Hauptinstrument der EU-Politik gegenüber den Ländern des westlichen Balkan stellt die politische Konditionalität dar. Das Instrument zielt darauf ab, dass mit starken Anreizen nachhaltig Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse genommen werden kann. So bestätigen Studien¹⁰, dass die Übernahme von EU-Regeln tatsächlich dann wahrscheinlich ist, wenn die EU eine Mitgliedschaft in Aussicht stellt. Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung lassen sich in Serbien an mehreren Variablen festmachen, an dieser Stelle sollen nur einige davon genannt werden: der Balkan als das Negative, ein fremdgesteuerter Automatismus, den die innerstaatlichen Akteure zweifelsohne ausgeliefert sind, die Heterogenität der gesamten Region und eine zu „aufgesetzte“ Demokratieförderung.

⁸ Interview mit EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn: Die Erweiterungsmüdigkeit ist eher Symptom als Ursache, 2007, online unter: <http://de.euronews.net/2007/01/02/eu-erweiterungskommissar-olli-rehn-die-erweiterungsmuedigkeit-ist-eher-symptom-als-ursache/> (Stand 02.02.2011).

⁹ vgl. ebd.,

¹⁰ zB von Smolnik, Franziska (2008): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien, in: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Heft 66/2008, online unter: http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP_66.pdf (Stand 26.10.2010).

1.1 Formale sprachliche bzw. begriffliche Hinweise

An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die in der Arbeit verwendete männliche Form ausschließlich der besseren Übersichtlichkeit und Verkürzung dient. Die Arbeit ist geschlechtsneutral zu verstehen, da Frauen und Männer gleichermaßen gemeint sind.

Zwecks begrifflicher Transparenz werden die nachstehenden Begriffe folgendermaßen verwendet: Zum *westlichen Balkan* gehören nach EU-Definition Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Kroatien sowie Albanien. Der Begriff „westlicher Balkan“ wird in dieser Diplomarbeit als „neutrale“ politische und sozialwissenschaftliche Bezeichnung im Zusammenhang mit den mittelfristig geplanten EU-Erweiterungen verwendet. In vorliegender Forschungsarbeit wird aufgrund der besseren Lesbarkeit die serbische Bezeichnung *Kosovo*, die zu einem großen Teil auch international Verbreitung gefunden hat, verwendet. Gerade deshalb müssen an dieser Stelle auch die albanische Bezeichnung „Kosova“ oder „Kosovë“ und die amtliche serbische Bezeichnung „Kosovo-Methohija“ genannt werden.¹¹ *Südosteuropa* umfasst in dieser Arbeit als Sammelbegriff die Staaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, und Serbien. *Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien* wird in der wissenschaftlichen Literatur auch häufig als UN-Kriegsverbrechertribunal oder Haager Tribunal bezeichnet. (Engl. Abkürzung: ICTY)

1.2 Problemstellung und Hypothesen

In dieser Diplomarbeit soll die Rolle der EU als externer Akteur auf den Demokratisierungsprozess, speziell auf den Beitrittsprozess Serbiens untersucht werden. Vorliegende Diplomarbeit verortet sich bezüglich des Erkenntnisinteresses auf den Bemühungen der EU, in der Region westlicher Balkan im Besonderen in Serbien demokratische Normen und Verfahren durchzusetzen. In einem Großteil der Arbeit wird auf den Aspekt der externen Demokratieförderung in Südosteuropa eingegangen. Es

¹¹ vgl. Greilinger, Philipp Georg (2009): Kosovo und Serbien. Von der Gemeinsamkeit zur Einsamkeit. Eine Untersuchung der Re-Nationalisierung in Serbien im Lichte der Auseinandersetzungen um Kosovo, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, hier S.3.

wird nach politischen Strategien der EU gegenüber der Region westlicher Balkan gefragt. Darauf aufbauend sollen Möglichkeiten und Grenzen, Probleme und Herausforderungen von externer Demokratieförderung diskutiert werden.

Die forschungsleitende Frage lautet daher:

Welche Strategien zur Demokratieförderung in Serbien wurden von der EU gewählt und warum? Welche Möglichkeiten und Grenzen von externer Demokratisierung am Beispiel Serbien lassen sich feststellen? Mit welchen Instrumenten agiert die EU und welches Interesse seitens der EU besteht an einer Mitgliedschaft der Region westlicher Balkan bzw. dem Land Serbien?

Die Hypothesen dazu lauten:

H1: Die nationale Politik in Serbien wird stark von der EU beeinflusst. Bei den Parlamentswahlen 2008 ist die EU in ihrer Parteinahme womöglich einen Schritt zu weit gegangen. Demokratieförderung wird als „aufgesetzt“ empfunden. Solche Maßnahmen können sich auf das innere politische Klima destabilisierend auswirken.

H2: Bei der Förderung von Demokratie in Serbien ist politische Stabilität ein Schlüsselfaktor, da Sicherheitsinteressen der EU aufgrund der geografischen Nähe eine besondere Rolle spielen.

H3: Die politischen Ereignisse nach dem Wahlsieg von Slobodan Milosevic 1990 haben Serbien in seinem Transformationsprozess weit zurückgeworfen. Erst nach dem Sturz des Diktators im Oktober 2000 kamen politische Akteure an die Macht, die sich für eine europäische Integration und die damit verbundenen Reformen einsetzten.

H4: Die greifbare Chance einer Beitrittsperspektive zeigt sich als wirksamstes Instrument für die Verwirklichung der Strategie der EU zur Demokratieförderung.

Die EU bzw. Europäische Gemeinschaft (EG) konstituierte sich innerhalb den Demokratisierungsprozessen in Süd- und Ostmitteleuropa zu einem zentralen externen

Akteur und nimmt die Rolle eines Demokratieförderers ein.¹² Die EU konnte spätestens nach dem Kosovokrieg 1999 politische Strategien gegenüber der Region westlicher Balkan entwerfen, die schließlich zu einer teilweisen Demokratisierung der Länder des ehemaligen Jugoslawiens beitrugen.

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit den Prozessen von Integration und Demokratisierung sowie der Interaktion zwischen der EU und Serbien. Es geht um den Einfluss externer Faktoren auf den Demokratisierungsprozess in Serbien. Zum anderen richtet sich der engere Blick auf den Akteur EU und sein Demokratisierungspotenzial in dem Transformationsland Serbien. Das Ziel der Arbeit ist die Erfassung von Kontextfaktoren externer Demokratieförderung im Hinblick auf die Besonderheiten im ehemaligen Jugoslawien, speziell in Serbien. Es soll hinterfragt werden, von welchen Zielen und Interessen externe Akteure geleitet sind, um externe Demokratieförderung in Drittstaaten zu betreiben.

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt aber auch in der Auswahl von Instrumenten, mit denen externe Akteure Demokratieförderung betreiben. Für diese Arbeit haben auch besonders die Probleme und Herausforderungen die sich für externe Akteure im post-jugoslawischen Raum ergeben erheblichen Stellenwert.

1.3 Methodik

Um in vorliegender Arbeit über die oben erwähnten Hypothesen diskutieren zu können und ferner die forschungsleitende Fragestellung beantworten zu können, wird auf Forschungsbeiträge unterschiedlicher Richtungen zurückgegriffen. Besondere Relevanz erhalten wissenschaftliche Publikationen aus den Bereichen der Transformations- und Demokratieforschung, der externen Demokratieförderung, der EU-Außenbeziehungen und der Außen- und Sicherheitspolitik. Die empirische Datenbasis stützt sich neben der Sekundär- auch auf die gut verfügbare Primärliteratur. Darunter fallen Dokumente wie Schlussfolgerungen und Beschlüsse des Europäischen Rates, und die Vorschläge, Reporte und Beschlüsse der Europäischen Kommission.

In dieser Diplomarbeit wird versucht, allgemeine Erkenntnisse über die externe Demokratieförderung auf die Geschehnisse in Serbien seit 2000 umzulegen. Die vorliegende Diplomarbeit verfolgt zudem das Ziel, mithilfe mehrerer Forschungsansätze

¹² vgl. Kneuer, Marianne (2007): Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich, VS Verlag, hier S.14.

einen strukturierten Überblick über das relativ neue Forschungsfeld zu geben und den Demokratisierungsprozess in Serbien verbunden mit Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratisierung zu erfassen.

1.4 Stand der Forschung

Über Demokratieförderung ist zwar relativ publiziert worden¹³, jedoch handelt es sich immer noch um ein verhältnismäßig neues Forschungsfeld. Zudem war die Untersuchung der externen Faktoren der Demokratisierung¹⁴ für lange Zeit ein vernachlässigtes Feld der Transformations- oder Demokratieforschung gewesen.¹⁵ Gerade deswegen ist es umso beeindruckender, mit welcher Dynamik dieses Forschungsfeld seit der Wende 1989/90 an Konturen gewonnen hat. Zur Zeit ist in der Wissenschaft die Erforschung externer Faktoren von wachsendem Interesse geprägt. Seit einigen Jahren untersuchen Politikwissenschaftler aus unterschiedlichen Forschungsfeldern (Europaforschung, Demokratie- oder Transformationsforschung) die Thematisierung der externen Dimension von Demokratisierungen.¹⁶

Für vorliegende Diplomarbeit ist vor allem jenes Phänomen von Bedeutung, welches der Erforschung der externen Dimension der Demokratisierung in den letzten Jahren einen gewissen Schub versetzt hat: der „dominoartige Zusammenbruch der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und die dann folgende Unterstützung externer Akteure - insbesondere der EU, bei der Demokratisierung dieser Staaten.“¹⁷ Externe Akteure sind als Demokratieförderer aktiv, sie werden zu treibenden Kräften in den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Transformationsprozessen nach Gewaltkonflikten, sie versuchen innerhalb der Etablierung von Menschenrechte und

¹³ Siehe dazu beispielhaft Withehead 1996, Carothers 1999, Schmitter/Brouwer 2004.

¹⁴ Kneuer definiert Demokratisierung als einen ergebnisoffenen Prozess der Herausbildung eines demokratischen Systems der drei Phasen umschließt: das Ende des alten Regimes, die Transition und die Konsolidierung (Kneuer: 2007, S.4ff). Daraus folgt dass der Begriff nach Kneuer identisch mit dem Begriff Systemwechsel von Merkel (1999, S.122) oder Transformation verstanden wird. In dieser Arbeit soll ebenfalls mit dem Begriff Demokratisierung gearbeitet werden, da nach Kneuer Transformation als Oberbegriff zu unspezifisch ist und Systemwechsel ein neutraler Begriff ist (Kneuer: 2010, S.9).

¹⁵ vgl. Kneuer, Marianne (2009): Externe Faktoren der Demokratisierung - zum Stand der Forschung, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.9.

¹⁶ vgl. ebd, S.9.

¹⁷ ebd., S.10.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Öffnung und Entwicklung wie auch Etablierung einer funktionierenden Zivilgesellschaft eine unterstützende Rolle einzunehmen.¹⁸

Bei der Erklärung externer Demokratieförderung treffen mehrere Forschungsdisziplinen aufeinander. Einen guten Überblick zur „Demokratisierungsforschung“ liefern u.a. Carothers (1999), Pridham (1991; 2002), Sandschneider (2003), Schmidt (2006), Schmitter/Brouwer (2004) und Whitehead (1996). Heute wird die Relevanz von externen Faktoren nicht mehr angezweifelt. Nach 1989 und in den 1990er Jahren waren externe Faktoren nicht auf der „obersten Forschungsagenda“¹⁹ zu finden. Die Literatur beschäftigte sich erst in den späten 1990er Jahren intensiver mit dem Thema. Das lässt sich nach Kneuer (2009) vor allem auf politische- als auch auf wissenschaftliche Gründe zurückführen. Die politischen Gründe liegen zum einen darin, dass sich Herausforderungen und Folgen des politischen Umbruchs von 1989 erst im Lauf der 1990er Jahre erkennen lassen. So dürfen „Zeitkontexte und politische Entwicklungen“²⁰ nicht aus dem Erklärungsraster fallen. Besonders die Erfahrungen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben dazu geführt, eine „engere Verbindung zwischen Systemwechsel und Sicherheitsbedürfnissen anzunehmen“.²¹ Zudem hat gerade der Zerfall Jugoslawien dazu geführt, dass internationale Einmischung in interne Angelegenheiten zunehmend Akzeptanz gefunden hat.²²

Die EG/EU als externer Akteur in der Transformationsforschung blieb lange Zeit unterbewertet. Die Europaforschung hatte sich bis vor 1989 kaum mit den die Demokratie fördernden Möglichkeiten des EG-Außenhandelns beschäftigt.²³ 20 Jahre später sind inzwischen umfangreiche Studien zur europäischen Demokratieförderung entstanden, etwa zu Ostmitteleuropa von Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), die sich

¹⁸ vgl. Grimm, Sonja (2009): Demokratisierung von außen. Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Interventionen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.103.

¹⁹ Kneuer, 2009, S.18.

²⁰ ebd., S.18.

²¹ Kneuer, 2007, S. 17 und vgl. Schmitter, Phillippe C./Brouwer, Imco (2004): Conceptualizing, Researching and Evaluating Democracy, Promotion and Protection,” in: EUI Working Paper, SPS No. 99/9, Wiesbaden, S. 13.

²² Dimitrova, Larry/Pridham, Geoffrey (2004): International Actors and Democracy Promotion in Central and Eastern Europe. The Integration Model and its Limits, in: Democratization, Vol. 11, 5/2004, S.91-112, zit. in Kneuer (2009), S.18.

²³ vgl. Kneuer, 2009, S.18.

ausschließlich auf die Beitrittskandidaten der Osterweiterung beziehen. In vergleichender Perspektive durch Kneuer (2007). Die Demokratisierungspolitik der EU wird zu einem großen Teil im Rahmen des Forschungsfeldes der EU-Außenbeziehungen thematisiert.

In den internationalen Transformationsdebatten wurde die Demokratieförderung der EU am westlichen Balkan in den letzten drei Jahren auf theoretischer Ebene thematisiert (Jünemann/Knodt 2007), die Analyse der EU als externer Demokratieförderer wird u.a. von Kneuer (2006; 2009), Sandschneider (1997; 2003) behandelt. Zudem hat die EU mittlerweile selbst Demokratieförderung als eigenes Politikfeld benannt.

1.5 Aufbau der Arbeit

Der erste Teil der Arbeit (Kapitel 2) widmet sich Begriffsdefinitionen. Besonders auf den Begriff Demokratie wird näher eingegangen, es werden verschiedene Konzepte von Demokratie vorgestellt, ferner wird auf den Aspekt der Demokratiemessung Bezug genommen.

Der zweite Teil der Arbeit (Kapitel 3) bearbeitet theoretische Überlegungen zu externer Demokratieförderung und gibt einen Überblick mitsamt Definition über das Forschungsfeld. Ferner widmet sich dieser Teil der Arbeit den Motiven und Interessen externer Demokratieförderung, beschäftigt sich mit Akteuren und Instrumenten, zudem werden in diesem Kapitel Probleme und Herausforderung für externe Akteure im post-sozialistischen Raum erfasst. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen zueinander in Beziehung gesetzt werden und helfen, die Demokratieförderungspolitik in Serbien zu verstehen und zu erklären.

Im dritten Abschnitt der Arbeit (Kapitel 4) wird die Rolle der EU im westlichen Balkan beleuchtet und auf einige Probleme hingewiesen, die in der Region weiter bestehen und sie destabilisieren. Anfangs sollen Vorbehalte gegen den Begriff *Balkan* diskutiert werden, der Begriff erfährt teilweise negative Konnotationen. Insbesondere aus einer west- und mitteleuropäischen Perspektive werden mit dem Begriff *Balkan* negative konnotierte Bilder wie politische Instabilität, Unordnung, Korruption, wirtschaftliche Rückständigkeit verbunden. Vor allem werden in diesem Kapitel die Bemühungen der

EU zur Unterstützung von Reformprozessen in Serbien untersucht. Der Anspruch auf die Untersuchung der gesamten Region westlicher Balkan in Bezug auf die Annäherung an die EU ergibt sich aus der länderübergreifenden Strategie. In diesem Teil der Arbeit zeigt sich der Mangel der Europäischen Außenpolitik an kohärenten Strategien für den westlichen Balkan exemplarisch, welche die Union zumindest teilweise daran hindern, tief greifenden Einfluss auf Reformprozesse in Serbien zu nehmen. Zentrales Thema ist bestimmt das Prinzip der Konditionalität, welches den Kern der Strategie der EU ausmacht und deswegen in mehreren Teilen der Arbeit beleuchtet wird.

Im vierten Teil vorliegender Diplomarbeit (Kapitel 5) wird explizit zum Demokratisierungsprozess in Serbien Stellung bezogen, daraus ergibt sich auch der Untersuchungszeitraum für dieses Kapitel. Von Bedeutung sind Ereignisse die nach dem Sturz des Milosevic-Regimes geschahen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2008 nehmen hier einen Schwerpunkt ein, genauso wie die Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und die Statusfrage Kosovo.

In den Schlussfolgerungen (Kapitel 6) werden die anfangs aufgestellten Hypothesen zur besseren Verständlichkeit systematisch aufgelistet und diskutiert. Es wird versucht, einen strukturierten Überblick über Forschungsfragen und Hypothesen zu geben. Das Ziel ist eine akkurate Beantwortung der Fragen.

2 Intention, Interesse und Definition von Demokratie

Die Zusammenbrüche der sozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er und in den 1990er Jahren stellten die westeuropäischen Staaten und vor allem die EU vor neue Herausforderungen. Die politische Wende um 1989 zwang die Politikwissenschaft und zudem die Transitionsforschung zur Neujustierung ihrer Theorien.²⁴ Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa rückte die Unterstützung der Transformationen durch externe Akteure (EU) in den Vordergrund.²⁵ Externen Faktoren wurden seit dieser Zeit immer wichtiger, darunter nahm auch der Einfluss der EG/EU mit dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa zu.

Am Anfang muss geklärt werden, was in dieser Arbeit unter Demokratie, Demokratieförderung, und externer Akteure verstanden wird. In Bezug auf Demokratieförderung und externe Akteure greift die Autorin auf eine Begriffsdefinition von Sandschneider 2003 zurück, dieser versteht Demokratieförderung und externe Akteure folgendes:

„Demokratieförderung kann verstanden werden als ein Versuch externer Akteure, die Grundlagen der politischen Ordnung und die Strukturen der politischen Entscheidungsprozesse in spezifische Staaten zu verändern und ein Staatensystem anzustreben, dass den Minimalkriterien von Demokratie entspricht“.²⁶

„Als externe Akteure werden alle individuellen oder kollektiven Akteure aufgefasst, die auf Demokratisierungsprozesse in einem Zielland von einem außerhalb dieses Ziellandes gelegenen Entscheidungszentrum direkt oder indirekt mit Mitteln ihrer Wahl Einfluss zu nehmen versuchen, unbeschadet der genauen Wirkung dieses Einflusses.“²⁷

²⁴ von Beyme, Klaus (1994a): Systemwechsel in Osteuropa, zit. in Kneuer (2009), S.15.

²⁵ vgl. Kneuer, 2009, S.15ff.

²⁶ Sandschneider, Eberhard (2003): Externe Demokratisierung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen. Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung, S.3.

²⁷ ebd., S.3ff.

2.1 Verschiedene Modelle der Demokratie

2.1.1 Definition von Demokratie

Demokratie hat sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter ausgebreitet. Abgesehen von einigen Rückschlägen, ist doch seit den 1970er Jahren ein globaler Trend zur Demokratie zu erkennen.²⁸ Wesentlich für die Verfolgung der Fortschritte der Demokratie und Verständnis ihrer Ursachen und ihren Folgen ist die Klarheit über den Begriff „Demokratie“. Leider herrscht in der empirischen und theoretischen Literatur Begriffsverwirrung, so dass David Collier und Steven Levitsky mehr als 550 „Subtypen“ der Demokratie identifizierten.²⁹

Der in der politischen und wissenschaftlichen Sprache übliche Begriff „Demokratie“ entstammt aus dem Griechischen. Er wird aus den beiden Wörtern „demos“ und „kratein“ abgeleitet. „Demos“ meint das Volk, „kratein“ steht für „herrschen“ oder „Macht ausüben“.³⁰ Die Demokratie verlangt die Herrschaft durch das „Volk“. Unter „Volk“ wird das Staatsvolk verstanden, es stützt sich in dieser Bedeutung nicht auf eine ethnische Zugehörigkeit.³¹

Vergleicht man die Strukturen und Regeln der verschiedenen Spielarten von Demokratie, so wird schnell deutlich, dass mit dem Wort Demokratie unterschiedliche Konzepte und Bedeutungen in Verbindung gebracht werden.³² Im Folgenden sollen einige der wichtigsten, skizziert und ansatzweise auch kritisch diskutiert werden. Zudem sollen in dieser Forschungsarbeit gängige und anerkannte Definitionen miteinander verknüpft werden. Dabei stütze ich mich im Folgenden auf die Werke von Schmidt (2006), Dahl (1971, 1998) und Merkel (2004).

²⁸ vgl. Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert (2009): Diffusion der Demokratie. Transfer eines erfolgreichen Modells?, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.37-74, hier S.37.

²⁹ vgl. Collier, David/Levitsky, Steven (1997): Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics Vol. 49, Nr. 3, S.430-451.

³⁰ vgl. Schmidt, Manfred G. (2006): Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen, S.19.

³¹ vgl. ebd., S.19.

³² vgl. Dachs, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28, Wien, S.22-30, hier S.22.

Voraussetzungen für ein demokratisches System (nach Manfred Schmidt)

- ein hohes (markt-)wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungsniveau
- eine offene und vielfältige (pluralistische) Gesellschaft
- eine breite Streuung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht
- ethnische und/oder religiöse Einheitlichkeit
- ein politischer Konsens über die Wichtigkeit von individueller Selbstbestimmung und Freiheit
- freiheitssichernde Verfassungstraditionen
- politische Kontrolle gegen Machtmissbrauch
- an Demokratie interessierte politische Eliten und Bevölkerung
- ein demokratieförderndes internationales Umfeld

Quelle: Schmidt, Manfred G. (2006): Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen, S.446-460, direkt zitiert aus: Dachs, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28, Wien, S.22-30, hier S.23.

Schmidt versteht Demokratie als

„Herrschaft auf der Basis politischer Gleichheit und weitreichender politischer Beteiligungsrechte der Bevölkerung im Erwachsenenalter mittel- oder unmittelbar aus dem Volk hervorgeht und letztlich unter Berufung auf das Interesse der Gesamtheit oder der Mehrheit der Stimmberechtigten ausgeübt wird - und zwar unter dem Damoklesschwert des Mandatsverlusts der Volksrepräsentanten und der Regierung in der nächsten Wahl sowie im Rahmen mächtiger verfassungs- oder gewohnheitsrechtlicher Begrenzungen des Tun und Lassens der Legislative und Exekutive“.³³

Nach Schmidt³⁴ lassen sich drei Kernelemente einer Demokratie festmachen: die Einbindung, die Teilhabe der Bürger am politischen Prozess und die Gewährleistung der Rechte der Bürger durch den modernen Rechts- und Verfassungsstaat. Die politischen Eliten vertreten im Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess die Interessen des Volkes, diese werden innerhalb von Parteien formuliert, in dieser Phase werden Maßnahmen und Programme erarbeitet um diese Interessen durchsetzen zu können.

³³ Schmidt, Manfred (2006): Demokratietheorie. Eine Einführung, Opladen, hier S.21.

³⁴ vgl. ebd., S.394.

Mittels Wahlen wird entschieden, welche Partei die gewünschten Interessen durchsetzen soll und somit mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet wird.³⁵

Folgt man einer minimalistischen Definition von Joseph Schumpeter (1947), so kann Demokratie als ein System

„for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote.“³⁶

verstanden werden. Huntington bekräftigt Schumpeters Definition indem er ausdrücklich das Momentum Wahlkampf als Wesen der Demokratie bezeichnet.³⁷ Im Laufe der Zeit wurde Schumpeters knappe Definition jedoch laufend überarbeitet um es mit Larry Diamond's Worten zu sagen

„to avoid inclusion of cases that do not fit the implicit meaning.“³⁸

2.1.2 „Polyarchie“

Die wohl einflussreichste Ausarbeitung hat vermutlich Robert A. Dahls Konzept der „Polyarchie“ (1971) geliefert, die nicht nur umfassende politische Konkurrenz und Partizipation miteinschließt, sondern auch ein beträchtliches Ausmaß an Freiheit erfordert.³⁹

Schmidt bezeichnet Dahls „Polyarchie“-Konzept als demokratietypenneutral. Es zeigt grundlegende Elemente der Demokratie auf.⁴⁰ Demokratie wird häufig mit dem Vorhandensein verschiedener Merkmale wie Parlament, freie Wahlen, Parteienwettbewerb etc. in Verbindung gebracht. Diese Kriterien allein reichen aber

³⁵ vgl. Zeilinger, Bernhard (2007): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, hier S.19.

³⁶ Schumpeter, Joseph (1947): Capitalism, Socialism and Democracy, New York, S.269.

³⁷ vgl. Huntington, Samuel P. (1991): Democracy's third Wave, in: Journal of Democracy, Vol. 2, Nr. 2, S. 12-34.

³⁸ Diamond, Larry (1996a): Is the third Wave over? in: Journal of Democracy, Vol. 7, Nr. 3, S.20-37, hier S. 21.

³⁹ vgl. ebd., S.21.

⁴⁰ vgl. Schmidt, 2006, S.395.

nicht aus um eine demokratische Ordnung zu garantieren, denn Demokratie ist auf verschiedenen institutionellen Wegen realisierbar. Das Durchsetzen dieser Merkmale einer Demokratie, welche sich an politischen Systemen verschiedener Westmächte orientieren, hat dazu geführt, dass Länder sich an das Demokratieverständnis der hegemonialen Mächte anpassen, sich aber nicht in Richtung Demokratie entwickeln. Um solchen Entwicklungen entgegen zu wirken, schuf Robert A. Dahl ein Konzept, dass als „Polyarchie-Konzept“ bezeichnet wird.

Im Folgenden paraphasiere ich Dahl (1998). Die sogenannte „Polyarchie“-Definition, konzentriert sich stärker auf die partizipative Seite von Demokratie. Sie richtet ihren Blick auf die Wahl und Abwahl von Amtsinhabern, regelmäßigen stattfindende freie und faire Wahlen, inklusives Wahlrecht (kein Ausschluss bestimmter Gruppen), freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit, Organisations- und Koalitionsfreiheit zur Bildung politischer Parteien und Interessengruppen sowie auf einen umfassenden Bürgerschaftsstatus.⁴¹ „Polyarchie“ bedeutet für Dahl die „*Vielherrschaft*“. Sie ist für ihn eine Bezeichnung für die Typen westlicher Demokratie. Dabei grenzt sich Dahl aber sehr wohl von älteren und eingeschränkteren demokratischen Konzepten (etwa mit eingeschränktem Wahlrecht) und vom Idealtypus einer vollständigen Demokratie ab.⁴²

Kriterien für Demokratiequalität (nach Robert Dahl)

- Wahl und Abwahl der AmtsinhaberInnen
- regelmäßige faire und freie Wahlen
- aktives und passives Wahlrecht für nahezu alle Erwachsene
- freie Meinungsäußerung
- Informationsfreiheit
- Organisationsfreiheit zur Bildung politischer Parteien und Interessensgruppen
- ein „inklusive“ Bürgerschaftsstatus: politische und bürgerliche Rechte sollen für möglichst alle gelten

direkt entnommen aus: Dachs, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28, Wien, S.22-30, hier S.22.

Mit Dahls Modell werden zwar die wichtigsten Anforderungen an ein demokratisches Regime beschrieben, es ist aber mehr als Minimalkonzept von Demokratie zu deuten.

⁴¹ vgl. Dahl, Robert A. (1998): On Democracy, New Haven/London, S.86ff.

⁴² vgl. ebd., S.38ff.

Es erfüllt nur ihre formalen Voraussetzungen, aber andere wichtige Elemente (Zivilgesellschaft, politische Kultur) werden nicht erwähnt.⁴³

Dahls Konzept der Polyarchie ist zweifelsohne eines der wichtigsten Referenzmodelle der Transformationsforschung. Nach der dritten Demokratisierungswelle (1995) wurde klar, dass viele der neuen Demokratien zwar mit Dahl als Polyarchien bezeichnet werden konnten, aber dennoch gravierende normative und funktionale Mängel aufwiesen.⁴⁴ Das Modell der „embedded democracy“ von Merkel versucht die analytische Schwäche von Dahls Konzept auszugleichen.

Die EU legte am Gipfeltreffen in Kopenhagen 1993 ganz konkrete Kriterien fest. Zu den Kernelementen eines EU-Beitritts zählen neben den stabilen demokratischen Institutionen auch die Menschen- und Minderheitenrechte. Für den westlichen Balkan gelten außerdem zwei zusätzliche Kriterien: die Bereitschaft zur regionalen Kooperation und die Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Die EU hat damit genau definierte Standards für demokratische Institutionen entwickelt, die über das sparsame Polyarchiekonzept von Robert Dahl hinausgehen.⁴⁵

2.1.3 Konzept der „embedded democracy“

Wolfgang Merkel wählt als Grundlage einen weitläufigeren Demokratiebegriff, nämlich den der „embedded democracy“. Merkel teilt sein Konzept in fünf Teilregime auf. Die Teilregime befinden sich wechselseitig in Abhängigkeit und sind nach außen hin durch stabilisierende sozialpolitische Strukturen gefestigt.⁴⁶ Abgeleitet wird das Konzept aus dem von Merkel entwickeltem Konzept der embedded democracy (2003). Die Teilregime nach Merkel sind A Wahlregime, B Politische Partizipationsrechte, C Bürgerliche Freiheitsrechte, D Horizontale Verantwortlichkeit und E Effektive Regierungsgewalt.⁴⁷ Sie verlangen eine wechselseitige Einbettung, um ihre Wirkung zu

⁴³ vgl. Freise, Matthias (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten, Univ. Münster, Diss. hier S. 22.

⁴⁴ vgl. Merkel, Wolfgang (2000): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, VS Verl, hier S.30.

⁴⁵ vgl. Brusi, 2009, S.195.

⁴⁶ vgl. Merkel, Wolfgang (2004a): Embedded and Defective Democracies, in: Democratization, Vol. 11, Nr. 5, S. 33-58, hier S.36.

⁴⁷ vgl. ebd., S.37ff.

entfalten. Die Teilregime müssen Zulieferdienste für ein anderes Teilregime leisten zB Teilregime B politische Partizipationsrechte und Teilregime C bürgerliche Freiheitsrechte leisten etwas für Teilregime A das Wahlregime.⁴⁸ Demnach ist Demokratie nach Merkel ein Element, das aus mehreren Teil besteht. Jede Demokratie ist als Gesamtregime in eine Umwelt eingebettet, die sie umschließt, sie kann die Demokratie aber auch beeinflussen, positiv oder negativ, das versteht Merkel unter externer Einbettung. Die Einbettungsringe, die die Demokratie stabilisieren oder destabilisieren sind aber keine definierenden Bestandteile der Demokratie selbst.⁴⁹ Wird nach dem Konzept von Merkel eines der Teilregime der „embedded democracy“ beschädigt, so dass es die Gesamtlogik der rechtsstaatlichen Demokratie verändert, kann man nicht mehr von einer intakten rechtsstaatlichen Demokratie sprechen. Nach Merkel wird der Typ der defekten Demokratie nach der Beschädigung der Teilregime bestimmt.⁵⁰ Aus dieser Logik heraus sind „defekte Demokratien solche Demokratien, in denen die wechselseitige Einbettung der Teilregime zerbrochen ist und die Gesamtlogik der rechtsstaatlichen Demokratie gestört ist“.⁵¹ Allerdings unterscheidet Merkel defekte Demokratien sehr wohl von einem autoritären Regime. Defekte Demokratien besitzen immer noch ein Mindestmaß demokratischer Prinzipien und Institutionen.⁵²

Dennoch war Robert Dahl's „Polyarchie-Konzept“ richtungsweisend für die Bestimmung von Demokratie. Innerhalb der theoretischen Debatte wurde das Konzept verwendet aber auch weiterentwickelt. Die Wesensmerkmale der Demokratie blieben aber dieselben: Das Prinzip der Volkssouveränität, die Gleichheit vor dem Gesetz, Partizipationsrechte der Bürger und allgemeine, gleiche, freie geheime und unmittelbare Wahlen.

⁴⁸ vgl. Merkel, 2010, S.34.

⁴⁹ vgl. ebd., S.35.

⁵⁰ vgl. Merkel, 2004a, S.48ff.

⁵¹ Merkel, 2010, S.37.

⁵² vgl. ebd., S.50ff und Stambolija, Damir (2009): Die Rolle der EU im Kroatischen Demokratisierungsprozess, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, hier S.19.

2.1.4 Demokratiemessung: Der *Freedom House-Index*

Im bisherigen Verlauf der vorliegenden Diplomarbeit wurde eine Definition von Demokratie ausgearbeitet. Im Folgenden Abschnitt widmet sich die Forschungsarbeit auf die Möglichkeit der Messung von Demokratie.

Gegenwärtig kann als geeignetes Kriterium für die Messung von Demokratie der „*Freedom House-Index*“ genannt werden. Das „free“ Rating der *Freedom House* Umfrage ist eine gute verfügbare empirische Quelle um liberale Demokratien festzumachen, zudem ist der „*Freedom House-Index*“ unumstritten einer der weitreichendsten Indizes. In Kontrast zu Dahl (1971) steht die Bedeutung der Freiheitsrechte im Vordergrund. Der *Freedom House-Index* ermittelt die Verteilung politischer und individueller Freiheit, es geht also vorrangig um diesen Aspekt als um die Messung von Demokratie.⁵³

Die Non-Profit Organisation (NGO) *Freedom House* etablierte sich Anfang der 1940er Jahre, und setzt sich seither für eine weltweite Demokratie und Freiheit ein, seit 1971 versucht die Organisation den Stand regelmäßig in vergleichbarer Form zu erfassen.⁵⁴ Die Skalen des „*Freedom House-Index*“ teilen sich in 25 Kriterien, zehn Fragen werden in drei Subkategorien zu Politischen Rechten („Political Rights“) gestellt und 15 Fragen in vier Subkategorien zu Bürgerfreiheiten („Civil Liberties“)⁵⁵ geprüft, zudem gibt es zu jeder Frage mehrere erläuternde Zusatzangaben, die den Analysten bei der Punkteverteilung unterstützen.⁵⁶ Um so mehr dieser 25 Kriterien erreicht werden, desto höher ist die Demokratiequalität eines Staates. „*Freedom House-Index*“ setzt eine effektive Rechtsstaatlichkeit zur Gewährung der politischen Rechte und Bürgerfreiheiten voraus, deshalb ist eine funktionierende Demokratie ohne rechtsstaatlichen Prinzipien demnach nicht vorstellbar.⁵⁷

⁵³ vgl. Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, VS Verlag, hier S.206.

⁵⁴ vgl. Offizielle website des „Freedom House-Index“, online unter http://freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2010 (Stand 12.12.2010) und Stambolija, Damir (2009): Die Rolle der EU im Kroatischen Demokratisierungsprozess, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, hier S.16.

⁵⁵ Pickel/Pickel, 2006, S.212.

⁵⁶ vgl. Offizielle website des „Freedom House-Index“, online unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=249> (Stand 12.12.2010).

⁵⁷ vgl. Zeilinger, 2007, S.21.

Die Resultate werden jährlich veröffentlicht und können in Jahresberichten unter dem Titel „Freedom in the World“ abgerufen werden. Die Organisation misst politische Rechte und bürgerliche Freiheiten, die demokratische Qualität eines Landes wird anhand des Gewinns oder Verlusts der Freiheit gemessen.⁵⁸

2.1.5 Der Bertelsmann Transformations Index (BTI)

Der *Bertelsmann Transformations Index (BTI)* ist entwurfsmäßig und methodisch präziser konzipiert als der „*Freedom House-Index*“.⁵⁹ Die Entstehungsgeschichte weist zum eben besprochenem Instrument eine geringere auf, Mitte der 1990er Jahre verfasste Bernhard Mohn Arbeiten zur Unterstützung von Transformationsprozessen, sie sind als Grundlage des *BTI* zu nennen.⁶⁰

Ländergutachten dienen als Bewertungsgrundlage, sie stützen sich auf einem detaillierten Codebuch welches die verschiedenen Dimensionen, Kriterien und Indikatoren aufschlüsselt und erläutert. Die Bewertung übernehmen Länderexperten die sich anhand von vier Antwortvorgaben orientieren, welche die Grundlage für den Index ausmachen. Anschließend wird ein Review Verfahren mit je einem Zweitgutachter pro Land durchgeführt, welches die Verlässlichkeit der Daten sicherstellen soll. Abgeschlossen wird die Indexbildung durch die Bildung der arithmetischen Mittelwerte, die zunächst auf der Ebene der Kriterien (Beispiel: Rechtsstaat) und anschließend auf Ebene der Dimensionen (Beispiel: Demokratie) erfolgt.⁶¹

Der *BTI* untersucht Transformationsländer und beschäftigt sich mit der Frage, ob und wie sie den Wandel in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft vollziehen. Aufgrund seiner methodischen Anlage kann der *BTI* als verlässlicheres Messinstrument der Demokratiemessung als der „*Freedom House-Index*“ gelten. Wolfgang Merkel bezeichnet den *BTI* als „verlässlichsten, transparentesten und ausdifferenziertesten“.⁶²

⁵⁸ vgl. Pickel/Pickel, 2006, S. 214.

⁵⁹ vgl. Muno, Wolfgang/Sehring, Jenniver/Thiery, Peter (2009): Wie misst man Recht? Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Rechtsstaatlichkeit, Interdisziplinäre Rechtsforschung: Kongressbeiträge „Wie wirkt Recht“, online unter: http://www.politikwissenschaft.uni-wuerzburg.de/fileadmin/06060200/user_upload/Thiery_Sehring_Muno_GZD4_1_.pdf (Stand 12.12.2010), hier S.152.

⁶⁰ vgl. Bertelsmann-Stiftung (2004) (Hg.): Bertelsmann Transformations Index. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie, Verl. Bertelsmann Stiftung, hier S.9.

⁶¹ vgl. ebd., S.152.

⁶² Merkel, Wolfgang (2004b) (Hg.): Defekte Demokratien. Band 2, Defekte Demokratien in Osteuropa und Lateinamerika, Opladen, hier S.418.

Der Bertelsmann Transformationsindex führte seit seiner Entstehung 2001 drei Phasen der Datenerhebung durch, 2003, 2006 und 2008. In diesen Jahren wurden anhand des ausgearbeiteten Konzepts Ländergutachten erstellt.⁶³

Serbien belegt im Ländergutachten von 2008 der Bertelsmannstiftung in der Kategorie Status Index Rang 31. Demnach ist Serbien als defekte Demokratie zu bewerten, der Bericht lobt aber die neue Verfassung, die einen Bruch mit dem Milosevic-Regime darstellt. Mit dieser Verfassung wird der Präsident nun direkt gewählt, zudem berücksichtigt sie die europäischen und demokratischen Rechtsstandards. Die Parlamentswahlen 2007 fanden bereits unter der neuen Verfassung statt.⁶⁴ Im Ranking 2010 befindet sich Serbien nun auf Platz 24 und gilt in der Gruppe des Status-Index der den Stand der Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft misst als fortgeschritten.⁶⁵ Die Demokratisierungsphase seit 2007 bewertet der Länderbericht des BTI als fortschrittlich. Die Regierung in Serbien hat in dieser Zeit einige bedeutsame demokratische und wirtschaftliche Entwicklungen eingeleitet. Vor allem zählen dazu zwei Parlamentswahlen und zwei Durchgänge der Präsidentschaftswahlen, regionale Wahlen, die Unterzeichnung eines SAA mit der EU. Zudem hat Serbien die Finanzkrise von 2008 relativ gut verkraftet.⁶⁶

Sandschneider (2003) stellt in seinem Beitrag die Frage: Warum wird überhaupt von außen explizit zu Demokratisierungen beigetragen? Hierzu gibt es in der Forschung breite Diskussionen. Es ist nicht abzustreiten, dass sich demokratische Staaten vorrangig deswegen um externe Demokratisierung bemühen um möglichst im näheren und weiteren geografischen Umfeld von Demokratien umgeben zu sein.⁶⁷ Dies basiert zum einen auf dem Wunsch nach Stabilität, Frieden und Sicherheit, zum anderen auch in der Suche nach neuen stabilen Märkten. Demokratien gehen demnach davon aus, dass andere Demokratien am ehesten Stabilität und Frieden gewährleisten. Dieser Gedanke des „demokratischen Friedens“ (keine Demokratie greift eine Andere an) geht zurück

⁶³ vgl. Offizielle Homepage des Bertelsmann Transformations Index, online unter: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/> (Stand 02.02.2011).

⁶⁴ vgl. Bertelsmann Stiftung (2008): BTI 2008, Serbien, online unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-422AE747-B02882B7/bst/BTI%202008%20Serbien.pdf>, (Stand 18.01.2011).

⁶⁵ vgl. Bertelsmann Stiftung, Ranking. Status Index, online unter: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/ranking/status-index/>, (Stand 18.01.2011).

⁶⁶ vgl. Bertelsmann Stiftung, 2010, S.3.

⁶⁷ vgl. Sandschneider, 2003, S.7.

auf Kants Idee des ewigen Friedens und wird bis heute immer wieder umfassend debattiert.⁶⁸ Im Folgenden Verlauf dieser Arbeit soll diese Frage genauer betrachtet werden.

⁶⁸ vgl. Hasenclever, Andreas (2003): Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.), Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen, S.199- 225.

3 Theoretische Überlegungen zu externer Demokratieförderung

3.1 Überblick und Definition

Bewegt sich ein nicht-demokratisches Regime hin zu einer Demokratie heißt es noch lange nicht, dass dieser Prozess sein Ende in einer nachhaltig konsolidierten Demokratie finden muss.⁶⁹ O'Donnell/Schmitter sprechen von einem Weg zu einem „uncertain, something else“.⁷⁰

Externe Demokratieförderung impliziert in den Debatten die allgemeine Beeinflussung des Transformationsprozesses. Analysen über externe Einflüsse auf Transformationsprozesse wurden in der vergleichenden Transformationsforschung entweder nicht so große Beachtung geschenkt, oder unter dem Titel „Demokratieförderung“ angeführt.⁷¹ Sandschneider merkt an,

„daß für die überwiegende Mehrzahl der Ansätze, die außenpolitische und internationale Einflüsse zu berücksichtigen versuchen, eine normative Grundrichtung charakteristisch ist: Unterstützung des Systemwandels von außen heißt im Rahmen der aktuellen Diskussion um Probleme von Transition und Konsolidierung konkret Demokratieförderung.“⁷²

Um sich dieser verflochtenen Problematik nähern zu können, ist es erforderlich eingangs eine Begriffsbestimmung zu geben, ein Teil der Begriffsbestimmungen wurde bereits im früheren Verlauf dieser Arbeit zwecks Erarbeitung des Demokratiebegriffes gegeben. Um aber einen besseren Bezug zum Thema externer Demokratieförderung herstellen zu können, setzt sich die Autorin bewusst der Gefahr aus sich zu wiederholen. In dieser Arbeit wird mit der Definition von Sandschneider (2003) gearbeitet, er versteht unter Demokratieförderung:

⁶⁹ vgl. Kneuer, 2007, S.31.

⁷⁰ zit in. Kneuer, 2007, S.31

⁷¹ vgl. Sandschneider, 2003, S.3.

⁷² ebd., S.3.

„die Summe aller Versuche externer Akteure, die darauf abzielen, in einem Zielland Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung dahingehend zu verändern, daß sie mindestens den Minimalkriterien demokratischer Ordnungen entsprechen.“⁷³

Zudem wird in dieser Arbeit von nichtmilitärischen Akteuren ausgegangen.

Als externe Akteure werden nach Sandschneider (2003)

„alle individuellen oder kollektiven [...], die auf Demokratisierungsprozesse in einem Zielland von einem außerhalb dieses Ziellandes gelegenen Entscheidungszentrum direkt oder indirekt mit Mitteln ihrer Wahl Einfluß zu nehmen versuchen, unbesehen der genauen Wirkung dieses Einflusses.“⁷⁴ definiert.

In der politikwissenschaftlichen Literatur beziehen sich Wissenschaftler immer wieder auf die zuerst von Samuel Huntington (1991) formulierte Perspektive der Demokratisierung in drei große Wellen.⁷⁵ Betrachtet man die Geschichte der Demokratie der letzten hundert Jahre, lässt sich eine Häufigkeit des Vorkommens demokratischer Regime in Schüben zu verschiedenen Zeitpunkten notieren. Huntington spricht demnach von Demokratisierungswellen. Er beschreibt drei große Wellen mit jeweils unterschiedlichen Ausprägungen. Nach Huntington folgt jeder Demokratisierungswelle jeweils eine Gegenwelle, die durch Rückentwicklung gekennzeichnet ist. Vereinfacht dargestellt vollzog sich die erste Welle der Demokratisierung (1828-1926), in dieser Zeit fand eine Erweiterung und Festigung demokratischer Rechte in ca. 30 Staaten statt, gefolgt von einer Gegenwelle (1922-1942), in der zahlreiche europäische Staaten zu autoritären Staatsformen zurückkehrten. Die zweite Welle der Demokratisierung fand zwischen den Jahren 1943-1962 statt, in dieser Phase wurde die Demokratie Westeuropas wiedererrichtet, einige Jahre versetzt fand die zweite Gegenwelle statt (1958-1975), welche vor allem durch die Errichtung autoritärer Regime in Ländern Afrikas und Lateinamerikas gekennzeichnet ist. Die dritte Welle der Demokratisierung (seit 1975) kennzeichnet den Durchbruch demokratischer Strukturen in Spanien und Portugal, Lateinamerika und

⁷³ Sandschneider, 2003, S.3.

⁷⁴ Sandschneider, 2003, S.3ff.

⁷⁵ siehe dazu Huntington, Samuel (1991): The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century, Norman, vgl. Sandschneider, 2003, S.3.

Ostasien zudem beginnt der Demokratisierungsprozess in Osteuropa.⁷⁶ Ergänzt wurde Huntingtons Konzept durch von Beyme (1994)⁷⁷ der seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre von einer vierten Welle der Demokratisierung spricht. Für diese Arbeit wichtige Erkenntnis liegt vor allem darin, dass von Welle zu Welle immer wieder ein wesentlicher externer Einfluss zu tragen kam.

Ergänzend zu der Definition des Begriffs Demokratie von Vanhanen⁷⁸ (1990), er beschreibt Demokratie als

„a political system in which ideologically and socially different groups are legally entitled to compete for political power and in which institutional power holders are elected by the people and are responsible to the people“.⁷⁹

können mit dem Ansatz von Larry Diamond⁸⁰ drei Demokratietypen differenziert werden, aus denen sich nach Sandschneider die Anforderungen an den externen Demokratisierungsprozess ableiten lassen. 1) Pseudodemokratien - nach Diamonds Definition sind Pseudodemokratien durch formale Demokratieregeln und eine legale Opposition gekennzeichnet, fehlendes Moment ist der politische Wettbewerb und die Abwahl der jeweiligen Partei die an der Macht steht. Pseudodemokratien sind demnach minimal demokratisch, aber immer noch deutlich demokratischer als autoritäre Regime, Förderungswürdig wären sie für externe Akteure nur aus ökonomischer oder sicherheitspolitischer Perspektive, 2) in Wahldemokratien sind formale Wahlen vorhanden, es fehlt jedoch an demokratischer politischer Kultur, hier besteht das Interesse zur Förderung nach Diamond vor allem darin, dass diese Regime stabil gehalten werden müssen, um einen Rückfall in autoritäre Strukturen zu verhindern, und schließlich 3) mit liberalen Demokratien verbindet Diamond die wesentlichen Kennzeichen neben regelmäßigen freien und fairen Wahlen, ist die Exekutive in eine Verfassungskontrolle eingebunden zudem werden unabhängige Medien,

⁷⁶ vgl. Huntington, 1991, S.3-30 und Merkel, Wolfgang (2000): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, besonders Kapitel II S.130-254.

⁷⁷ siehe dazu Beyme von, 1994.

⁷⁸ Vanhanen, Tutu (1990): The Process of Democratization. A Comparative Study of 147 States, 1980-1988. New York, zit. in Sandschneider, 2003, S.19.

⁷⁹ zit. in: Sandschneider, 2003, S.19.

⁸⁰ Diamond, 1996a, S.20ff.

Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz, Minderheitenschutz und freies Verbändewesen gewährleistet.⁸¹

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Herausbildung nachhaltiger liberaler Demokratien das Ziel externer Demokratieförderung sein soll.⁸²

3.2 Motive und Interessen externer Demokratieförderung

Externe Akteure suchen ihre Instrumente zur Demokratieförderung in einem Drittland vor allem anhand der Motivlagen und Zielsetzungen aus.⁸³ Die Veränderungen in Südosteuropa stellen die westlichen Staaten vor eine große Herausforderung, aber sie sind auch Chancen.⁸⁴ Im Fall der Region des westlichen Balkans trat die EU erst 1999 als starker Akteur auf, so sind seit der Beendigung des Kosovokrieges ernsthafte Bestrebungen der EU erkennbar, für die Region Balkan eine regionale und umfassende Stabilisierungsstrategie auszuarbeiten und diese auch zu implementieren.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa (SAP) und der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAA), welche beide 1999 entwickelt wurden, setzten ein deutliches Zeichen speziell für den westlichen Balkanraum einen Integrationsprozess zu entwickeln.

Externe Demokratieförderung kann natürlich nie ausschließlich normativ begründet sein, geografische Nähe, ökonomische, kulturelle oder sicherheitspolitische Interessenlagen wirken bei den Geberländern freilich mit ein. Es gibt auch nicht *das* Konzept dafür, vielmehr lassen sich externe Akteure von individuellen Interessen und Kosten-Nutzen-Überlegungen leiten.⁸⁵ Das Engagement der EU auf dem westlichen Balkan ist stark in den Kontext stabilitätsfördernden, zivilen Krisenmanagements zu bringen, dieses findet in der Etablierung eines speziellen EU-Instrumentariums (SAP) ihren Ausdruck.⁸⁶

⁸¹ vgl. Sandschneider, 2003, S.20.

⁸² Sandschneider, 2003, S.20.

⁸³ vgl. Zeilinger, 2007, S.75.

⁸⁴ vgl. ebd., S.75.

⁸⁵ vgl. Sandschneider, Eberhard (1997): Demokratieförderung von außen, in: Internationale Politik Nr. 5, S.11-18, hier S.14.

⁸⁶ vgl. Bredies, 2009, S.13

3.2.1 Sichtweisen der externen Akteure

Sandschneider beschreibt die Zielsetzung externer Akteure ihre eigenen Wertordnungen in Drittstaaten zu expandieren wie folgt:

„Im historischen Vergleich zeigt sich, dass alle politischen Systemtypen versuchen, im internationalen System den jeweils eigenen Systemtyp zu verbreiten, um mit strukturell ähnlichen oder gleichen Systemen, die auf möglichst identischen Wertemustern basieren, besser kooperieren zu können.“⁸⁷

Die externe Demokratieförderung basiert vor allem auf dem Wunsch, eine Sicherheitsgemeinschaft unter allen Staaten zu errichten, indem innerstaatlich gültige demokratische Normen und Verfahren in anderen Staaten durchzusetzen. Autokratien werden von externen Akteuren zu Zielländern, da sie eine Bedrohung im Bezug auf Sicherheit für Demokratien darstellen.⁸⁸

Sandschneider erfasst vier wesentliche Gesichtspunkte, die die weltweite Demokratisierung aus der Sicht der Förderländer wünschenswert erscheinen lassen, im Folgenden stützt sich die Arbeit auf seine Erkenntnisse.

1. Die Interessen externer Akteure in den verschiedenen Ländern sind vor allem durch die Verbreitung und Absicherung ihrer eigenen politischen-moralischen Wertvorstellungen geleitet.
2. Demokratische Systeme gehen davon aus, dass nicht-demokratische Staaten eine Sicherheitsgefährdung für sie darstellen. So betrifft das neben den klassischen Bedrohungsmustern besonders die indirekten Sicherheitsgefährdungen, welche durch Drogenschmuggel, Waffenproliferation oder staatlichen Terrorismus gekennzeichnet sind.
3. Das dritte Motiv für externe Demokratieförderung bildet sich aus Mansfield/Snyder's These heraus, dass demokratische Systeme friedensfähiger als andere Systemtypen sind.⁸⁹ Verfolgt man dieses Argument bedürfen noch nicht konsolidierte Demokratien der speziellen Förderung durch demokratische Systeme,

⁸⁷ Sandschneider, 2003, S.17.

⁸⁸ vgl. Hasenclever, 2003, S.200.

⁸⁹ vgl. Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (1995): Democratization and War, in: Foreign Affairs, Vol. 74, Nr. 3, 79-97.

da eben erwähnte in ihrer Friedensfähigkeit problematisch sind. Sandschneider argumentiert aus dieser Perspektive heraus,

„dass Demokratieförderung zwar Kosten verursacht, die sich allerdings in der Gesamtrechnung gegen die Kosten von direkten und indirekten Sicherheitsbedrohungen aufrechnen lassen.“⁹⁰

4. Als viertes Argument für eine aktive Förderung von Demokratisierungsbemühungen lässt sich festhalten, dass demokratische Systemtypen besser regionale, globale und bilaterale Probleme bewältigen als andere Systemtypen.⁹¹

Newberg/Carothers⁹² haben 1996 drei Aspekte resümiert, die an eine Politik der Demokratieförderung geknüpft werden: Das Ziel aktiver Demokratieförderung soll zur Sicherung des Friedens beitragen, und ein friedliches zwischenstaatliches Verhalten fördern. Zweitens sollen mit Demokratieförderung konsolidierte Demokratien entstehen, mit denen der *Westen* in der Lage ist langfristig politisch zu kommunizieren. Und drittens soll der *Westen* einen ökonomischen Partner erhalten, dazu sollen in den Zielländern marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt werden.

Wie bereits in der Arbeit angesprochen gibt es für Demokratieförderung kein universelles Konzept.⁹³ Um Strategien externer Demokratieförderung analysieren zu können, lassen sich Theorien der internationalen Beziehungen hervorragend anwenden.⁹⁴ Grundsätzlich lassen sich „realistische“ oder „idealistische“ Motive und Ziele voneinander unterscheiden. Die Motivlagen können nach Sandschneider⁹⁵ auf moralische Verpflichtungen oder auf geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen zurückgeführt werden. Die Ziele, die der externen

⁹⁰ Sandschneider, 2003, S.18.

⁹¹ vgl. Sandschneider, 2003, S.17ff.

⁹² vgl. Newberg, Paula R./Carothers, Thomas (1996): Aiding-And Defining-Democracy, in: World Policy Journal, Spring 1996, S.97-108, hier S.97.

⁹³ vgl. Sandschneider, 1997, S.14.

⁹⁴ vgl. Zeilinger, 2007, S.76.

⁹⁵ vgl. Sandschneider, 1997, S.12.

Demokratieförderung zugrunde liegen, lassen sich nach Freise⁹⁶ allgemein in drei Bereiche gliedern 1) um nachhaltig mit politischen Systemen kooperieren zu können, ist deren Schaffung Voraussetzung, 2) zivile Konfliktlösungsmechanismen sollen helfen, den Frieden zu sichern, 3) die bereits in der Arbeit angesprochenen einzuführenden marktwirtschaftlichen Strukturen, sollen eine Erschließung sicherer Absatzmärkte gewährleisten.⁹⁷ Vollzieht sich die Ausweitung demokratischer Systeme, so ist nach Sandschneider die Erfüllung dieser Ziele sehr realistisch.⁹⁸ Sandschneider's Annahme beruht darauf, dass demokratische Staaten aufgrund identischer Verfahren und Prinzipien besser kooperieren.⁹⁹

3.2.2 Innen-Außen-Analogie

Im folgenden Verlauf der Forschungsarbeit wird die Innen-Außen-Analogie diskutiert, welches als geeignetes Erklärungsmodell für Demokratieförderung innerhalb der EU-Außenbeziehungen erscheint.¹⁰⁰

In den vorigen Kapiteln wurden bereits die Motive, Interessen und Ziele externer Demokratieförderung diskutiert. Erarbeitet wurde, dass Motive und Interessen externer Akteure sich sowohl an idealistische Motive (ideologische Überzeugung), als auch an realistischen Motiven (wirtschaftlich, sicherheitspolitisch, geopolitisch) orientieren. Angeknüpft an Mansfield/Snyder's These, dass demokratische Systeme friedensfähiger als andere Systemtypen sind¹⁰¹ lässt sich die Intention der externen Demokratisierung der EU und ihrer Strategiewahl mit der Innen-Außen-Analogie hervorragend erklären.

Der Ansatz, welcher in der Tradition liberaler Erklärungsmodelle für außenpolitisches Handeln steht, geht von der Annahme aus, dass die Außenpolitik zu großen Teilen auf innenpolitische Vorgänge und Interessenlagen zurückgeführt werden kann.¹⁰² Im

⁹⁶ vgl. Freise, 2004, S.146.

⁹⁷ vgl. Zeilinger, 2007, S.76.

⁹⁸ vgl. Sandschneider, 1997, S.12ff.

⁹⁹ vgl. ebd.,

¹⁰⁰ vgl. Zeilinger, 2007, S.76.

¹⁰¹ vgl. Mansfield, Snyder 1995, S.79-97.

¹⁰² vgl. Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005): Die EU in den Internationalen Beziehungen, in: Holzinger, Katharina/Knill, Christoph/Peters, Dirk/Rittberger, Berthold/Schimmelfennig, Frank/Wagner, Wolfgang (2005): (Hg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Ferdinand Schöningh Verl., hier S. 215ff.

Außenhandeln der Union werden gemeinschaftliche Politikprozesse, innere geteilte Werte, Interessen und Prinzipien¹⁰³ reflektiert. Innerhalb der theoretischen Debatte wird angenommen, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist und ihre Werte auch in ihrem Außenhandeln vertritt.¹⁰⁴ Aus der Perspektive der Innen-Außen-Analogie versucht die EU demnach mit ihren Instrumenten die Drittstaaten mit den gleichen Grundsätzen auszustatten, nach denen sie auch selbst im Inneren geordnet sind.¹⁰⁵

Die EU greift auf bewährte Prinzipien und Werte, die schon innerhalb der Gemeinschaft zum tragen kommen zurück und möchte diese auch in benachbarten Staaten bzw. in Ländern, die von besonderem sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interesse sind einsetzen. Dazu zählen neben den Prinzipien und Normen der EU, die im Beitrittsprozess am stärksten wirksam werden, die Grundsätze der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Bürgerrechte und ökonomische Liberalisierung.¹⁰⁶ Die EU hat vor allem deswegen Interesse ihre eigenen Grundsätze im internationalen Umfeld umzusetzen, um Kontrolle über diese Staaten zu erhalten. Diese Überlegungen hängen stark mit den geopolitischen Faktoren zusammen, die wie bereits oben erwähnt durch den Drogenschmuggel, Waffenproliferation oder den staatlichen Terrorismus gekennzeichnet sind. Diese Faktoren könnten eine Destabilisierung im Inneren der EU hervorrufen. Um diese innere Sicherheit zu gewährleisten wurde das Konzept „ring of friendly states“ kreiert.¹⁰⁷

Mit der Schaffung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde die gemeinsame Außenpolitik auf eine breitere Grundlage gestellt, zuvor, als die EG noch weitgehend eine Wirtschaftsgemeinschaft war, waren auch die gemeinsamen Außenbeziehungen weitgehend als Handelsaußenbeziehungen konzipiert.¹⁰⁸ Im Vertrag von Maastricht wird zu der Zielsetzung der GASP folgendes festgehalten:

¹⁰³ vgl. Zeilinger, 2007, S.76.

¹⁰⁴ siehe dazu beispielhaft: Jünemann, Anette/Knodt, Michele (2007a): Introduction. Theorizing EU external Democracy Promotion, in: Jünemann, Anette/Knodt, Michele (Hg.) Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union, Nomos, Baden-Baden und Knodt, Michele/Jünemann, Annette (2006) (Hg.): Die externe Demokratieförderung der Europäischen Union, Baden-Baden.

¹⁰⁵ vgl. Peters/Wagner, 2005, S.260.

¹⁰⁶ vgl. Zeilinger, 2007, S.76.

¹⁰⁷ vgl. ebd., S.77.

¹⁰⁸ vgl. ebd., S.77.

„Wahrung der gemeinsamen Werte und der grundlegenden Interessen [...] der Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen, Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit [und] die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“¹⁰⁹

Um ihre Ziele umsetzen zu können arbeitet die EU mit Fortschrittsberichten, Stellungnahmen etc. zudem steht sie in ständigen Kontakt mit den Zielländern. Die EU setzt in ihren Außenbeziehungen auf Verhandlungen, politischen Dialog, Multilateralismus und Förderung internationaler Kooperation sowie auf Fortentwicklung des Völkerrechts. Diese Strategien führten 1999 zur Gründung des Stabilitätspakts für Südosteuropa.¹¹⁰

Die Jahre davor brachten keine effektive gemeinsame Strategie gegenüber der Region westlicher Balkan. Eben angesprochene waren eher durch auseinander driftenden Positionen der Mitgliedstaaten gekennzeichnet. So konnte die Gewalt erst mit Mitteln der *hard power* durch die USA und die NATO beendet werden.¹¹¹ Es lässt sich eine Tendenz erkennen, dass die EU erst dann wirksame Strategien anwenden kann, wenn sie auf im Inneren bewährte und entwickelte, zivile Mittel zurückgreifen kann.¹¹²

3.3 Externe Akteure

Das Vielfalt der externen Akteure, die sich seit 1989 erheblich an Maßnahmen der Demokratieförderung beteiligen, lässt sich nach Sandschneider (2003) in drei Gruppierungen aufteilen: 1) in internationale Organisationen (UNO, OECD, IWF, Weltbank, zudem regionale Organisationen EU, OSZE und Europarat), 2) in einzelne Nationalstaaten (USA, Deutschland, Japan, etc.), und 3) in NGO's. Die beschriebenen Akteure sind von unterschiedlichen Motiven und Zielen gesteuert und selbstverständlich verfolgen sie unterschiedliche Strategien. Zweifellos kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Systemwechsel ausschließlich von externen Akteuren getragen wird.

¹⁰⁹ EUV: Vertrag über die Europäische Union. Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union, 1992, Art. 11, zit. in: Zeilinger, 2007, S.77.

¹¹⁰ vgl. Peters/Wagner, 2005, S.247ff.

¹¹¹ vgl. ebd., S.250.

¹¹² vgl. Stambolija, 2009, S.85.

Externe Akteure nehmen vielmehr Einfluss auf die Interessen interner Akteure.¹¹³ Demnach sind fortschrittsbringende externe Unterstützungsstrategien oft an Förderungen bestimmter politischer Eliten geknüpft.¹¹⁴ In dieser Arbeit steht Demokratieförderung durch die EU im Vordergrund, deshalb wird ein Großteil der anderen Organisationen und einzelne Nationalstaaten ausgeklammert.

3.3.1 Die EU/EG

Die Zielsetzung externer Demokratieförderung ist freilich neben sicherheits- und geopolitischen Interessen die Dominanz eines bestimmten Politikmodells in einem definierten geografischen Raum.¹¹⁵ Die EU unterstreicht (sowie auch die USA) in entsprechenden Strategien, dass mit externer Demokratieförderung primär die Absicherung und Verbreitung politisch-moralischer Wertvorstellung mit universalem Geltungsanspruch verfolgt wird.¹¹⁶ Der Zusammenbruch der Sowjetunion forderte die EU dazu auf, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Das Jahr 1991 steht für einen neuen Abschnitt in der europäischen Außenpolitik und für den Beginn der aktiven EU-Demokratieförderung.¹¹⁷ Die EG trat also im Zuge der dritten Demokratisierungswelle in die Rolle des internationalen Demokratieförderers. Im Artikel J.1 (2) des Vertrags von Maastricht steht:

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat zum Ziel [...] die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“.¹¹⁸

¹¹³ vgl. Sandschneider, 2003, S.9.

¹¹⁴ vgl. Sandschneider, 2003, S.35.

¹¹⁵ Gawrich, Andrea/Lapis, Wulf (2006): Demokratieförderung als europäische Herausforderung. Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU, in: Friedrich Ebert Stiftung, S.5-34, hier S.14.

¹¹⁶ vgl. Basile, Linda (2009): Competitiveness, Cooperation or Complementarity? American and European Roles in Democracy Promotion, in: Jean Monnet Working Papers in Comparative and International Politics, Nr. 66, S.12ff.

¹¹⁷ vgl. Smolnik, 2008, S.16.

¹¹⁸ Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht), 1992, Artikel J.1.(2), zit. in: Smolnik, 2008, S.16.

Ein wichtiges Ziel der EU ist es, mittels ihrer Außenpolitik die Grundsätze in Drittländern zu fördern, bestärkt wird die EU in ihrer Rolle als externer Akteur nochmals durch den Vertrag von Nizza 2000, in Artikel 181a: ¹¹⁹

„Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen“. ¹²⁰

Tatsache ist, dass die EU als Wirtschaftsmacht eine besondere Anziehungskraft ausstrahlt, zumal an einem EU-Beitritt etliche Hoffnungen geknüpft sind (zB Reisefreiheit). Die EU ist mit ihrer Politik der externen Demokratieförderung vor allem Ende der 1990er Jahre am westlichen Balkan zu einem wichtigen Akteur geworden. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre konnte sie generell ihre Kraft der externen Demokratieförderung durchsetzen.

Die Demokratisierung im Rahmen von Beitrittsprozessen verspricht den größten Erfolg. Die EU bezieht innerhalb internationaler und regionaler Organisationen einen Sonderplatz. Sie handelt vor allem mit dem Instrument der politischen Konditionalität und erreicht somit eine sehr direkte Demokratieförderung.¹²¹ Die politische Konditionalität wird wegen ihrer Bedeutsamkeit um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Drittländern zu fördern im vierten Teil der Arbeit näher beleuchtet.

3.3.2 Die NATO

Die NATO¹²² gilt wohl als das unverzichtbare „transatlantische Bindeglied“¹²³, und als jene Organisation die die USA und Europa zusammenhält.¹²⁴ Sie stellt nach wie vor für die Sicherheit in Europa entscheidende internationale Organisation dar. Die EU hat sich zu Beginn der 1990er Jahre eine internationale Organisation gegeben, namentlich die

¹¹⁹ vgl. Smolnik, 2008, S.16.

¹²⁰ Vertrag von Nizza, 2001, Artikel 181a, S.20, zit. in: Smolnik, 2008, S.16.

¹²¹ vgl. Smolnik, 2008, S.17ff.

¹²² Anm.: Zur Entstehung, der militärischen Organisationsstruktur und Entwicklung der NATO siehe Woyke, Wichard (2006): NATO, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, S. 369-378.

¹²³ Sloan, Stanley R./Borchert, Heiko (2003): „Soft power“ als Lösung. Amerikanisch-europäische Beziehungen in Europa und über Europa hinaus, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hg.), OSZE-Jahrbuch, Baden-Baden, S.81-95, hier S.81.

¹²⁴ vgl. ebd., S.81.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die bereits zu einem bedeutsamen friedensgestaltenden Instrument in Europa forciert ist.¹²⁵ Die NATO „engagierte“ sich ab Oktober 1998 auch ohne Mandat im Kosovo-Konflikt zuerst mit der Absicht Bereitschaft ein politisches Abkommen militärisch abzusichern und später ab März 1999 mit massiven Luftangriffen auf jugoslawische Stellungen, Einheiten und Anlagen, um ein Einlenken Jugoslawiens zu erzwingen, oder wie es damals hieß eine „humanitäre Katastrophe“ im Kosovo zu verhindern.¹²⁶ Meinungsumfragen zeigen, dass die EU positiver perzipiert wird als USA und NATO.¹²⁷ Die USA und NATO erinnern im öffentlichen Diskurs häufig an gewaltvolle Bilder. Dies hat mit dem in der Öffentlichkeit umstrittenen diskutierten NATO Beitritt zu tun. Zum anderen bezogen auf die (Nicht-) Zusammenarbeit mit dem ICTY (zB durch medial kolportierte US-Drohungen, Hilfszahlungen für Serbien einzustellen).¹²⁸ Das negative Bild mit dem USA und NATO in Serbien behaftet sind, lässt sich natürlich auch auf die NATO-Bombardements 1999 zurückführen. In dieser Zeit erschien vorwiegend die US-Regierung vertreten durch die damalige Außenministerin Madeleine Albright als „Aggressor“.¹²⁹

3.4 Instrumente externer Demokratieförderung

Zu Beginn dieses Abschnittes soll zunächst eine Definition von Tatjana Reiber stehen, sie definiert Instrumente der externen Demokratieförderung wie folgt:

„Instrumente der externen Demokratieförderung sind methodische Mittel, anhand derer ein externer Akteur in einem Zielland Demokratisierungsprozesse in einem ausgewählten Förderbereich unterstützen kann“.¹³⁰

¹²⁵ vgl. Woyke, Wichard (2006): NATO, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, S.369-378, hier S.377.

¹²⁶ vgl. ebd., S.375.

¹²⁷ vgl. Meinungsumfragen in Gallup Balkan Monitor, International Community & Geopolitics, NATO, 2010, online unter: <http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard> (Stand 06.01.2011).

¹²⁸ vgl. Nadjivan, 2006a, S.170.

¹²⁹ ebd., S.171.

¹³⁰ Reiber, Tatjana (2009): Instrumente der Demokratisierung. Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.213-233, hier S.214.

Die Strategien und Instrumente externer Demokratieförderung sind durchaus vielfältig, sie reichen dabei von „soften“ diplomatischen Maßnahmen, über wirtschaftliche Sanktionen, bis hin zu militärischen Handlungen, es wäre nicht möglich sie in dieser Forschungsarbeit in ihrer Gesamtheit zu erfassen.

In dieser Forschungsarbeit soll vielmehr der Fokus auf Strategien und Instrumente externer Demokratieförderung im Rahmen der EU liegen, welche als „softe“ Maßnahmen ausgeführt werden, nicht zuletzt weil militärische Aspekte von der eingangs beschriebenen Definition ausgenommen wurden.

Bei den Instrumenten der Geberseite unterscheiden Beichelt/Schimmelfennig (2010) zwischen anreizbasierten und lern- und überzeugungsorientierten. Politische Konditionalität ist ganz klar auf die Seite der anreizbasierten Instrumente zu stellen. Sie „belohnt“ die Zielländer zB mit finanzieller Hilfe, wirtschaftlicher Unterstützung, wenn sie die Demokratisierung vorantreiben. Demgegenüber zu stellen ist nach Beichelt/Schimmelfennig (2010) die Sozialisation.¹³¹ Im Folgenden stütze ich mich weiter auf die Ausführungen von Beichelt/Schimmelfennig (2010).

Externe Demokratieförderung kann über intergouvernementale oder transnationale Kanäle erfolgen, entweder über „*Top-down*“ oder „*bottom-up*“.

Mit dem Ansatz „*Top-down*“ wird versucht, Regierungen der Zielländer davon zu überzeugen, sich demokratisch zu verhalten und demokratische Institutionen zu errichten oder zu stabilisieren.¹³² Diese Strategie betreibt die EU in der Region sehr deutlich, wie eben erwähnt, wird die Kooperation mit den amtierenden Regierungen und den relevanten politischen Eliten gesucht. Dabei versucht die EU nicht zwingend einen Regimewechsel einzuleiten, vielmehr richten sich die Maßnahmen auf die Etablierung und Stabilisierung.

Als Pendant kann über „*bottom-up*“ agiert werden. Mit diesem Ansatz wird versucht die zivilgesellschaftlichen Akteure bei ihren demokratischen Bestrebungen zu unterstützen.¹³³ Diese Strategie ist jene die von den USA eher gewählt wird.

¹³¹ vgl. Beichelt, Timm/Schimmelfennig, Frank (2010): Vom postsozialistischen Transformationsoptimismus zur politischen Realität. Die Grenzen des Demokratieexports in Osteuropa und dem Kaukasus, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Import/Export Demokratie. 20 Jahre Demokratieförderung in Ost-, Südosteuropa und dem Kaukasus, hier S.18.

¹³² vgl., ebd., S.18.

¹³³ vgl. ebd., S.18.

Um den Fokus nicht zu verlieren, müssen an jener Stelle jene Determinanten beschrieben werden, die die Strategie- und Instrumentenwahl im Allgemeinen bedingen: Ein bedeutsamer Faktor ist wohl die geografische Nähe, aus ihr ergeben sich weitere wichtige Faktoren, wie zB die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Sandschneider erwähnt in diesem Zusammenhang, dass das Bedürfnis nach Stabilität und Zusammenarbeit wächst, je näher ein Zielland zum Geberland verortet ist.¹³⁴ Beide Seiten von Stabilität (politische und wirtschaftliche) sind auch für Europa wichtig, um Flüchtlings- und wirtschaftliche Migrationsströme nach Resteuropa zu verringern. In der Region selbst soll die politische Stabilität für das Ausbrechen neuer ethnischen Auseinandersetzungen sorgen und die wirtschaftliche Stabilität dazu beitragen, dass radikale politische Strömungen weniger Einfluss haben.¹³⁵

Es kann festgehalten werden, dass die Südosterweiterung die Interessen der Mitgliedsländer vertritt, da sie zu einer Stabilisierung des westlichen Balkan beiträgt.

3.4.1 Soft-Power/hard-power

Welche Strategie der externen Demokratieförderung trägt zum maximalen Erfolg bei? Eine erfolgreiche Strategie kann jene sein, welche die Bedürfnisse und Motive der internen Akteure kennt und beeinflusst. Erfolg kann dadurch erzielt werden, wenn der externe Akteur (NGO, internationale Organisation, Nationalstaat) als Vorbild angesehen wird, seine Ideen und Werte als erstrebenswert und erfolgsversprechend erscheinen.¹³⁶ Joseph S. Nye einer der Protagonisten des *soft-power-Konzepts* beschreibt 2002 *soft-power* recht idealistisch:

„Ein Land kann weltpolitisch seine Ziele erreichen, weil andere Länder ihm folgen möchten, weil sie seine Werte bewundern, seinem Beispiel nacheifern, sein Niveau von Wohlstand und Offenheit anstreben.“¹³⁷

¹³⁴ vgl. Sandschneider, 2003, S.37.

¹³⁵ vgl. Altmann, Franz-Lothar (2005): EU und westlicher Balkan - von Dayton nach Brüssel. Ein allzu langer Weg? in: SWP-Studie, 01-2005, S.24ff.

¹³⁶ vgl. Stambolija, 2009, S.48.

¹³⁷ Nye, Joseph (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics Public Affairs, New York, S. 29.

Das Konzept *soft-power* oder der „weichen“ *Macht* kann aufgrund der Ausrichtung der EU-Außenpolitik auf zivile Instrumente im Kontext von Demokratieförderung durch die EU auch zur Anwendung kommen.¹³⁸ Francois Duchene (1973) hat die EU aufgrund ihrer, ausschließlich auf zivile Instrumente reduzierte Außenpolitik als „Zivilmacht“ analysiert und erläutert diese Bestimmung als

„eine zivile Ländergruppe mit weit reichender wirtschaftlicher und verhältnismäßig begrenzter militärischer Macht muss die Europäische Gemeinschaft daran interessiert sein, die zwischenstaatlichen Beziehungen - sowohl zwischen ihren eigenen Mitgliedern wie auch mit dritten Ländern - so weit wie möglich zu domestizieren. Es muss versucht werden, dass Gefühl für gemeinsame Verantwortung und für vertragliches Vorgehen, das sich bisher ausschließlich auf die „heimischen“ und nicht auf die „fremden“ Angelegenheiten, auf die Innen- und nicht auf die Außenpolitik bezog, auch in den internationalen Bereich einzuführen.“¹³⁹

Die Möglichkeiten der Machtausübung verfolgen Zivilmächte innerhalb der sogenannten dritten Dimension.

„Wo Macht im Sinne von Zwang versucht, andere Staaten dazu zu bringen, zu tun, was sie sonst nicht täten, will die drittdimensionale Zivilmacht sie dazu bringen, zu wollen, was sie sonst nicht wollten.“¹⁴⁰

Das Ziel des *Soft-Power* Ansatzes ist es durch Kommunikation und kooperative Handlungsformen die Menschen zu überzeugen. Das Gegenstück zum Konzept *soft-power* ist *hard -power*. *Hard-power* greift auf militärische und ökonomischen Mittel zurück dadurch wird eine Situationsänderung bewirkt. Der Begriff *soft-power* ist in der Dimension eines umfassenden Machtbegriffs eingeordnet, kennzeichnet eine Spielart des Einflusses, *hard-power* prägt den Machtbegriff aber im traditionellen Sinn.¹⁴¹

¹³⁸ vgl. Stambolija, 2009, S.49.

¹³⁹ Duchene, Francois (1973): Die Rolle Europas im Weltsystem. Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz, in: Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang (Hg.): Zivilmacht Europa - Supermacht oder Partner? Frankfurt/Main, S.34ff.

¹⁴⁰ Tewes, Henning (1997): Das Zivilmachtkonzept in der Theorie der internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu Knut Kirste und Hannes W. Maull, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 4.Jahrgang, Nr. 2, S.347-360, hier S.335.

¹⁴¹ vgl. Stambolija, 2009, S.49.

Die Instrumentenwahl der EU und der USA unterscheiden sich in vielen Fällen. Die USA greift auf militärische oder wirtschaftliche Mittel (Sanktionen) zurück, so verbreitet sie ihre demokratischen Normen und Verfahren durch militärische Interventionen.¹⁴² Hingegen gründet der Ansatz *soft-power* eher, auf Vorbildcharakter, Übernahme von Werten die als erstrebenswert gelten oder einer attraktiveren Kultur.¹⁴³ Sloan/Borchert betonen in ihrer Arbeit, dass für die Zivilisierung der internationalen Beziehungen weiche Machtmittel Grundbedingung für das Vertrauen zwischen Staaten und der Bevölkerung darstellen, denn „ohne Vertrauen kann keine stabile internationale Ordnung aufgebaut und erhalten werden.“¹⁴⁴

Zivilmächte arbeiten in den internationalen Beziehungen vorrangig mit *soft-power*, aber sie lassen sich sozusagen die Hintertür militärische oder ökonomische Gewalt anzuwenden offen. In dem Zusammenhang merken Sloan und Borchert an, dass zivilmachtorientierte Außen- und Sicherheitspolitik eine Mischung aus *soft- und hard power* darstellt.¹⁴⁵

3.5 Probleme und Herausforderungen für externe Akteure im ehemaligen Jugoslawien

Nach dem Ende des Ost-West- Konfliktes hat sich externe Demokratieförderung zu einer internationalen „Wachstumsindustrie“¹⁴⁶ entwickelt, das publizierte Thomas Carothers bereits 1999. Mittlerweile ist der Euphorie die Ernüchterung gefolgt, Transformationsprozesse die in ihrer Entwicklung still stehen und das Entstehen defekter Demokratien weisen darauf hin, dass auch externe Demokratieförderung nur einen begrenzten Einfluss haben kann.¹⁴⁷

So wendet auch die wissenschaftliche Literatur ihren Blick auf Probleme und Herausforderungen von externer Demokratieförderung. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die fehlende Angemessenheit von Strategien, Defizite in der Implementierung,

¹⁴² vgl. Kneuer, 2006, S.17.

¹⁴³ vgl. Nye, 2004, S.8.

¹⁴⁴ Sloan/Borchert, 2003, S.81.

¹⁴⁵ vgl. ebd., S.81.

¹⁴⁶ Carothers, Thomas (1999): *Aiding, Democracy Abroad. The Learning Curve*, Washington, D.C, hier S. 8.

¹⁴⁷ vgl. Reiber, 2009, S.213, vgl. dazu aber vor allem Carothers, Thomas (2002): *The End of the Transition Paradigm*, in: *Journal of Democracy* Nr. 13, S.5-20.

sowie Probleme die sich aus Fördermaßnahmen ergeben, v.a. die Gefahr einer vertieften Abhängigkeit der Zielländer von den Förderländern.¹⁴⁸

Als generelle Probleme externer Demokratisierung gilt vor allem das „unter Druck setzen“. Wird eine grundsätzlich demokratische Regierung, die aufgrund von massiven innergesellschaftlichen Widerstands gewisse Reformen nicht einleitet unter Druck gesetzt, dann kann das deren Position schwächen. Reagiert die Regierung auf die externen Forderungen, so läuft sie Gefahr, in der Bevölkerung als „Marionette des Westens“ angesehen zu werden. Dadurch erfährt sie einen Legitimitätsverlust. Allerdings werden der Regierung bei nicht Erfüllung externe Ressourcen entzogen.¹⁴⁹

Folgende Problembereiche in der Region westlicher Balkan die nun näher ausgeführt werden, stützen sich auf die Erkenntnisse von Segert/Dzihic (2009).

Segert/Dzihic erläutern einige Gründe warum der Raum des ehemaligen Jugoslawiens für die Demokratisierungsprozesse einen schwierigen Fall darstellt. An dieser Stelle sollen zwei von ihnen genannt werden, da diese für vorliegende Arbeit einen großen Stellenwert einnehmen, es wird in mehreren Abschnitten versucht zu dieser Thematik eine Verbindung herzustellen. Sie nennen einen in der Demokratisierungs- und Europäisierungsdiskurs allgemein vorhandenen Bias¹⁵⁰, der im weiteren Verlauf der Arbeit noch genauer diskutiert wird. Der *Westen* erhebt den Anspruch, die universelle Gültigkeit der eigenen Wertvorstellung auch in nichtwestlichen Gesellschaften bestätigen zu können.¹⁵¹ Segert/Dzihic betonen in ihrer Arbeit, dass anknüpfend an diese Feststellung damit eine „einseitige Sicht auf die Chancen der externen Unterstützung von Demokratie“¹⁵² verbunden ist.

¹⁴⁸ vgl. Reiber, 2009, S.213.

¹⁴⁹ vgl. ebd., S.228.

¹⁵⁰ vgl. Segert, Dieter/Dzihic Vedran (2009): Das jugoslawische Rätsel: Enklavendemokratie, Staatsschwäche und Probleme externer Demokratieförderung, in: Südosteuropa Mitteilungen, 03-04/2009, S.48-65, hier S.51.

¹⁵¹ vgl. dazu Said, Eduard (1978): Orientalism, New York, und Todorova, Maria (1999): Die Erfindung des Balkans, Darmstadt und Segert/Dzihic, 2009, speziell S.50-51, sowie Dzihic, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paic, Hrvoje/Stachowitsch, Saksia (Hg.) (2006): Europa - verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien.

¹⁵² Segert/Dzihic, 2009, S.51.

„Sie wird zu sehr als Einbahnstraße des Exports von Stabilität und einer im Westen geschätzten Werteordnung gesehen, ohne aber die internen Voraussetzungen für eine Übernahme der Botschaft in den Zielgesellschaften genügend zu beachten.“¹⁵³

Einen Grund für die schwierige Transition stellen die Arten von Gewalt in den 1990er Jahren dar.¹⁵⁴ In diesen Jahren waren die Staaten des früheren Jugoslawiens an der ethnopolitischen Gewalt betroffen handelten aber zum Teil auch aktiv. Die Situation in Bosnien und Herzegowina und in Serbien und Montenegro (einschließlich Kosovo) ist am problematischsten gewesen. Diese Länder haben massive ethnopolitische Gewalt erfahren müssen, parallel dazu mussten sie bedeutsame Reformprozesse beginnen.¹⁵⁵ Die Bundesvorbereitungen in Serbien und Montenegro wurden damals als dysfunktional betrachtet, dies führte zu einer Situation in welcher sich die EU dazu gezwungen fühlte, mit den serbischen und montenegrinischen Autoritäten zu verhandeln. Diese Prozesse sind bekannt unter dem Namen „twin tracks“.¹⁵⁶

Die EU hat seit der Gründung des Stabilitätspakts für Südosteuropa und später mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess in den späten 1990er Jahren eine Wesentliche Rolle in der externen Demokratieförderung in der Region eingenommen.

„Externe Demokratieförderung stellt seit 1999/2000 die wichtigste internationale Kontextbedingung für die Entwicklungen der Staaten des westlichen Balkans dar.“¹⁵⁷

Allerdings muss hier auch die innere Perspektive betrachtet werden. In den Zielländern, in dieser Forschungsarbeit explizit Serbien erscheinen internationale Demokratieförderer bei politischen Akteuren, als auch innerhalb der Bevölkerung als arrogant und haben das Image der Gesellschaft etwas „aufzwingen“ zu wollen. Externe Demokratieförderung erscheint wie ein Versuch, einem anderen Land seine eigene Wertordnung überzustülpen.

¹⁵³ ebd., S.51.

¹⁵⁴ vgl. Segert/Dzihic, 2009, S.50.

¹⁵⁵ vgl. ebd., S.50.

¹⁵⁶ vgl. Stewart, Susan (2007): EU Democracy Promotion in the Western Balkans, in: Jünemann, Annette/ Knodt, Michéle (Hg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. Baden-Baden, S. 231-246, hier S.232.

¹⁵⁷ Segert/Dzihic, S.59.

Zudem herrscht in Serbien in der gespaltenen Gesellschaft eine Ablehnung gegen den *Westen* also gegen EU und NATO.¹⁵⁸ Eben aufgrund dieser polarisierten Gesellschaft gibt es einen Teil der den *Westen* ablehnt, es gibt aber auch jenen Teil der Bevölkerung der der EU ein weit positiveres Zeugnis ausspricht. Nach aktuellen Umfragen sprechen sich 60% der Bevölkerung für einen Beitritt Serbiens in die EU aus. Bei jungen Menschen und Akademiker ist dieser Zuspruch sogar noch höher, nämlich 78%.¹⁵⁹

An die Tatsache, dass externe Demokratieförderung nur ein temporäres Phänomen in den entsprechenden Zielländern darstellen kann, knüpfen sich eine Vielzahl von Problemen.

Bredies (2009) erwähnt in Anlehnung an Grzegorz Ekiert (2007)¹⁶⁰ dass Förderungsmaßnahmen durchaus auch ein Hindernis darstellen könnten. Es wird dadurch eine gewisse Abhängigkeit in den Zielländern produziert. Das könnte dazu führen, dass dadurch neue Ungleichheiten verfestigt werden. Das würde die Staaten in Südosteuropa vor enorme innenpolitische Herausforderungen stellen.¹⁶¹ Ein weiteres Problem besteht darin, dass bedingt durch die Durchdringung der Innenpolitik der Eindruck erweckt wird, nur einen begrenzten Teil auf die Politikgestaltung innerhalb der EU und im eigenen Land mitwirken zu können. Die Bevölkerung und die Regierung könnten sich mit einem fremdgesteuerten Automatismus konfrontiert sehen.¹⁶² Als ausgezeichnetes Beispiel dazu, lässt sich das EU-skeptische Lager in Serbien erwähnen. Zum einen beziehen sie die Vergangenheit auf das ehemalige Jugoslawien (SFRJ), das bis heute in Serbien größtenteils positiv gesehen wird, daher erscheint ihnen die Zukunft innerhalb der EU als ambivalent.¹⁶³

¹⁵⁸ vgl. ebd., S.61, und Nadjivan, 2006a, S.157-212.

¹⁵⁹ vgl. Gallup Balkan Monitor (2009): Perceptions of the EU in the Western Balkans, online unter: http://www.balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_EU_Perceptions.pdf (Stand 07.01.2011), hier S.2.

¹⁶⁰ siehe dazu: Ekiert, Grzegorz (2007): Dilemmas of Europeanization: Eastern and Central Europa after the EU Enlargement, in: Acta Slavica Iaponica Nr. 25, S.1-28.

¹⁶¹ vgl. Bredies, 2009, S.14.

¹⁶² vgl. ebd., S.15.

¹⁶³ vgl. Nadjivan, 2006a, S.173ff.

„Zum einen aufgrund von „aufoktroyieren“ und „sozial ungerechten“ und „ungesetzlichen“ Reformen [...], zum anderen aufgrund des „bevormundenden“ und „unrechtmäßigen („verbrecherischen“) UN-Kriegsverbrechertribunals“. ¹⁶⁴

Ein weiterer Kritikpunkt der externen Demokratieförderung der EU lässt sich an den Präsidents- und Parlamentswahlen 2008 in Serbien festmachen. Gemessen am knappen Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2008, wo Boris Tadic (pro-europäisch) nach der Stichwahl um das Präsidentenamt nur etwa 100.000 Stimmen mehr als sein Gegner der Nationalist Tomislav Nikolic erzielen konnte,¹⁶⁵ zeigt sich, dass die EU einen erheblichen Beitrag dazu geleistet hat, um Tadic als Wahlsieger hervorgehen zu lassen. Vielleicht stellt sich in Hinblick auf die Wahlen 2008 in Serbien auch die Frage, ob es angesichts der externen Demokratieförderung der EU, überhaupt eine Rolle spielt, wer die Wahlen gewinnt.¹⁶⁶ Da die nationale Politik stark von der EU beeinflusst wird und die EU sozusagen bei den Parlamentswahlen 2008 in Serbien Wahlkampf betrieb.

Die EU versucht der gespaltenen Gesellschaft zu zeigen, dass ihre Zukunft in der EU liegt und beschleunigte im Vorfeld der Wahlen den Prozess über den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA).¹⁶⁷ Die EU setzte sich für das so genannte pro-europäische Lager ein und versuchte die Wähler auf ihre Seite zu bringen. Eine der Maßnahmen war die Unterzeichnung des SAA nur zehn Tage vor den Wahlen. Serbien und die EU konnten im April 2008 das fertig verhandelte SAA sowie ein Zwischenabkommen über Handelsfragen unterzeichnen. Die Unterzeichnung des SAA vor den Parlamentswahlen 2008 deutet Haas (2009) als „temporäre Lockerung der mit Mladic verbundenen Kondition und damit als Politisierung der Konditionalitätspolitik“. ¹⁶⁸ Sie veranschaulicht Möglichkeiten und Grenzen einer

¹⁶⁴ ebd., S.174.

¹⁶⁵ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Serben wählen pro-europäischen Tadic, online unter: <http://www.bpb.de/themen/ZUX45F> (Stand 02.02.2011).

¹⁶⁶ vgl., Burnell, Peter (2005): Political Strategies of External Support for Democratization, in: Foreign Policy Analysis Nr.1/3, S.361-384, hier S.378.

¹⁶⁷ Presidency of the European Nation, Statement on the Initialling of the Stabilisation and Association Agreement with Serbia, Brüssel, 07.11.2007, online unter: http://www.eu2007.pt/ue/ven/noticias_documentos/declaracoes_pesc/20071107pescservia.htm (Stand 10.06.2010).

¹⁶⁸ Haas, Christian (2009): EU-Politik in Serbien 2008. Möglichkeiten und Grenzen eines beschleunigten Integrationsprozesses, in: SWP 2/2009, hier S.4.

kurzfristig orientierten Konditionalitätspolitik in einer gespaltenen Gesellschaft wie es sie in Serbien gibt.¹⁶⁹

Ziel der EU-Politik war es die pro-europäischen Kräfte zu stärken und einen Wahlsieg des national-konservativen Lagers zu verhindern. Die EU-Politiker betonten zwar sich für eine grundsätzliche Ausrichtung der serbischen Politik einzusetzen, Michael Emerson (2008) kritisiert in seinem Artikel jedoch die EU dahingehend, dass sie in ihrer Parteinahme zu weit gegangen ist.¹⁷⁰ Diesbezüglich äußert sich auch Bredies in ihrem Beitrag, wenn Demokratieförderung zu „aufgesetzt“ wirkt und nicht nach klar formulierten, überprüfbaren Kriterien verfahren wird, könnten solche Maßnahmen innenpolitisch destabilisierend wirken.¹⁷¹ Das Handeln der EU ist selbstverständlich nicht als ganz uneigennützig zu deuten, sicherheitspolitische, geostrategische und wirtschaftliche Interessen wurden an einer früheren Stelle bereits diskutiert, explizit wird im weiteren Verlauf dieser Forschungsarbeit nochmals dazu Stellung bezogen.

Zum einen sind externe Faktoren der Demokratisierung seit Ende der 1980er Jahre politisch anerkannt, zum anderen seit Anfang 2000 nicht ganz unumstritten. Besonders Carothers (2002) begegnet der Demokratieförderung mit großer Skepsis und Kritik.

In seinem „End of the Transition Paradigm“ greift er die unreflektierte Praxis der Demokratieförderpolitik an. Carothers Kritik konzentriert sich aber auf den post-sowjetischen Raum. Hier setzt Tanja Reiber (2009) mit den theoretischen Defiziten bei der Erklärung der Wirksamkeit von externer Demokratieförderung an. Sie kritisiert vor allem, dass die Wirksamkeit der Demokratieförderung noch unzureichend erforscht ist, und deshalb auch keine empirischen Forschungsergebnisse vorliegen. Deshalb ist es auch schwierig den positiven Beitrag externer Demokratieförderung zu Demokratisierungsprozessen zu bestätigen.¹⁷²

¹⁶⁹ vgl. Anastasakis, Othon (2008): The EU's Political Conditionality in the Western Balkans. Towards a more Pragmatic Approach, in: Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 8, S.365-377.

¹⁷⁰ vgl. Emerson, Michael (2008): Is the League of Democracies a Bad Idea? How Europe should respond, in: Centre for European Policy Studies, Nr. 162, S.1-6.

¹⁷¹ vgl. Bredies, 2009, S.16.

¹⁷² vgl. Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (2009): Externe Faktoren der Demokratisierung. Forschungsperspektiven und Entwicklungspotenzial, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.319-339, hier S.328.

Was den Raum des ehemaligen Jugoslawiens betrifft, ist dieser eher ein „weißer Fleck auf der Landkarte der Demokratisierungsforschung“¹⁷³ geblieben. Vor allem weil die Region im Hinblick auf die Demokratisierung verschiedene Stadien aufweist, vom *Westen* als das *Andere* gesehen wird, zudem von den Kriegen der 1990er Jahre geprägt ist, eine einseitige Sichtweise auf die Chancen externer Demokratisierung von Demokratie herrscht und in den 1990er Jahren eher die Kompromissunfähigkeit der politischen Eliten gestärkt wurde.¹⁷⁴

¹⁷³ Segert/Dzihic, 2009, S.49.

¹⁷⁴ vgl. ebd., S.49ff.

4 Serbien als EU-Mitgliedstaat?

4.1 Wolfgang Petritsch's Rückblick auf den Zerfall Jugoslawiens und den *Westen*

Wolfgang Petritsch, Balkan-Spezialist und OECD-Botschafter erklärt in seinem Beitrag (2009) warum der jugoslawische Weg nach dem Ende des Kalten Krieges so misslungen ist. Der Autor Carl Gustav Ströhm, der 1976 *Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben?* publizierte, sah damals keine Gefahr eines Zerfalls Jugoslawiens, er sah nur die Möglichkeit eines Zerfalls des kommunistischen Einparteiensystems in Jugoslawien, nicht aber die mögliche Auflösung der territorialen Einheit. Er identifizierte damals zwei wesentliche Kräfte, die Jugoslawien von innen her auflösen könnten: 1) ein extremer kroatischer Nationalismus, 2) die moskautreuen Konformisten.¹⁷⁵ Weitere sind für heute irrelevant, Ströhm hielt es damals für nicht möglich, dass kroatische Extremisten den jugoslawischen Staat ernsthaft gefährden könnten. Vorausgesetzt sie erhalten keine Hilfe von Drittstaaten und in Jugoslawien selbst können schweren innere Erschütterungen unter Kontrolle gehalten werden.¹⁷⁶ Die Vorwürfe an den *Westen* (Deutschland, Österreich und Vatikan) man habe sich für den Zerfall Jugoslawiens eingesetzt sind bis heute nicht zur Gänze verschwunden.

Welche Fehler sind auf der europäischen Seite geschehen? Welche Lehren können aus der Geschichte gezogen werden?¹⁷⁷ Der *Westen* hat wohl die entscheidende ethnische Kraft, die hinter der vernichtenden Politik von Milosevic, Tudman und anderen steckte, zu lange unterschätzt, zudem wurden die aufbrechenden Konflikte Jugoslawiens zu lange vom *Westen* nicht beachtet. Auch zu erwähnen, wäre jener Mann, Ante Markovic - der letzte Premier des 1991 zerfallenen Jugoslawien der in seinen Reformen nicht vom *Westen* unterstützt wurde.¹⁷⁸ Ziel der Machthaber um Ante Markovic war eine Liberalisierung der Wirtschaft, sein Erfolg wurde jedoch wegen eines starken Nationalismus verhindert. Es war ihm zu dieser Zeit (1989-91) nicht möglich, das

¹⁷⁵ Ströhm, Carl Gustav (1976): *Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben?* Graz-Wien-Köln, Styria Verlag, entnommen aus: Petritsch, Wolfgang/Soliz, Christophe (Hg.): *Zielpunkt Europa. Von den Schluchten des Balkan und den Mühen der Ebene*, S.178ff.

¹⁷⁶ vgl. Petritsch, Wolfgang/Soliz, Christophe (2009) (Hg.): *Zielpunkt Europa. Von den Schluchten des Balkan und den Mühen der Ebene*, hier S.179.

¹⁷⁷ vgl. ebd., S.179.

¹⁷⁸ vgl. ebd., S.180.

damalige Jugoslawien durch Reformen zu demokratisieren und schließlich zu erhalten.¹⁷⁹

„Schließlich hat auch die heillos verworrene Anerkennungspolitik, die Europa zugleich betrieben und gespalten hat, eine friedliche Auflösung Jugoslawiens behindert.“¹⁸⁰

Obwohl in vorliegender Arbeit angesprochen bemerkt Henriette Riegler (2008) an, dass es müßig ist, „darüber zu spekulieren, ob der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens hätte verhindert werden können oder sollen.“¹⁸¹ Tatsache ist, dass die Region ehemaliges Jugoslawien in Zuge von gewalttätigen, militärischen Auseinandersetzungen zerfallen ist.¹⁸² Wenngleich der *Westen* viele Jahre hinweg das *Negative* und *Andere* am Balkan gesehen hat, hat die EU, aus der Geschichte ihre Lehren gezogen. Der Zerfallsprozess hat unmittelbare positive Folgen für den institutionellen Ausbau und die Verdichtung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik gehabt.¹⁸³

4.1.1 Exkurs zur jüngsten Geschichte

Im Folgenden Kapitel vorliegender Forschungsarbeit sollen Ursachen und Entstehen des Balkankonflikts diskutiert werden. Nachstehende Aussagen, stützen sich auf das Werk von Waldemar Hummer (2006). Versuche zur Gründung eines einheitlichen Jugoslawien waren mehrfach unternommen worden. Das „erste“ Jugoslawien formierte sich im Dezember 1918 aus den Trümmern der Habsburger Monarchie als „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“. Real betrachtet war es ein von Serbien dominierter Staat, der autoritär geführt wurde und indem es Privateigentum und Marktwirtschaft gab. Das „zweite“ Jugoslawien entstand zwischen 1943 und 1945 als „Volksdemokratie“, die „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ (SFRJ) war eine Föderation von sechs Republiken und zwei zur Republik Serbien gehörenden

¹⁷⁹ vgl. Mungiu-Pippidi, Alina (2010): Die unvollendeten Revolutionen Südeuropas, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Import/Export Demokratie. 20 Jahre Demokratieförderung in Ost-, Südosteuropa und dem Kaukasus, hier S.43.

¹⁸⁰ Petritsch, 2009, S.180.

¹⁸¹ Riegler, Henriette (2008): Un/Sicherheit und In/Stabilität des „Westlichen Balkan“, in: Oöip-Arbeitspapier 59, hier S.8.

¹⁸² vgl. ebd., S.8ff.

¹⁸³ vgl. Petritsch, 2009, S.181.

autonomen Provinzen (Kosovo, Vojvodina). Sie wurde aber durch die Kommunistische Staatspartei und den auf Lebenszeit gewählten Präsidenten der SFRJ, Josip Broz-Tito zentralistisch geführt.¹⁸⁴

Der Wandel in Ostmitteleuropa, der sich 1989 vollzog, brachte auch im ehemaligen Jugoslawien einen gewissen Schwung mit. Das kommunistische System in Jugoslawien kann als ein reformkommunistisches System mit einigen liberalen Elementen gesehen werden.¹⁸⁵

1989 ermöglichte die Kommunistische Partei Serbiens (SKS), erstmalig den Pluralismus. Ein Jahr darauf, lieferten sich in Jugoslawien die etablierten und die sich neu herausbildenden Eliten einen erbitterten Kampf, sie nutzten den Föderalismus zu ihrem Vorteil. Im Zuge der Entstehung des politischen Pluralismus in der SFRJ kamen politische Akteure an die Macht, die nationalistische Ideologien und Stereotype verwendeten. Dies taten sie vor allem um ihre nationalstaatlichen Ziele zu verbreiten.¹⁸⁶ Das pluralistische System und die Kontrolle über die staatlichen Medien sowie die ländlichen Gebiete trugen das ihre bei, um Milosevic und seine Sozialistische Partei 1990 als Wahlsieger hervorgehen zu lassen. Das Ergebnis brachte ihm mit 46,1% der Stimmen¹⁸⁷ zwar nicht die absolute Mehrheit, jedoch gelang es ihm, die Kontrolle über Serbien zu sichern. Der im Zuge der Demonstrationen 1981 erreichte Status der autonomen Provinz Kosovo zu einer Teilrepublik, wurde am 28.09.1990 durch die neue Verfassung Serbiens zurückgenommen. Kosovo und die Vojvodina wurden Gebiete der SFRJ. Die Erhebung im Jahr 1981 der Provinz Kosovo in den Rang einer Teilrepublik stellt sich aus heutiger Sicht als die „eigentliche Lunte im Pulverfass Jugoslawiens“¹⁸⁸ heraus.

Für Milosevic war der Krieg sozusagen ein Sprungbrett, in dieser Phase des Krieges war es für ihn leichter Protestdemonstrationen und vor allem die freien Medien zu kontrollieren. Er stieß zwar auf Widerstand, dieser fand vor allem in städtischen und intellektuellen Milieus statt. Milosevic trat der liberalen Zivilgesellschaft entgegen, wie

¹⁸⁴ vgl. Hummer, Waldemar (2006): Der Balkankonflikt, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S.11-37, hier S.11.

¹⁸⁵ vgl. ebd., S.43.

¹⁸⁶ vgl. Bertelsmanns-Stiftung, 2010, S.3.

¹⁸⁷ vgl. Parties and Elections, online unter: <http://www.parties-and-elections.de/serbia2.html> (Stand 20.12.2010).

¹⁸⁸ Hummer, 2006, S.11.

es bereits Iliescu in Rumänien tat. Akademiker aus der kommunistischen Zeit, Kirchenoberhäupter, Agenten des Unterdrückungsapparats manipulierten wirkliche und erfundene Bedrohungen gegen den Staat zu ihrem Vorteil und verzögerten dadurch den Sieg der Demokraten in Serbien um mindestens zehn Jahre.¹⁸⁹ Der Untergang der SFRJ wird nicht als ein Prozess der „Abspaltung“ gesehen, sondern vielmehr als ein Prozess des Zerfalls.

Das „dritte“ Jugoslawien entstand am 27.04.1992 und wurde von Serbien und Montenegro ins Leben gerufen. Die „Bundesrepublik Jugoslawien“ (BRJ) sah sich als Nachfolger der SFRJ, erhielt aber keine Anerkennung und wurde auch nicht als Rechtsnachfolger der SFRJ anerkannt.¹⁹⁰ ¹⁹¹ Milosevic errichtete ein semi-autoritäres System in den übrigen Teilen Jugoslawiens und blieb bis 2000 an der Macht.¹⁹²

Um Milosevic zu stürzen waren Straßenkämpfe notwendig.¹⁹³ Nach der Festnahme Milosevic musste er sich vor dem ICTY vor allem wegen Völkermord, für die Ermordung von Opponenten und für organisierte Kriminalität verantworten.¹⁹⁴ Der Krieg in Bosnien und Herzegowina (1992-1995) nahm einen anderen Charakter an, als die Kampfhandlungen in Slowenien im Juli 1991 und in Kroatien im Jänner 1992. Das serbische Kriegsziel hieß hier ganz klar die „ethnische Säuberung“ und die Gewinnung zusammenhängender Gebiete und Korridore zwischen den verstreuten serbischen Siedlungsgebieten. Dieses Kriegsziel bedingte die massenweise Vertreibung und Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen.¹⁹⁵ Von der BRJ zur Union „Serbien und Montenegro“ war vor allem der diplomatische Druck der EU auf beide Teilrepubliken der BRJ entscheidend, die seit 1997 speziell im wirtschaftlichen Bereich getrennte Wege gingen. Im Belgrader Abkommen vom 14.03.2002, welches vom Hohen Repräsentanten für die GASP, Javier Solana mit politischen Druck durchgesetzt wurde,

¹⁸⁹ vgl. Mungiu-Pippidi, 2010, S.46.

¹⁹⁰ vgl. Hummer, 2006, S.21.

¹⁹¹ ausführlicher zum Balkankonflikt, den (Bürger) Kriegen in Slowenien und Kroatien zum Krieg in Bosnien und Herzegowina, zum anschließendem Friedensabkommen von Dayton 1995 und zu den NATO-Interventionen in der BRJ siehe Hummer, Waldemar (2006): Der Balkankonflikt, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S.11-37.

¹⁹² vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2010, S.3.

¹⁹³ ausführlich dazu Nadjivan, Silvia (2006b): Wohl geplante Spontaneität. Der Sturz des Milosevic-Regimes als politisch inszenierte Massendemonstration in Serbien, Univ. Wien, Diss.

¹⁹⁴ vgl. Mungiu-Pippidi, 2010, S.47.

¹⁹⁵ vgl. Hummer, 2006, S.13.

einigten sich die Regierungsvertreter Serbiens und Montenegros die BRJ durch eine lose Staatenunion zu ersetzen.¹⁹⁶ Diese Staatenunion hielt allerdings nur etwas mehr als vier Jahre, am 21.05.2006 fand ein Referendum statt, das über die Unabhängigkeit der Republik Montenegro von der Staatengemeinschaft Serbien und Montenegro entschied. Die Auflösung wurde am 03.06.2006 mit der Unabhängigkeitserklärung des montenegrinischen Parlaments in Podgorica vollzogen.¹⁹⁷

4.2 Demokratie am Balkan

Wenn vom Balkan gesprochen wird, dann selten in Zusammenhang mit Demokratisierung. Die Region ist in der Öffentlichkeit wohl eher durch ethnische Konflikte und Probleme der Staatenbildung gekennzeichnet.

Die Einführung von internationalen Akteuren in den Demokratisierungsprozess hat für die Wissenschaft, aber vor allem für die aktuelle Politik große Bedeutung.¹⁹⁸ Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens verfolgten im letzten Jahrzehnt ein Ziel: Die Mitgliedschaft in die EU. Recht unterschiedlich kann ihr Weg dorthin beschrieben werden. Die Region weist im Hinblick auf die Demokratisierung verschiedene Stadien auf. So gestaltet es sich sehr schwierig, eine einheitliche Schlussfolgerung für die ganze Region westlicher Balkan zu ziehen.¹⁹⁹

Während sich Slowenien, das von allen postkommunistischen Ländern, das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen bereits seit 2004 als Mitglied zählen kann und als weitgehend „problemloser Transitionserfolg“²⁰⁰ gilt, ist Kroatien offizieller Beitrittskandidat, das Land liegt zwar näher an den westlichen Erwartungen, jedoch wegen der starken Anzeichen eines ethnischen Nationalismus kann auch hier nicht von einer nachhaltigen Demokratie gesprochen werden.²⁰¹ Die Bemühungen der anderen

¹⁹⁶ vgl. ebd., S.35.

¹⁹⁷ Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung vom 03.06.2006, Montenegrina: Digitalna biblioteka crnogorske kulture i nasljedja, online unter: http://www.montenegrina.net/pages/pages1/politika/deklaracija_nezavisne_cg.htm (Stand 03.01.2011).

¹⁹⁸ Das berichtete Milovan Bozinovic im Zuge seines Vortrags Serbien im regionalen und internationalen Kontext - Perspektiven und Herausforderungen, Diplomatische Akademie Wien, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a, am 24.02.2010, 19:00.

¹⁹⁹ vgl. Segert/Dzihic, 2009, S.49.

²⁰⁰ ebd., S.49.

²⁰¹ vgl. ebd., S.49.

Staaten stecken in einem frühen Stadium fest. Im speziellen Fall Serbiens verlief die Annäherung an die EU durch den Zerfall Jugoslawiens und den Kriegen der 1990er Jahre schwieriger.

Erst nach dem Regimewechsel im Jahr 2000 begann das Land seine Isolation zu überwinden und seine Politik auf den Beitritt zur EU auszurichten. Erschwert wird eine solche Politik durch das Erbe der Milosevic-Ära und damit besonders die Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem ICTY, sowie durch den Kosovo Konflikt. Seit 2000 versucht Serbien-Montenegro einen demokratischen Weg zu beschreiten, auch wenn von Zeit zu Zeit Ängste wegen eines möglichen Wiedererstarkens der Nationalisten aufkommen. Im Frühjahr 2006 hat sich das Land friedlich in zwei Länder gespalten. Alle Länder der Region westlicher Balkan haben das Versprechen, zukünftiges Mitglied der EU zu werden, der Anschluss bleibt eine Frage der Zeit. Der ermittelte Grad an Demokratie von der NGO *Freedom-House* ist aufgrund der Geschichte des ehemaligen Jugoslawiens in den 1990er Jahren für den westlichen Balkan sehr viel niedriger als für Mitteleuropa. Den Ländern des westlichen Balkans kann aber ein besserer Befund als den Ländern der früheren Sowjetunion (FSU) ausgestellt werden. Die Länder der Region westlicher Balkan beziehen eine Mittelposition zwischen Mitteleuropa und der FSU.²⁰²

4.2.1 Der Balkan als Herausforderung? Eurobalkan

Zu Beginn dieses Kapitel, wenn auch zugegeben recht plakativ soll ein Text von Edo Majka stehen, der den Balkan als europäisches politisches Trauma kennzeichnet und der damit hervorragend den Puls der Zeit trifft.

mein BALKAN sind echt scharfe typen
schlägereinen thompson KALASCHNIJKOV und köpfe rollen
auf den köpfen wappen, jedes dorf hat seine eigene farbe
je mehr grenzen desto besser geht's uns

meins gehört mir und deins dir, auch wenn du mir freund bist
auf dem balkan sterben leute für den fußballKLUB
zahn weg, freund weg, arkade weg
es kann dein eigener bruder sein aber wenn er aus einer anderen stadt kommt

²⁰² vgl. Mungiu-Pippidi, 2010, S.42.

wird er zusammengeschlagen

BLUT TRÄNEN UND SCHWEIß das ist mein balkan
aber hier gibt's keine arbeit, der schweiß ist mehr von der ENGE
wo soll ich arbeiten, werden sie mich bezahlen, das kann ich nicht verstehen
kantone und entitäten und gleichzeitig die kleinsten auf dem planeten

man hört die stimme GANZE WELT IST GEGEN UNS
das würde der alte nicht zulassen, reihen wir uns in die schlage ein
soll die schlange länger sein als die autobahn brüderlichkeit und einheit
wie ufer von sava aus meiner kindheit
wer nicht schießen kann, bekommt einen fünfer in WERKEN
sicht auf den balkan allen garantiebriele
sollen wenigstens hundert leute papiere kriegen
so dass wir all sehen dass HAAG KEINE ERFINDUNG ist

dunker ist der himmel über dem balkan [sic!]
je schlimmer es ist DESTO BESSER GEHT'S UNS
sollst dir nicht einbilden, balkan wird dich sonst auffressen
gib mir die hand, wenn du es nicht glaubst, ich führe dich

du wirst diese straßen sehen und jede siedlung
dort wirst du bei einem falschen schritt verschwinden
hier sind intelligenz und talent keine gabe
das ist ein fluch und das ist eine klare sache

deswegen tue nicht klugscheissen, hier sind die bauern stärker
sie sind lauter, du wirst das kürzere ende ziehen
nur er kann mich so brechen
nur mein balkan, den ich VERFLUCHT IEBE
wenn ich ihn nicht habe, werde ich kaputt
und wenn ich mit ihm bin, fürchte ich mich
[...]

DIESER BALKAN IST WIE GESCHAFFEN FÜR RAP

Edo Majka²⁰³

²⁰³ Edo, Majka: Stovroen za rep [Wie geschaffen für Rap], Album Stig'o cumur [Heizkohle ist da], 2006 (übersetzt von Vedran Džihic), zit. aus. Džihic, Vedran (2006): Bosnien-Herzegowina, in: Džihic, Vedran/ Nadjivan, Silvia/Paic, Hrovje/Stachowitsch Saskia (Hg.): Europa - verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien, Braumüller, S.88.

In der Region westlicher Balkan verwenden wissenschaftliche Autoren den Begriff „externe Demokratieförderung“ oft synonym mit „Europäisierung“, besonders seit 1999 seitdem die EU als starker Akteur am westlichen Balkan auftritt.²⁰⁴

Der Begriff „Europäisierung“ versteht sich in dem Zusammenhang als Übernahme der westlichen Wertordnung und Angleichung an das Regelwerk. Das zentrale Problem dabei ist, dass mit dem Begriff die Gleichsetzung von „Europa“ und „Europäischer Union“ einher geht, die aber den größeren Teil Europas ausschließt und folglich zu „Nicht-Europa“ erklärt.²⁰⁵

Der westliche Balkan stellt für die EU eine direkte Nachbarschaft dar. Die Region war in den 1990er Jahren zu einem großen Teil durch politische Instabilität, wirtschaftliche Rückschläge und gewaltsam ausgetragene ethnische Konflikte gekennzeichnet.²⁰⁶ Obwohl Südosteuropa lange als „Brücke zwischen Europa und Asien“²⁰⁷ fungierte, war es nur am Rand Europas zu finden.²⁰⁸ Schon seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Europa Vorurteile gegenüber dem Balkan. Die Balkanstaaten wurden somit als das „Andersartige“ Europas beschrieben. Der Reduktionismus und das stereotypisieren des Balkans ist von einer solchen Intensität. So wurde der Begriff

„Balkanisierung ein Synonym für eine Reversion zum Stammeshaften, Rückständigen, Primitiven und Barbarischen.“²⁰⁹

Todorovas Erkenntnisse über den Balkanismus, ziehen an vielen politischen Kommentatoren und an dem gesellschaftlichen Mainstream im *Westen* als auch am Balkan vorbei.²¹⁰

Mit dem Begriff Balkan werden in der westeuropäischen Gesellschaft nach wie vor negative Bilder verbunden. Oft ist in Diskussionen über den Balkan von Problemen und

²⁰⁴ vgl. Segert/Dzihic, 2009, S.59.

²⁰⁵ vgl. Roth, Klaus (2006): Europäisierung. Zur Problematik eines Begriffs, in: Schubert, Helga (Hg.): Europäisierung - Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs, forst Arbeitspapier Nr. 38, S.7-10, hier S.7.

²⁰⁶ vgl. Altmann, Franz-Lothar (2009): Auch der westliche Balkan ist Europa, in: Politische Studien, Themenheft 2009-1: Europa - Perspektiven ohne Grenzen, S.95-103, hier S.95.

²⁰⁷ ebd., S.96.

²⁰⁸ vgl. ebd., S.96.

²⁰⁹ Todorova, Maria (1999): Die Erfindung des Balkans. Primus Verlag, Darmstadt, S.17.

²¹⁰ vgl. Dzihic, Vedran (2010): Balkanoropa. Von Projektionsflächen, diskursiven Machtkämpfen und hegemonialen Verhältnissen, in: Politix, Nr. 28, S.25-27, hier S.25.

Herausforderungen zu hören. So sind die Länder des westlichen Balkan ein äußerst gutes Beispiel dafür, dass schlechtes erwartet wurde, explizit wären die Parlaments- und Lokalwahlen in Serbien im Frühling 2008 zu nennen. Der Wahlsieg der pro-europäischen Kräfte wurde mit Überraschung betrachtet,²¹¹ im selben Atemzug aber als „rare Ausnahme von der historischen Regel“²¹² gesehen. Obwohl diese Brücke wie vorhin beschrieben existierte, gelang es der Region über die Jahrhunderte hinweg nicht ein

„deutliches europäisches Profil im Sinne einer klaren Zugehörigkeit zum zentralen christlichen Europa zu finden.“²¹³

Erst Mitte des 20. Jahrhunderts gab es ein Bewusstsein dafür, wie eng diese Region mit Mitteleuropa verbunden war. Insbesondere der Zweite Weltkrieg fand zu großen Teilen in Südosteuropa statt und damit vor allem auch im Gebiet des westlichen Balkan. Jedoch brachten die politischen Entwicklungen in der Nachkriegszeit keine klare Orientierung der Länder Südosteuropas nach *Kerneuropa*.²¹⁴ Verständlich, dass mit der Wende in den Jahren 1989/90 die Länder der Region große Erwartungen und Hoffnungen an eine Einheit Europas knüpften. 1993 bekräftigte die EU dies dadurch, als dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zur Voraussetzung einer EU-Mitgliedschaft für alle Länder Europas verbindlich ist. In Ostmitteleuropa setzte sich der Transformationsprozess in Gang, währenddessen disqualifizierte sich der westliche Balkan selbst. Diese Zeit kennzeichnet sich durch blutige Zerfallkriege (ehemaliges Jugoslawien) bis hin zum institutionellen Zusammenbruch (Albanien). Die relativ guten wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine schnelle Integration in die EU wurden zerstört, viel fataler - Millionen von Flüchtlingen und intern Vertriebenen und über 200.000 Tote belegen einen unglaublichen Verlust an Humankapital.²¹⁵

²¹¹ vgl. Petritsch, Wolfgang (2008): Der Balkan als europäische Herausforderung. Referat anlässlich seines Besuches am Europa Institut an der Universität Zürich, online unter: http://www.ceis-eu.org/wp/books/doc/2009_zurich.pdf, (Stand 07.01.2011), hier S.47.

²¹² Petritsch, 2009, S.173.

²¹³ Altmann, 2009, S.96.

²¹⁴ vgl. ebd., S.96.

²¹⁵ vgl. ebd., S.97.

Der Gründung des Stabilitätspakt für Südosteuropa 1999 liegt der Gedanke zugrunde, dass eine militärische Präsenz eine Entspannung der Konflikte bewirken könnte,²¹⁶ so sind seit der Beendigung des Kosovokrieges ernsthafte Bestrebungen der EU erkennbar, für die Region Balkan eine regionale und umfassende Stabilisierungsstrategie auszuarbeiten und diese auch zu implementieren.

„Der Kosovo gilt als der letzte historische Konfliktfall aus der politischen Erbmasse Jugoslawiens“.²¹⁷

4.3 Warum betrieb die EU erst 1999 eine Balkan Politik?

In der Zeit von 1991-1999 als das gesamte Gebiet der früheren SFRJ unterschiedliche Prozesse der Nations- und Staatenbildung durchlief, kann die Handlungsweise der so genannten internationalen Gemeinschaft als reaktiv bezeichnet werden, die EG/EU mit einbezogen. Erst seit dem Kosovokonflikt, strebt die EU eine Stabilisierung und Befriedung Südosteuropas an.²¹⁸

Jurekovic kritisiert in seinem Beitrag besonders die reaktive Balkanpolitik der EU. Die EU war während der Konflikte im Kosovo nicht in der Lage einen politischen Konsens zwischen der albanischen und serbischen Seite zu finden.

„Die in den Dayton Verhandlungen ausgeklammerte Kosovofrage stellte für die EU bis 1998 nur ein Menschenrechtsproblem dar und wurde nicht als großes sicherheitspolitisches Risiko erkannt, das die Region neuerlich destabilisieren konnte.“²¹⁹

Erst nach der Eskalation im Frühjahr 1998 demonstrierte die EU ein aktiveres Handeln auf dem Balkan. Die USA und die NATO blieben zwar Hauptakteure auf dem Balkan, allerdings markierte die Kosovokrise den Wendepunkt für ein „substanzielleres

²¹⁶ vgl. ebd., S.97.

²¹⁷ Petritsch, 2008, S.47.

²¹⁸ vgl. Jurekovic Pedrag (2006): Die EU und das Konfliktmanagement auf dem Balkan, S.129-145, online unter: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/eu_km_eu_konf-mng_balkan_p_jurekovic.pdf (Stand 22.05.2010), hier S.129.

²¹⁹ ebd., S.130.

Engagement der EU in der Region“.²²⁰ Vor allem die Weiterentwicklung der Union selbst, galt für die EU als eine wichtige Motivation sich nicht nur punktuell und anlassbezogen, sondern umfassend und längerfristig auf dem Balkan zu engagieren.²²¹

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde am Gipfel von Amsterdam im Juli 1997 von den Mitgliedstaaten formuliert. Der Amsterdamer Vertrag trat im Mai 1999 in Kraft. Der Vertrag setzte einige außen-, und sicherheitspolitische Instrumente fest, die in der Balkanpolitik der EU zu tragen kommen sollten.²²²

Mit folgenden Instrumenten wurde die GASP erweitert: die Einsetzung eines Hohen Repräsentanten der EU, die Übernahme der Petersberger Aufgaben²²³ für internationale Friedenseinsätze von der Westeuropäischen Union²²⁴ (WEU), der Aufbau einer Planungs- und Frühwarneinheit im EU-Ratssekretariat, die Amtseinsetzung von EU-Sonderbeauftragten in Krisenfälle, und die Entwicklung einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie.²²⁵

„Seit 1999 besteht eine starke Interdependenz zwischen dem Ziel der EU, die GASP als wichtiges Element der gemeinsamen Politik zu stärken und dem Ziel, die Balkanregion auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die Stabilisierung der Konfliktgebiete in Südosteuropa ist eine der wichtigsten Bewährungsproben für die GASP und die „Europäisierung des Balkans“ hat höchste Priorität im Rahmen des regionalen Stabilisierungsprozesses“.²²⁶

Nach dem „Regimewechsel“²²⁷ in Serbien, welcher im Oktober 2000 stattfand und nach den Parlamentswahlen im Dezember 2000, die Zoran Djindjic an die Macht

²²⁰ ebd., S.130.

²²¹ vgl. ebd., S.130.

²²² vgl. ebd., S.130ff.

²²³ Anm.: Die „Petersberger Aufgaben“ sind integraler Bestandteil der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie sind regeln humanitäre Aktionen, friedenserhaltende Maßnahmen und Kampfgruppeneinsätze für das Krisenmanagement (vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/petersberg_tasks_de.htm).

²²⁴ Anm.: bei der WEU handelt es sich um eine europäische Organisation für Verteidigung und Sicherheit. Sie hat seit dem Vertrag von Nizza an Bedeutung verloren (vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/western_european_union_de.htm).

²²⁵ vgl. ebd., S.131.

²²⁶ ebd., S.131.

²²⁷ Nadjivan, 2006a, S.159.

brachten, verbesserten sich die Beziehungen zwischen der BRJ und der EU erheblich. Der Beitritt zur EU wurde zur einer strategischen Priorität der Außenpolitik der BRJ.²²⁸

4.4 Ansätze für eine umfassende Stabilisierungsstrategie

Vorliegendes Kapitel dieser Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der Stabilisierungsstrategie der EU für den westlichen Balkan. Es macht durchaus Sinn sich dem aktuellen Stand der längerfristigen Prozesse der Integration in die EU zu widmen. Es wird sozusagen ein Standbild erstellt, wovon dann mittelfristige Prognosen über die europäischen Integrationsmöglichkeiten Serbiens gezogen werden können.

4.4.1 Der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde im Mai 1999 während der NATO-Bombardements Serbiens gegründet, am 10. Juni auf Initiative der EU im Rahmen der GASP aufgenommen. Grund dafür waren die Befürchtungen der Internationalen Staatengemeinschaft und insbesondere der EU vor einer Instabilität vom ehemaligen Jugoslawien auf das Territorium der EU. Der Stabilitätspakt wurde zwar von der EU lanciert, ist aber weder ein EU-Instrument noch eine internationale Organisation, doch spielt die EU eine zentrale Rolle als Akteur innerhalb des Paktes.²²⁹ Er ist vielmehr eine Plattform für internationale policies, die auf die Länder Südosteuropas gerichtet sind.²³⁰

Die Idee des Stabilitätspaktes reicht bis in die Zeit vor dem Kosovo-Krieg 1999 zurück. Zentrale Ziele des Stabilitätspaktes sind die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Südosteuropa, politische und ökonomische Stabilität und die Integration der südosteuropäischen Länder in die euro-atlantischen Strukturen.²³¹ Der Aufbau der politischen und zivilen Strukturen soll in den noch nicht konsolidierten Demokratien garantiert werden, zudem soll das Instrument Stabilitätspakt Hilfestellung beim

²²⁸ vgl. Jurekovic, 2006, S.131.

²²⁹ Helmerich, Antje (2008): Der westliche Balkan vor den Toren der Europäischen Union, in: Bos, Ellen/ Dieringer, Jürgen (Hg.) (2008): Die Genese einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden, S. 351-373, hier S. 353.

²³⁰ vgl. Panebianco, Stefania/ Rossi, Rosa (2004): „EU attempts to export norms of good governance to the Mediterranean and Western Balkan countries“, in: Jean Monnet Working Papers 53, S.6.

²³¹ SCSP Constituent Document, 10. Juni 1999, III Objectives, Punkt 9, online unter: <http://www.stabilitypact.org/constituent/990610-cologne.asp>. (Stand 17.05.2010)

Wiederaufbau der Volkswirtschaften in der Region leisten und zu einer besseren regionalen Kooperation beitragen. Der Stabilitätspakt zielt demnach darauf ab, dass regionale Kooperationen innerhalb der Region forciert werden, um so langfristigen Frieden am westlichen Balkan herstellen zu können.²³² Abgeschlossen wurde diese höchst schwierige Aufgabe durch die Idee, alle südosteuropäischen Länder langfristig durch stufenweise Aufnahme in den europäischen Integrationsprozess einzubinden. Der Stabilitätspakt finanziert sich aus den Geldern der Internationalen Finanzinstitutionen, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die EU gilt als Hauptfinanzier.²³³

Seit der Gründung ist der Stabilitätspakt kontrovers diskutiert worden. Kritik äußert sich an schleppenden Konflikten zwischen den Sonderkoordinatoren und Akteuren der EU. Anfang des Jahres 2000 erkannte der Europäische Rat selbstkritisch, dass das Engagement der EU zu komplex sei und dass sich daraus Schwierigkeiten ergeben müssten. Europa muss insofern umdenken, als das Konkurrenzdenken, intransparente Verfahren und institutionelle Konkurrenz innerhalb der EU fehl an Platz sind.²³⁴ Mittlerweile ersetzt der Regionale Kooperationsrat (Regional Cooperation Council, RCC) den Stabilitätspakt.

Zwischen 1995 und 1999 kreierte die EU zwei Programme die direkt an die Länder des westlichen Balkans adressiert waren. Den Royaumont Prozess und den Regional Approach. Keinem hiervon wurden bedeutsame Ressourcen gestiftet und beide wurden in ihrer Wirkung ziemlich eingegrenzt. Ersterer basiert auf dem Grundgedanken, dass die mittel- und langfristige Stabilisierung Südosteuropas im sicherheitspolitischen Interesse der EU liegt.²³⁵

Des Weiteren ist der Südosteuropäische Kooperationsprozess (SEECP) zu nennen. Hierbei handelt es sich um die einzige Initiative die von der Region selbst hervorgerufen wurde.²³⁶ Die Initiative wurde im Juni 1996 gegründet und definiert sich als regionales Forum für die Staaten Südosteuropas. Hauptaufgabe des Rates ist es, die

²³² vgl. Altmann, 2009, S.98.

²³³ vgl. dazu die Internetseite des Stabilitätspaktes: <http://www.stabilitypact.org>

²³⁴ vgl. Helmerich, 2008, S. 356.

²³⁵ vgl. Ehrhart, Hans-Georg (1999): Der Stabilitätspakt für Südosteuropa oder Frieden durch Integration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, online unter: <http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/stabil.htm>, (Stand 11.04.2010).

²³⁶ vgl. Zeidler, 2006, S.13.

Zusammenarbeit unter den Ländern zu fördern. Von der Zusammenarbeit soll die Region an Stabilität gewinnen, zudem setzt sich das Instrument selbst das Ziel, pro-europäische Politiker innerhalb der Region zu stärken um somit einen Beitritt zu ermöglichen.²³⁷

Mit dem Regional Approach wurden die ersten Schritte 1996 für das ehemalige Jugoslawien deutlich. Die EU bot einerseits finanzielle Hilfe an und stellte Aussichten auf Handelsbegünstigungen und bilaterale Kooperationsverträge, stellte aber auch politische Forderungen an die Staaten. Kriterien für die finanzielle Unterstützung von Seiten der EU waren die Achtung von demokratischen Grundsätzen, von Menschenrechten und den Rechten von Minderheiten Bedingungen für vertragliche Beziehungen zwischen den Staaten des westlichen Balkans und der EU.²³⁸

Das Prinzip der Konditionalität hat eine besondere Bedeutung in der Annäherung des westlichen Balkans an die EU. Seit dem Rat von Kopenhagen 1993 und mit der Einführung der Kopenhagener Kriterien²³⁹ ist das Prinzip der Konditionalität grundlegender Bestandteil des EU-Erweiterungsprozesses.

Innerhalb der Region ist langsam eine Wende der Verantwortungsübertragung zu sehen. Es wird immer mehr versucht, die Verantwortung an die inneren Akteure des jeweiligen Landes am westlichen Balkan zu binden und die internationale Organisation in diesen Prozess einzubinden. Vor einigen Jahren wurde als Beitrittsdatum für die Staaten des westlichen Balkans 2014 genannt. Es ist zwar schwierig Zukunftsprognosen für die Region abzugeben, der Balkanexperte Wolfgang Petritsch nannte 2009 als realistisches Beitrittsdatum 2018.²⁴⁰ Wichtiger als Fakten ist der Prozess der Demokratisierung und der Integration in die EU. In den letzten Jahren konnten die politischen Institutionen gestärkt werden, die Konflikte sind weitgehend ausgetragen, die Parlaments- und

²³⁷ vgl. dazu Offizielle Website des Kooperationsrats für Südosteuropa, online unter: <http://www.rcc.int/>

²³⁸ vgl. Verordnung (EG) Nr. 1628/96 des Rates, 25.07.1996, Art.2, zit. n. Zeidler, 2006, S.23.

²³⁹ Anm.: Bei den Kopenhagener Kriterien handelt es sich um Beitrittskriterien die der Europäische Rat 1993 festgelegt hat. Jedes Land, das einen Antrag auf Mitgliedschaft in die EU stellt, hat diese Bedingungen einzuhalten. Bedingungen um ein EU-Mitglied werden zu können sind:
Politisches Kriterium, wirtschaftliche Kriterium und das Acquis-Kriterium (Übernahme des „Acquis communautaire“, d. h. des gemeinschaftlichen Besitzstands) (vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm).

²⁴⁰ vgl. Petritsch, 2009, S.182.

Präsidentenwahlen 2007 und 2008 markieren einen Fortschritt für Serbien. Zwar hat die Wirtschafts- und Finanzkrise Europa und auch Serbien ab Oktober/November 2008 hart getroffen, und die positive Einstellung zur Erweiterung auch etwas gebremst, jedoch lagen vor dem Ausbruch der Krise die Wachstumsraten in allen Staaten der Region weit über dem westeuropäischen Durchschnitt und damit stellen sie auch wichtige Export- und Investitionsmärkte für die EU dar, insbesondere für Staaten wie Österreich, die in besonderer Weise von der Öffnung Ost- und Südosteuropas profitieren.²⁴¹ Trotz langanhaltender Krise und Verarmung sind haben die Menschen in der Region keine hoffnungslose Sichtweise entwickelt. Auch wenn der Balkan noch länger mit etlichen Herausforderungen zu kämpfen haben wird, ist die europäische Richtung klar.²⁴²

1999 war der Bedarf nach einer ehrgeizigeren Vision offensichtlich und die EU formulierte, dass die Hauptmotivation für Reformen in diesen Ländern eine Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Union ist, sobald die relevanten Bedingungen erfüllt werden. Etwa zum selben Zeitpunkt wendete die EU ihr eigenes Programm den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) an, wichtiger Punkt hierbei vor allem die Beitrittsperspektive für die Länder der Region.²⁴³ Die EU hat somit speziell für den westlichen Balkanraum eine Strategie entwickelt um die Länder der Region in die Union integrieren zu können.

Im Zuge der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 hat die Stabilität der Region wiederholt Priorität auf der europäischen Agenda, Petritsch erwähnt in dem Zusammenhang, dass die EU gerade jetzt in diesen Jahren aufgefordert ist, eine „umfassende regionale Strategie anzuwenden, die sich auf die verbleibenden Schritte konzentriert, die jedes Land zur Mitgliedschaft führen würde.“²⁴⁴ Positiv ist hier anzumerken, dass bis dato eine Menge getan wurde, um die regionalen Beziehungen wiederherzustellen und zu fördern. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa hat seit 1999

²⁴¹ so der österreichische Botschafter in Serbien Dr. Christian Koja, im Zuge der Studienreise im April/Mai 2010 Serbien - Belgrad. Mittwoch 28.4.2010, 17:00.

²⁴² Kellerhals, Andreas (Hg.) (2009): Europa- Visionen und Realität, in: Zürich: Schriftenreihe des Europa Institut an der Universität Zürich, S.47-57, hier S.51.

²⁴³ vgl. Altmann, 2009, S.98.

²⁴⁴ Petritsch, 2009, S.287.

auf jeden Fall einen erheblichen Beitrag zur Befriedung des westlichen Balkan und der regionalen Kooperation beigetragen.²⁴⁵

4.4.2 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP)

Den Ausgangspunkt der Politik der EU in Bezug auf die Länder des westlichen Balkan bildete das Gipfeltreffen in Feira 2000²⁴⁶, hier wurde den Ländern des westlichen Balkan als potenzielle Kandidatenländer eine europäische Perspektive anerkannt und anlässlich des europäischen Gipfels von Thessaloniki 2003 bestätigt.²⁴⁷ Die Thessaloniki-Agenda 2003 unterstützt mit ihren Instrumenten den Demokratisierungs- und Reformprozess in der Region und leistet einen Beitrag zur Heranführung an die Union.²⁴⁸

Die Stabilisierungs- und Assoziierungspolitik wurde konzipiert, um den Ländern der Region zu helfen, einen Beitritt in die Union zu realisieren und um einen strategischen Rahmen für ihre Beziehungen zur EU zu errichten.²⁴⁹ Der SAP basiert auf dem Regionalansatz und ist ein eigens für die Region westlicher Balkan ins Leben gerufene Politikinstrument.²⁵⁰ Der SAP verlangt von den Ländern des westlichen Balkans etliche Anstrengungen in Hinblick auf politische- und wirtschaftliche Stabilität und der regionalen Kooperation. Die Instrumente sind in den Erweiterungsprozess eingebunden, damit die Region eine Chance zur Mitgliedschaft in die Union erhält.

Die reelle Beitrittsperspektive in die EU setzt auf jeden Fall die Erfüllung anspruchsvoller Kriterien voraus, die der Europäische Rat im Mai 2002 festlegte:

²⁴⁵ vgl. ebd., S.287.

²⁴⁶ vgl. Europa, Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. Stabilisierung- und Assoziierungsprozess: westlicher Balkanraum, online unter: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/index_de.htm, (Stand 20.09.2010).

²⁴⁷ vgl. ebd.

²⁴⁸ vgl. Thessaloniki Agenda (2003): The Thessaloniki agenda for the Western Balkans vom 16. Juni 2003 Western Balkans - Council Conclusions, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_agenda_en.htm, (Stand 24.09.2010).

²⁴⁹ vgl. Europäische Kommission (2002): Bericht der Kommission, der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa, erster Jahresbericht, KOM (2002) 163 endgültig. S.4, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0163:FIN:DE:PDF> (Stand 20.09.2010).

²⁵⁰ vgl. Helmerich, 2008, S.356.

„Wie schnell jedes Land die verschiedenen Phasen des SAP durchläuft und Eigenverantwortung für den Prozess übernimmt, hängt von der zunehmenden Fähigkeit zur Übernahme der Verpflichtungen im Zusammenhang mit einer immer engeren Assoziierung mit der EU sowie von der Einhaltung der vom Rat am 29. April 1997 festgelegten Konditionalitätspolitik“ ab.²⁵¹

Die Überlegung hinter dem SAP ist eine zweifache. Jedes Land versucht, die Verhandlungen mit der EU und SAA zu beginnen. Wurde über ein SAA verhandelt, dient es als Roadmap für das Drittland, dies ist der einzelne Länderaspekt des SAP. Die höchste Stufe des SAP ist also das in Kraft treten des SAA, die EU bietet Verhandlungen über ein Abschluss eines SAA dann an, wenn für sie der Reformprozess abgeschlossen ist.²⁵²

Der zweite Aspekt beabsichtigt, dass die Länder auch innerhalb der Region kooperieren, um die politische und ökonomische Stabilität der Region als Ganzes zu sichern.

Der SAP sollte als neueres und effektiveres Konzept das Regionalkonzept, welches bereits seit 1996 den Rahmen für die Entwicklung der Beziehungen zu den fünf Ländern der Region, nämlich Bosnien-Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Albanien sowie die Bundesrepublik Jugoslawien, die Montenegro und Serbien, Kosovo inbegriffen (nach Abkommen 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen), darstellte ablösen. Dieses Konzept impliziert einen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der folgende sechs Punkte voraussetzt:

„die Konzipierung von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Aussicht auf einen Beitritt zur Europäischen Union, wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind, den Ausbau der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu dieser Region sowie innerhalb der Region, die Erhöhung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe, die Unterstützung der Demokratisierung, der Zivilgesellschaft, des Bildungswesens und des Aufbaus von Institutionen, die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, die Intensivierung des politischen Dialogs“²⁵³

²⁵¹ direkt zit. n. KOM (2002) 163 endgültig. S.6.

²⁵² vgl. Zeidler, 2006, S.24.

²⁵³ direkt zitiert aus Europa, Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. Stabilisierung- und Assoziierungsprozess: westlicher Balkanraum, online unter: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/index_de.htm, (Stand 20.09.2010)

Diese Politik, „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“ vereint den Aufbau besonderer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den Ländern der Region mit der Unterstützung durch ein umfangreiches Finanzhilfeprogramm (CARDS). Zudem kombiniert der SAP neue vertragliche Beziehungen (Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen - SAA), die die jeweiligen Länder nicht drängen sollen, sondern vielmehr dazu beitragen sollen, dass jedes Land seine eigene Reformgeschwindigkeit in Bezug auf die Anforderungen der EU-Mitgliedschaft findet.²⁵⁴

Konkret verlangt der SAP

„einen verstärkten politischen Dialog, den Ausbau von Kooperation innerhalb der Region, die Freizügigkeit von Arbeit und Kapital, die Einrichtung von Freihandelszonen, die Rechtsangleichung an die EU-Standards, sowie die Errichtung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsrates und eines parlamentarischen Stabilisierungs- und Assoziierungskomitees“.²⁵⁵

Wie bereits in der Arbeit erwähnt, hat jedes der betroffenen Länder der Region die Möglichkeit das Reformtempo individuell zu steuern. Speziell für fortgeschrittenere Länder wie Kroatien war dieses Prinzip wichtig. Der SAP ist als ein langfristiges Engagement in der Region zu verstehen und erfordert ein ständiges Handeln seitens der EU und seitens der Länder des westlichen Balkan, um den Fokus auf die vollständige Integration der Länder der Region in die EU nicht zu verlieren.²⁵⁶

Genauso wie in der Strategie für Südosteuropa stellt das Prinzip der Konditionalität den zentralen Rahmen des SAP dar. Die Staaten des westlichen Balkans werden, insofern sie die Bedingungen der EU erfüllen, in Form von finanziellen Unterstützungen oder einem Zugang zum EU-Markt „belohnt“. Im Gegensatz zu den früheren Erweiterungsrounden der EU nimmt die Konditionalität im Rahmen des SAP eine andere Stellung ein. Die EU achtet im Zuge der politischen Bedingungen nun mehr auf Stabilität, Demokratisierung und Verbrecherbekämpfung, die Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof

²⁵⁴ vgl. KOM, 2002, 163 endgültig. S.4.

²⁵⁵ Helmerich, 2008, S.357.

²⁵⁶ vgl. ebd., S.3.

für das ehemalige Jugoslawien ist in Hinblick auf den westlichen Balkan ebenfalls ein zentrales Merkmal.²⁵⁷

4.4.3 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)

Als Hauptinstrument innerhalb des SAP wurden vertragliche Beziehungen in Form von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) entworfen. Jedes Land in der Region kann ein „weit reichendes SAA mit der EU abschließen“²⁵⁸, diese sind den Europaabkommen nachempfunden, die die EU in den 1990er Jahren mit den damaligen ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten abschloss (Bulgarien, Rumänien).²⁵⁹

Durch die SAA- Abkommen sollen EU-Rechtsvorschriften in verschiedenen Bereichen weit vor dem Beitritt eingeführt werden und so die westlichen Balkanstaaten auf eine künftige Mitgliedschaft vorbereiten.²⁶⁰ Bevor die EU grünes Licht zur Eröffnung von SAA-Verhandlungen gibt, prüft sie, ob die grundlegenden Bedingungen gegeben sind. So ist ein ausreichendes Maß an Stabilisierung Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen. Die Länder können ihre Verhandlungen beenden, wenn sie die notwendigen Reformen eingeleitet und umgesetzt haben. Wurde das Abkommen unterzeichnet, muss es von der EU und dem künftig assoziierten Land ratifiziert werden. Das Abkommen tritt nach der Ratifizierung in Kraft.²⁶¹ Die Umsetzung des Abkommens dient der EU als Beurteilungsgrundlage ob ein Land in die nächste Phase aufgenommen wird (zB vom Kandidatenstatus zu Beitrittsverhandlungen). So stellt das SAA den Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und den westlichen Balkanländern im Rahmen der Durchführung des SAP dar.²⁶²

„Die Abkommen werden an die spezifische Situation jedes Partnerlandes angepasst, wobei gemeinsame politische, wirtschaftliche und handelsbezogene Zielsetzungen

²⁵⁷ John, Franz-Stefan (2010): Die Übernahme von EU-Regeln im Energiebereich durch Serbien in den Jahren 2004-2006. Der Druck von internationalen Akteuren auf die Regierung Kostunica I und der Beitritt zur Energiegemeinschaft, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, S.66-80, hier S.69ff.

²⁵⁸ Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission, die Erweiterungspolitik der EU, KOM (2005) 561 endgültig, S.10, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0561:FIN:DE:PDF>, (Stand 27.09.10).

²⁵⁹ vgl. Helmerich, 2008, S.357.

²⁶⁰ vgl. KOM, 2005, 561 endgültig, S.10.

²⁶¹ vgl. ebd., S.10ff.

²⁶² vgl. ebd., S.12.

verfolgt und die regionale Zusammenarbeit gefördert werden. Im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union dient es als Grundlage für die Durchführung des Beitrittsprozesses.“²⁶³

Im Rahmen des SAP erhalten die Länder der Region westlicher Balkan zudem finanzielle Unterstützung durch das CARDS-Programm²⁶⁴ („Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation“), es wurde vom Allgemeinen Rat am 20. November 2000 beschlossen und wenige Tage danach am Zagreber Gipfel offiziell präsentiert.

Das CARDS-Programm bietet den Ländern der Region zum einen finanzielle Unterstützung zum Aufbau öffentlicher Institutionen und Verwaltungen, unterstützt den Wiederaufbau und trägt zudem zur regionalen Zusammenarbeit bei.²⁶⁵ Im Gegenzug verlangt die EU die Wahrung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze, der Grundfreiheiten, der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten sowie die Durchführung der vorgesehenen demokratischen, institutionellen und wirtschaftlichen Reformen.²⁶⁶ Das IPA löste das CARDS-Programm mit 01.01.2007 ab und bietet den Ländern Unterstützung, bei denen im Zeitraum 2007 bis 2013 ein Beitrittsverfahren zur EU läuft. Das IPA ist wie das CARDS-Programm ein Finanzierungsinstrument für den Integrationsprozess in die EU. Der Anwendungsbereich des IPA verhält sich ähnlich wie beim CARDS-Programm.²⁶⁷ Die Bereiche wurden für die gesamte Region des westlichen Balkan kreiert. Im Länderbeispiel Serbien sieht die EU auch Hilfe in den Bereichen der schrittweisen Angleichung an den gemeinsamen Besitzstand, und Hilfe bezüglich einer sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Entwicklung vor.²⁶⁸

²⁶³ ebd., S.12.

²⁶⁴ welches 2007 durch das „Instrument for Pre-Assistance (IPA) abgelöst wurde.

²⁶⁵ vgl. Helmerich, 2008, S.357.

²⁶⁶ vgl. Europäische Gemeinschaft (2000): Verordnung (EG) Nr. 2666/2000 des Rates, Art. 5, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:306:0001:0006:DE:PDF> (Stand 12.12.2010).

²⁶⁷ der gesamte Anwendungsbereich ist im Amtsblatt der Europäischen Union (2006): Verordnung (EG) 1085/2006 des Rates, Art. 5, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:210:0082:0093:DE:PDF> (Stand 12.12.2010), nachzulesen.

²⁶⁸ vgl. ebd. Art. 5.

4.4.4 Die Erweiterungsstrategie der EU

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Kommission umfasst die Prinzipien Konsolidierung, Konditionalität und Kommunikation.²⁶⁹ Die Erweiterungspolitik der EU hat sich zum Ziel gesetzt, Stabilität und Frieden auf dem europäischen Kontinent zu fördern und zu sichern.²⁷⁰ Zudem hat die Erweiterungspolitik der EU Reformen eingeleitet und zur Einführung von grundlegenden Werten (Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit) beigetragen. Durch die Erweiterungsstrategie der EU haben die westlichen Balkanländer unter der Bedingung der Erfüllung bestimmter Kriterien eine europäische Perspektive erhalten.²⁷¹

Kroatien hat seit 2004 den Status eines Kandidatenlandes, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien wurden 2005 aufgenommen.²⁷² Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wurde 2005 der Status eines Kandidatenlandes für eine EU-Mitgliedschaft zuerkannt.²⁷³

Das für diese Arbeit relevante Land Serbien gilt laut der Gipfelerklärung von Thessaloniki als potenzieller Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU.²⁷⁴

Für die EU stellen die westlichen Balkanstaaten eine besondere Herausforderung dar. Gerade in einer polarisierten Gesellschaft wie es sie in Serbien gibt, muss die Erweiterungspolitik zeigen, dass sie zu einem Wandel in der Region beitragen kann.²⁷⁵ Eine greifbare Chance auf einen Beitritt in die Union ist entscheidend, damit an den

²⁶⁹ vgl. Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission, die Erweiterungspolitik der EU, KOM (2005) 561 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0561:FIN:DE:PDF>, (Stand: 27.09.10), hier S.13.

²⁷⁰ vgl. Europäische Kommission (2007): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament und an den Rat, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2007-2008, KOM (2007) 663 endgültig, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/strategy_paper_de.pdf, (Stand 03.10.2010), hier S.2.

²⁷¹ vgl. ebd., S.2.

²⁷² vgl. Europäische Kommission. Erweiterung, Beziehungen zwischen der EU und Kroatien, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/croatia/relation/index_de.htm, (Stand: 27.09.2010).

²⁷³ vgl. Europäische Kommission. Erweiterung, Beziehungen zwischen der EU und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/the_former_yugoslav_republic_of_macedonia/relation/index_de.htm, (Stand 27.09.2010).

²⁷⁴ Europäische Kommission (2003): Gipfelerklärung von Thessaloniki vom 21. Juni 2003, 10229/03 (Presse 163), online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm, (Stand 12.09.2010).

²⁷⁵ vgl. Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission, die Erweiterungspolitik der EU, KOM (2005) 561 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0561:FIN:DE:PDF>, (Stand: 27.09.10), hier S.2.

Reformen festgehalten wird, selbstverständlich nach vollständiger Erfüllung der von der EU geforderten Kriterien.²⁷⁶

Die EU verlangt eine Fülle von Kriterien würdigt die Fortschritte im Gegenzug aber auch mit Fairness. So können Beitrittsanwärter eine Phase des Prozesses nur abschließen, wenn sie die geforderten Bedingungen der Union erfüllt haben. Die Kommission ist außerdem dazu berechtigt, die Aussetzung des Prozesses zu empfehlen, wenn die Grundprinzipien der EU verletzt werden, oder ein Drittland die Grundanforderungen in einer Phase nicht erfüllt. Unter anderem gehört zu diesen Anforderungen auch die Zusammenarbeit mit dem ICTY. Eine unterstützende und überwachende Funktion bei den Fortschritten hat hierbei die Kommission, um eine ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung zu gewährleisten.²⁷⁷ Die Heranführungsstrategie der EU ermöglicht jedem westlichen Balkanstaat durch eigene Leistungen an das Ziel näher zu kommen, diese Leistungen hängen von der Erfüllung der Anforderungen ab. Die Länder des westlichen Balkans befinden sich in unterschiedlichen Phasen, jedoch

„alle werden in der Lage sein, ihre europäische Perspektive [...] zu verwirklichen.“²⁷⁸

So liegt also die Zukunft der westlichen Balkanländer in der EU. Die Bemühungen der Europäischen Union zur Integration des westlichen Balkan in die Europäische Union zeigen unter Berücksichtigung der Untersuchungen von Schimmelfennig (2008), das

„[...] countries that had been invited to association without meeting the standard further consolidated or stabilized democracy.“²⁷⁹

Erfolgsrezept der Europäischen Außenpolitik. Durch das in Aussicht stellen von massiven ökonomischen, kulturellen und politischen Vorteilen im Zuge einer EU-

²⁷⁶ vgl. KOM, 2007, S.2.

²⁷⁷ vgl. ebd., S.3.

²⁷⁸ Europäische Kommission (2005); Mitteilung der Kommission, die Erweiterungspolitik der EU, KOM (2005) 561 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0561:FIN:DE:PDF>, (Stand 27.09.10), hier S.2.

²⁷⁹ Schimmelfennig, Frank (2008): EU Political Accession Conditionality after the 2004 Enlargement: Consistency and Effectiveness, in: Journal of European Public Policy, 15 (6), S. 918-937, hier S.926.

Mitgliedschaft können in den jeweiligen Drittländern enorme Reformen in vielen Bereichen des Staates erzielt werden. Schimmelfennig weiter:

„Enlargement is often claimed to be the most successful foreign policy of the European Union (EU). It is considered to have contributed to democratic consolidation, respect for human rights, minority protection, conflict resolution, and stability in Eastern Europe.“²⁸⁰

In den SAA formuliert die EU ihre Forderungen und prüft sie in kontinuierlichen Abständen, die EU bildet sich über Monitoring eine Meinung über Fortschritte des jeweiligen Landes. Im Rahmen von jährlichen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission werden die Fortschritte festgehalten.

4.4.5 Anreizbasierte Demokratisierungsstrategie: Politische Konditionalität

Wie bereits in vorliegender Arbeit erwähnt, hat sich die EU stetig zu einem Akteur der Demokratieförderung entwickelt. Vertraglich geregelt sind die Förderungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den EU-Verträgen.²⁸¹

Die Instrumente mit denen die EU am westlichen Balkan agiert, entsprachen den allgemeinen Erfahrungen in ganz Osteuropa, wurden aber an die speziellen Entwicklungen in der Region angepasst. Politische Konditionalität wurde zu einem Schlüsselwort innerhalb jener Strategie,²⁸² und generell zu einer Wunderwaffe in den Demokratisierungsstrategien internationaler Organisationen.²⁸³ Anastasakis und Bechev stellten mit ihrer Analyse fest, dass das Prinzip der Konditionalität in unterschiedlicher Ausprägung immer schon ein Teil der EU-policies für Mitgliedstaaten, EU-Beitrittskandidaten oder Drittstaaten war.²⁸⁴ Politische Konditionalität speziell im Bereich der Demokratieförderung, bedeutet,

²⁸⁰ ebd. S.918.

²⁸¹ vgl. Smolnik, 2008, S.9.

²⁸² vgl. Stewart, 2007, S.236.

²⁸³ vgl. Richter, Solveig (2009): Wirkungsmechanismen politischer Konditionalität in den Demokratisierungsprozessen in Osteuropa, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.147-167, hier S.147.

²⁸⁴ vgl. Anastasakis, Othon/Bechev, Dimitar (2003): EU Conditionality in South East Europe. Bringing Commitment to the Process, European Studies Centre, Oxford, online unter: <http://www.cespi.it/stocchiero/dossierBalceni/conditionality.pdf>, (Stand 07.01.2011), hier S.5.

„dass ein Staat oder eine internationale Organisation die Vergabe von Leistungen an bestimmte Bedingungen knüpft [...] allgemein kann Konditionalität sowohl darin bestehen, die erwarteten Leistungen bei Nicht-Erfüllung der Bedingungen einzubehalten, als auch die Einhaltung der Bedingungen mit Hilfe von Sanktionen durchzusetzen“.²⁸⁵

Das Konzept der politischen Konditionalität entstammt der Ökonomie und wurde vor allem durch seine Nutzung durch internationale Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF) bekannt, bevor es noch von der EU genutzt wurde.

Die EU hat wie keine andere internationale Organisation politische Konditionalität zu einem Kernbestandteil ihrer Politik gegenüber Drittstaaten avanciert. Zum einen vergibt sie finanzielle Hilfe, offeriert institutionelle Anbindung (Partnerschaftsabkommen bis hin zum Beitritt), mit den Kopenhagener Kriterien hat sie ihre Erwartungen an die Reformen die in den Ländern erfolgen sollen, konkretisiert.²⁸⁶ Seit dem Rat von Kopenhagen 1993 und mit der Einführung der Kopenhagener Kriterien ist das Prinzip der Konditionalität grundlegender Bestandteil des EU-Erweiterungsprozesses. Die drei wichtigsten Punkte für die Region westlicher Balkan beziehungsweise auf die EU-Konditionalität sind: 1) die allgemeinen politische, wirtschaftlichen und Acquis bezogenen Kopenhagener Kriterien, 2) die Bedingung des Regional Approach und des SAP, 3) länderspezifische Bedingungen.²⁸⁷

Eine greifbare und reelle Beitrittsperspektive ist de facto ein essentielles Instrument der EU, um die Entwicklung und den Fortschritt in europäischen Drittländern zu beschleunigen und konstruktiv zu gestalten. Schimmelfennig (2008) merkt jedoch an, dass eine Aussicht auf eine EU Vollmitgliedschaft für nationale Akteure nicht ausreichen wird um eine europakonforme Politik zu betreiben.

„EU conditionality has to fall on fertile domestic ground.“²⁸⁸

Generell greift diese Strategie seiner Ansicht nach zu kurz, wenn die politischen Kosten für die nationalen Regierungen als zu hoch erscheinen und wenn eine Umsetzung von

²⁸⁵ Smolnik, 2008, S.10.

²⁸⁶ vgl. Richter, 2009, S.147.

²⁸⁷ vgl. Altmann, 2005, S.21ff.

²⁸⁸ Schimmelfennig, 2008, S.918.

EU Forderungen Machtverlust im eigenen Land bedeuten würde. Im speziellen kommen in dieser Region noch ethnische Konflikte vor²⁸⁹, zudem ist zu erwähnen, dass in der Republik Serbien nationalistische Kräfte von einem großen Teil der Bevölkerung getragen werden, folglich muss die EU Maßnahmen ergreifen um das pro-europäische Lager in der Republik zu stärken, damit dieses in der Lage ist die Forderungen der EU zu erfüllen.

Der Erfolg oder Misserfolg von politischen Bedingungen, welche innerstaatliche Reformen bedingen und einen EU Beitritt ermöglichen hängt nach den Erkenntnissen von Schimmelfennig von folgenden Faktoren ab: 1) dem Angebot einer Mitgliedschaft in die EU, 2) der normativen Konsistenz der EU Erweiterungsentscheidungen und von 3) niedrigen politischen Kosten der amtierenden Regierung.²⁹⁰ Ein erfolgreicher Beitrittsprozess könnte in Serbien zu einer deutlichen Weiterentwicklung in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und in der Verwaltung führen und zuletzt zu einer nachhaltigen Lösung von innerstaatlichen ethnischen Konflikten beitragen.

4.4.6 EU-Interessen auf dem Balkan

Die Südosterweiterung liegt im gemeinsamen Interesse der europäischen Staaten. Europa übernimmt in dem Zusammenhang sozusagen die Rolle des Stabilisators in der Region, dementsprechend war die EU selbst treibende Kraft bei der Eröffnung der Beitrittsperspektive.²⁹¹

Innerhalb der EU-Politik fungiert der SAP als wichtiges Konzept gegenüber den Ländern des westlichen Balkans. Vor allem bereitet der SAP die Länder auf einen EU Beitritt vor und bietet in dieser Phase Handelserleichterungen, finanzielle Hilfe, wirtschaftliche Unterstützung und vertraglich geregelte Beziehungen (SAA) an.²⁹² Serbien ist in der Region sozusagen ein „Regional Player“. Verzeichnet Serbien Fortschritte kann die gesamte Region westlichen Balkan davon profitieren.

²⁸⁹ vgl. ebd., S.918.

²⁹⁰ vgl. ebd., S.921.

²⁹¹ vgl. Despot, Andrea (2010): Der Balkan ist Teil des europäischen Projekts, in: bpb: die Erweiterung der Europäischen Union, online unter: http://www.bpb.de/themen/9MYKQQ,0,Der_Balkan_istTeil_des_europ%EAischen_Projekts.html (Stand 10.06.2010).

²⁹² vgl. Haas, Christian (2009): EU Politik in Serbien 2008. Möglichkeiten und Grenzen eines beschleunigten Integrationsprozesses, in: SWP-Studie, 02-2009, hier S.3.

Hier zeigt sich die Problematik, dass der SAP mit großen Hindernissen zu kämpfen hat, exemplarisch. In der Statusfrage des Kosovo herrscht innenpolitisch und zwischen der Mehrheit der EU-Staaten und Belgrad große Unstimmigkeit, trotzdem versucht die EU die gesamte Region in ihrer Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft zu unterstützen. Erschwerend kommt hinzu, dass in Serbien wie bereits in der Arbeit erwähnt, tiefes Misstrauen gegenüber dem *Westen* und internationalen Organisationen herrscht. Des Weiteren kann man eine eher zögerliche Haltung der Eliten gegenüber Reformen feststellen. „Die EU-Konditionalitätspolitik gegenüber Belgrad hat daher im einem Zielkonflikt zu kämpfen“²⁹³ Die EU versucht eine nachhaltige Demokratie einzuführen, jedoch ist die Demokratieförderung nur an konkrete Etappenziele geknüpft.²⁹⁴ Als Beispiel wäre die einseitig ausgerufene Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 zu nennen. In dem darauf folgenden Wahlkampf drehte sich alles um zwei Themen EU-Integration und Kosovo. Das bremsende Moment hierbei ist sicherlich, dass sich alle Parteien inklusive den pro-europäischen Lager geschlossen gegen die von Pristina erklärte Unabhängigkeit aussprachen. Relativiert wird dieser Aspekt nur dadurch, dass sie das Thema unterschiedlich intensiv auf der jeweiligen wahlpolitischen Agenda positionierten.²⁹⁵

So versuchte die EU einer hoch polarisierten Gesellschaft zu zeigen, dass Ihre Zukunft in der EU liegt.²⁹⁶ Die EU beschleunigte den Prozess, Serbien und die EU konnten im April 2008 das fertig verhandelte SAA sowie ein Zwischenabkommen über Handelsfragen unterzeichnen. Die so genannten pro-europäischen Kräfte sollten somit in Serbien gestärkt werden und ein Wahlsieg des national-konservativen Lagers verhindert werden.²⁹⁷

Bestehen da vielleicht sogar Eigeninteressen seitens der EU? Belohnt Brüssel doch Serbien trotz der unbefriedigenden Kooperation mit dem ICTY. Franz-Lothar Altmann formuliert in seiner Studie über „EU und Westlicher Balkan“ 2005 einschlägige Interessen die seitens der EU bestehen.

²⁹³ Haas, 2009, S.3.

²⁹⁴ vgl. ebd., S.3.

²⁹⁵ vgl. ebd., S.3ff.

²⁹⁶ vgl. Presidency of the European Nation, Statement on the Initialling of the Stabilisation and Association Agreement with Serbia, Brüssel, 07.11.2007, online unter:http://www.eu2007.pt/ue/ven/noticias_documentos/declaracoes_pesce/20071107pescservia.htm (Stand 10.06.2010), zit. in: Haas, 2009, S.3.

²⁹⁷ vgl. Haas, 2009, S.3ff.

Zum einen wäre die politische Stabilität zu nennen, die Region ist aus eigener Kraft dauerhaft nicht in der Lage erfolgsversprechende Perspektiven für politische Stabilität und wirtschaftliche Erholung zu erschließen. Schon allein deswegen ist die EU an einer sicheren Nachbarschaft interessiert. Politische Stabilität soll das Ausbrechen neuer ethnischen Auseinandersetzungen verhindern. Wirtschaftliche Stabilität und Erholung sind notwendig um radikalen politischen Strömungen den Rückhalt zu entziehen und beide Stabilisierungsprozesse sind wiederum für Europa wichtig um Flüchtlings- und wirtschaftliche Migrationsströme nach Resteuropa zu verhindern.²⁹⁸

Weitere Positivinteressen der EU arbeitete Franz-Lothar Altmann 2009 heraus.²⁹⁹ Die Länder des westlichen Balkan sind verkehrs- und geostrategisch zentral. Alle Landverbindungen in Richtung Naher und Mittlerer Osten verlaufen durch die Region. Zudem definierte die EU 2002 die Region Südosteuropa als wichtige Transitregion und Transldrehscheibe.^{300 301}

4.4.7 Kritik an der Südosteuropaerweiterung

Kritik an der Südosteuropaerweiterung der EU und speziell an der Erweiterungsstrategie in Bezug auf Serbien besteht.³⁰² Henriette Riegler betonte in einem am Österreichischen Institut für Internationale Politik am 18.02.2010 gehaltenen Vortrag über Vergangenheit und Zukunft des westlichen Balkan, dass die Erweiterungsstrategie der EU manchmal durchaus schwer zu erklären ist, da die vollständige Zusammenarbeit mit dem ICTY der jeweiligen Interpretation der Akteure überlassen ist. Der EU-Politik scheint der ICTY mit seinen Forderungen offenbar tatsächlich manchmal im Weg zu stehen, wenn es darum geht Länder möglichst schnell an die EU heranzuführen.³⁰³

Probleme ergeben sich vor allem wegen des herrschenden Zeitdrucks und dem Weglassen von Anklagepunkten. Gemäß der „completion strategy“ der UN sollte das

²⁹⁸ vgl. Altmann, 2005, S.24ff.

²⁹⁹ vgl. Altmann, 2009, S.99ff.

³⁰⁰ näher zur Sicherung der Energieversorgung der EU am westlichen Balkan, in Altmann, Franz-Lothar (2007): Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU, in: SWP-Studie 01/2007, S.16ff.

³⁰¹ vgl. Altmann, 2009, S.100.

³⁰² vgl. dazu zB Calic, Marie-Janine (2004): Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Prüfstand. Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik, in: SWP-Studie, 04-2004.

³⁰³ Manuskript vom Vortrag siehe dazu: Riegler, 2008.

Gericht bis Ende 2010 die Verfahren beenden. Seit Jahren wurde darüber diskutiert, dass das nicht möglich sei. Karadzic's Anklageschrift ist aber dermaßen umfangreich, dass bei Weglassen der Anklagepunkte auch die Gerechtigkeit zu kurz käme. Gerechtigkeit nimmt in Nachkriegsgesellschaften einen besonderen Standpunkt ein.³⁰⁴

Radovan Karadzic wurde im Juli 2008 in Belgrad von den serbischen Behörden festgenommen. Überraschend zu dem Zeitpunkt, als in Brüssel über das in Kraft treten des im April 2008 paraphierten SAA beraten wurde. Dieses wurde dann obwohl der ebenfalls in Serbien vermutete Ratko Mladic noch auf der Flucht ist abgeschlossen.³⁰⁵

Nun ist aktuell zwar die wichtigste politische Priorität der serbischen Regierung der Beitritt zur EU, jedoch haben innenpolitisch nationalistische und anti-westliche Ressentiments in den öffentlichen Debatten die Oberhand gewonnen und lähmen weiterhin die Politikgestaltung. Zwar zeigte sich die derzeitige Regierung Serbiens trotz der diplomatischen und völkerrechtlichen Schwierigkeiten, in die sie durch die einseitig erklärte Unabhängigkeit Kosovos geraten ist, eindeutig pro-europäisch. Dies wurde durch die Ergreifung des meist gesuchten Kriegsverbrechers Radovan Karadzic im Juli 2008 in Belgrad und dessen Auslieferung an Den Haag bestätigt. Die Europäische Kommission lobt Serbien im letzten Fortschrittsbericht von Oktober 2009 in Bezug auf die verbesserte Zusammenarbeit mit dem ICTY, jedoch bekrittelt sie die fehlende Auslieferung der beiden Kriegsverbrecher Mladic und Hadzic.³⁰⁶

Serbien hat trotz einiger Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien³⁰⁷ noch einen langen Reformweg vor sich, an dessen Ende eine Mitgliedschaft in der EU stehen könnte.

³⁰⁴ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Das Tribunal kann nur ein Anfang sein. Interview mit Hans-Christian Schmid, in: Das Parlament Nr. 46, online unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/46/Themenausgabe/27772820.html> (Stand 18.01.2011).

³⁰⁵ vgl. Riegler, 2008, S.33ff.

³⁰⁶ vgl. Europäische Kommission (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009-2010, KOM (2009) 533 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0533:FIN:DE:PDF> (Stand 11.6.2010), hier S.17.

³⁰⁷ zB hat das Parlament 2009 seine Geschäftsordnung überarbeitet und damit den Gesetzgebungsprozess optimieren können, es wurden durch die Verabschiedung eines neuen Parteiengesetzes und präzisere Regeln für die Registrierung von Parteien aufgestellt. Zudem hat die Regierung laut Europäischer Kommission ein hohes Maß an Engagement für die europäische Integration bewiesen, indem sie die Annahme von Rechtsvorschriften in zahlreiche Bereichen vorbereitet und ein nationales Programm zur Europäischen Integration umgesetzt hat. Zudem lobt die Kommission die Entwicklungen im Bereich der zivilen Kontrolle der Sicherheitskräfte und die Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung (vgl. KOM, 2009, 533 endgültig, S.64ff).

Ein gutes Beispiel für eine interne Krise der EU wäre in der Literatur viel diskutierte Erweiterungsmüdigkeit der EU, die sich insbesondere nach der zweiten Erweiterungsrunde 2007 entwickelte, diese hat freilich Konsequenzen für die Beitrittsperspektive der Staaten der Region.³⁰⁸ Christian Kojas, österreichischer Botschafter in Serbien/Belgrad betonte in unserem Gespräch, dass an der europäischen Perspektive des westlichen Balkan von 2003 festgehalten werden muss, und die Wirtschaftskrise die auch Serbien seit Oktober 2008 hart getroffen hat, keine Entschuldigung für eine Erweiterungsmüdigkeit sein darf. Kojas verwies neben Stabilität für Serbien auch auf die Wichtigkeit von Serbien für österreichische Investitionen und als Exportmärkte. Österreich ist mit ungefähr 300 Firmen in Serbien präsent, somit wirkt auch hier viel Eigeninteresse ein, um Sicherheit für die Investitionen Österreichs herzustellen.³⁰⁹

³⁰⁸ vgl. Riegler, 2008, S.9

³⁰⁹ so der österreichische Botschafter in Serbien Dr. Christian Kojas, im Zuge der Studienreise im April/Mai 2010 Serbien - Belgrad. Mittwoch 28.4.2010, 17:00.

5 Der Demokratisierungsprozess in Serbien seit 2000

Die Jahre 1999/2000 leiteten innerhalb der Region eine politische Wende ein, 1999 verstarb der kroatische Staatspräsident Franjo Tudjman, 2000 wurde der serbische Republikspräsident Slobodan Milosevic gestürzt.³¹⁰

Im Fall Serbiens sollte eine pro-westliche Entwicklung für verbesserte Rahmenbedingungen eines substanziellen Balkanengagements der EU sorgen. Nachdem im Oktober 2000 eine Welle von Demonstrationen ausgetragen wurde, wurde Milosevic entmachtet. Anstelle seines populistischen-autoritären Regimes rückte die Demokratische Opposition Serbiens (DOS) in den Vordergrund, welche im Dezember 2000 eine greifbare Mehrheit im serbischen Parlament stellte. Der Demokratisierungsprozess in Serbien startete also im Jahr 2000.

Die DOS war eine gebrochene Koalition aus zwei Parteien und zwei Persönlichkeiten. An der einen Seite stand die Demokratische Partei Serbiens (DSS) unter der Leitung des neuen Präsidenten Vojislav Kostunica, an der anderen Seite die Demokratische Partei (DS), jene von Premierminister Zoran Djindjic.³¹¹ Es war jedoch fast nicht möglich daran zu glauben, dass sich mit dem Sturz Milosevic, das Land hin zu einer modernen Demokratie, einem freien Markt und stabilen Institutionen entwickeln sollte.³¹²

„So handelt es sich nach dem 5. Oktober 2000 nicht um einen Systemwechsel, sondern lediglich um einen Regimewechsel.“³¹³ Hauptsächlich fanden personelle Veränderungen statt. „Die wichtigsten Träger des Milosevic-Regimes konnten auch nach 2000 ihre Netzwerke aufrecht erhalten“.³¹⁴

Die Schaffung der neuen Regierung im Jahr 2008 war das erste Mal seit Ende 2000, dass die DSS der DS neue politische Autorität übergab. Auch wenn Kostunica und seine DSS als konservativ, mäßig nationalistisch und legalistisch in ihrem Herangehen an die Reformen zu charakterisieren sind, zweifelte keine Partei die Zweckmäßigkeit der Demokratisierung an. Währenddessen galt die DS zu Reformen bereit und eindeutig

³¹⁰ vgl. Jurekovic, 2009, S. 132.

³¹¹ vgl. Edmunds, Timothy (2009): Illiberal Resilience in Serbia., in: Journal of Democracy, Vol. 20, Nr.1, S. 128-142, hier S.129.

³¹² vgl. Nadjivan, 2006a, S.159.

³¹³ Nadjivan, 2006a, S.159.

³¹⁴ ebd., S.160.

pro-europäisch. Seit der politischen Wende zeigen die Länder des westlichen Balkan wieder gemeinsame Interessen, nämlich alle streben den Beitritt zur EU und zur NATO³¹⁵ bzw. der NATO-Partnerschaft für den Frieden an.³¹⁶ Die politischen Eliten in Serbien waren sich einig, dass ein demokratisches Serbien ein Fortschritt auf dem Balkan darstellen würde.³¹⁷

Die westlichen Länder und die europäischen Institutionen waren nun interessiert, Demokratisierung und Reformen zu fördern und zu unterstützen. Die Beitrittsperspektive für die Region steht an oberster Agenda der Stabilisierungsstrategie. In jener Strategie macht sie Fortschritte dieser Länder im EU-Integrationsprozess von Reformen und von deren Bereitschaft zur regionalen Zusammenarbeit abhängig.³¹⁸ So kreierte die EU 1999 die Bezeichnung „Westlicher Balkan“.

5.1 Serbien seit 2000

Mit dem Sturz Milosevic darf jedoch kein Ende mit der Beschäftigung der „nationalen Frage“ in der Politik (Stichwort Kosovo) verbunden werden.³¹⁹ Das Gebiet Kosovo verbindet seit der Machtübernahme Milosevic nationale Ängste.³²⁰ 2000 wurde Milosevic entmachtet, 2001 unter Djindjic in einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ gegen den Widerstand des damaligen Staatspräsidenten Kostunica an den ICTY ausgeliefert in der Folge fielen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst/Winter 2000 zusammen. Somit ergab sich die Chance zu einem radikalen politischen Kurswechsel in Serbien. Serbien gilt innerhalb der Region als der Akteur, der für eine Stabilität am westlichen Balkan fördernd wäre,³²¹ wenn man so will als ein „Regional Player“. Das Land hat eine enorme Geschichte hinter sich gelassen. Die Parlamentswahlen 2000

³¹⁵ Vor dem Hintergrund der NATO-Bombardements auf ganz Serbien im März 1999 wird Europa in Serbien positiver gesehen, als die USA oder die NATO. Die Gesellschaft in Serbien verbindet mit der USA und der NATO negative Bilder. Der EU wird noch das „größere“ Vertrauen gegenüber gebracht.

³¹⁶ vgl. Jurekovic, 2006, S.132.

³¹⁷ vgl. Edmunds, 2009, S.129.

³¹⁸ vgl. ebd., S.132.

³¹⁹ vgl. Bieber, Florian (2008): Serbien zwischen Europa und Kosovo. Politische Entwicklungen seit der Unabhängigkeitserklärung, in: Südosteuropa Mitteilungen, 03/2008 S.318-335, hier S.320.

³²⁰ vgl. ebd., S.318.

³²¹ vgl. Whyte, Nicholas (2009): Die EU und der Westbalkan, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Zwanzig Jahre danach - postkommunistische Länder und europäische Integration, S.55-85, hier S.60.

brachten eine neue Regierung ins Amt. Im Jahr 2000 der Sturz der Milosevic-Regierung, 2003 der tragische Tod von Zoran Djindjic durch seine eigenen Sicherheitskräfte³²² und trotzdem gelang der Demokratische Partei die schrittweise Verdrängung der nationalistischen Gruppierungen.³²³ Die Ermordung des serbischen Regierungschefs Zoran Djindjic am 12.03.2003 destabilisierte kurzfristig die Lage, konnte aber bald durch die neue Regierung Zoran Zivkovic wieder beruhigt werden.³²⁴ Der Demokratisierungsprozess ist in Serbien explizit seit 2007 vorangeschritten. Es konnten wie bereits in einem anderen Kapitel der Arbeit erwähnt, zwei Parlamentswahlen und zwei Durchgänge von Präsidentschaftswahlen im Einklang mit europäischen und internationalen Standards abgehalten werden.³²⁵

Probleme die vor allem in der Performance der demokratischen Institutionen bestehen arbeitet das Ländergutachten der Bertelsmann-Stiftung heraus. Das Gutachten kritisiert die demokratischen Institutionen in Serbien, besonders das serbische Parlament, dass durch ineffiziente Verfahren und einem Mangel an Kapazität gekennzeichnet ist. Das Parlament konnte seine Legislaturperiode im Juli 2008 nicht beginnen, weil die Serbisch Radikale Partei (SRS) und die Demokratische Partei Serbiens (DSS) die Arbeit des Parlaments behinderten. Die Abgeordneten beider Parteien waren der Meinung dass die Unterzeichnung des SAA mit der EU eine implizite Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovo bedeuten würde.³²⁶

Die Zusammenarbeit mit dem ICTY und die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo sind wohl die kontroversesten Themen des politischen Annäherungsprozesses an die EU. Das ICTY soll über die Kriegsverbrechen die während des Bosnienkrieges (1992-1995) begangen wurden, urteilen. Vor allem Serbien hat Schwierigkeiten, die

³²² vermutlich wurde Djindjic durch Milorad Lukovic den früheren Kommandeur der „Roten Barette“, die als Spezialeinheit der serbischen Polizei gilt, ermordet. Lukovic und der hinter ihm stehende „Zemun Clan“ waren von Milosevic in den 1990er Jahren gestärkt worden. Als im Oktober 2000 klar wurde, dass das alte Regime zu stürzen drohte arrangierte sich der damalige Oppositionsführer Djindjic mit den zum Teil kriminellen Kommandeuren. Djindjic ging als „Gegenleistung“ nur sehr zaghaft gegen diese Mafiagruppierungen vor, musste aber schließlich auf Druck der EU, der USA und der internationalen Finanzorganisationen dieses „Zweckbündnis“ beenden. Nachdem Djindjic Milosevic an den ICTY ausgeliefert hatte, befürchteten Lukovic und seine Mitstreiter wegen ihrer eigenen Rolle in den kriegesischen Auseinandersetzungen von der Regierung an das Tribunal ausgeliefert zu werden. So war die Ermordung Djindjic die Konsequenz dieser Auslieferung zu entgehen (vgl. Hummer: 2006: S.34).

³²³ vgl. Whyte, 2009, S.60ff.

³²⁴ vgl. Hummer, 2006, S.34.

³²⁵ vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2010, S.4.

³²⁶ vgl. ebd., S.11.

wegen Kriegsverbrechen Angeklagten und vom ICTY gesuchten Ratko Mladic und Goran Hadzic festzunehmen. Vor allem geht es hierbei um die Anerkennung internationalen Rechts und zu beweisen, dass die Regierung in Serbien bereit ist, sich seiner Vergangenheit zu stellen und diese zu überwinden.³²⁷ Da jedoch die Wahrnehmung der serbischen Öffentlichkeit über das ICTY weitläufig als Institution die nicht dem Interesse der Region handelt und Konflikte der Vergangenheit aufrecht erhält³²⁸, verstanden wird, wurde im öffentlichen und politischen Diskurs die Funktion des ICTY immer wieder mit einer Instanz gleichgesetzt, die über die Gerechtigkeit des gesamten Krieges an sich urteilen soll.³²⁹

Das Problem hierbei ist, dass die politischen Akteure Serbiens sich noch immer nicht vollständig der Verantwortung der Kriege in den 1990er Jahren bewusst sind.³³⁰ Kritische Diskurse über Serbiens Rolle in den Kriegen sind eher auf junge Menschen und Akademiker in urbanen Gebieten beschränkt. Ansonsten wird die Zusammenarbeit mit den ICTY eher als Konditionalität der EU bewertet, nicht aber durch eine breit gefächerte inländische Anerkennung der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.³³¹ Das zweite Hindernis für die demokratische Konsolidierung Serbiens waren und sind die Spannungen in Kosovo. Serbien betrachtet Kosovo als Teil seines eigenen Staatsgebietes, diese Auffassung teilen 22 der 27 EU Mitgliedstaaten nicht.³³²

5.2 Die Wahlen in Serbien 2008

Schon der Beginn des Jahres 2008 gestaltete sich turbulent. Begonnen hat dieses Jahr mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar. Die Regierung in Belgrad, von den Radikalen bedrängt, musste zurücktreten.³³³ Aber die Region konnte auch positives vermelden, die Festnahme Radovan Karadzic im Juli und der Abschluss

³²⁷ vgl. ebd., S.61.

³²⁸ vgl. Gallup Balkan Monitor (2009): Focus On: EU Perceptions, online unter: (http://www.balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_EU_Perceptions.pdf), (Stand 28.12.2010), hier S.9.

³²⁹ vgl. Vlahutin, Romana (2004): The Croation Exception, in: Batt, Judy: The Western Balcans. Moving on, Chaillot Paper Nr. 70, Eu Insitute for Security Studies, Paris, hier S.31.

³³⁰ vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2010, S.27.

³³¹ vgl. ebd., S.27.

³³² vgl. Liste der Staaten die Kosovo bereits anerkannt haben, online unter:<http://kosova.org/page/Staaten-die-Kosovo-als-Unabhaengigen-Staat-anerkannt-haben.aspx>, (Stand 29.12.2010).

³³³ vgl. Petritsch, 2009, S.173.

eines SAA zwischen der EU und Serbien.³³⁴ Diese Ereignisse müssen im Kontext der serbischen Wahlen vom Frühjahr 2008 betrachtet werden.³³⁵

Die gesplante Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten bei den Wahlrunden. Bei den Parlamentswahlen am 11. Mai konnten sich die pro-europäischen Kräfte um Präsident Boris Tadic mit insgesamt 45% der Stimmen überraschend durchsetzen. Die Radikale Partei (SRS) erlangte immerhin noch immer 28,6% der Stimmen.³³⁶ Addiert man die Ergebnisse der national-konservativen (SRS und DSS) erreichte das Lager rund 42%.³³⁷ Die Demokraten erzielten das beste Ergebnis seit Zoran Djindjic 2001. Nach der Wahl einigten sich die westlich orientierten Parteien, deren stärkste Kraft die DS ist, mit der Sozialistischen Partei auf die Bildung einer Koalitionsregierung. Diese Ereignisse verweisen auf eine „Trendwende in Serbien“. ³³⁸ Die Nationalkonservativen um Kostunica erlitten eine Niederlage. Die Demokratische Partei wird von Milosevic-Sozialisten unterstützt, eine Regierungsbildung ohne sie wäre nicht machbar gewesen. Diese Tatsache macht die gesplante Gesellschaft besonders sichtbar, ziemlich genau die Hälfte der Wähler hat sich für einen europäischen Weg entschieden, während sich die andere Hälfte abwartend oder sogar europafeindlich präsentiert.³³⁹

Die anerkannte Menschenrechtsaktivistin Sonja Biserko hat drei positive Initiativen für das Wahlergebnis zusammengefasst: 1) die medienwirksame Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens in Brüssel hat den demokratischen Kräften in letzter Minute noch einen Aufschwung versetzt, 2) ein konkretes Angebot von Fiat (Italien) für die Übernahme der bankrotten Automobilfabrik *Zastava* von dem Tausende von Arbeitsplätzen abhängen und 3) betont Biserko, dass das serbische Volk es geschafft hat, eine politische Entscheidung im Staatsinteresse zu treffen.³⁴⁰

³³⁴ so Christian Koja während des Gesprächs in Belgrad.

³³⁵ vgl. das erwähnte Vedran Dzihic bei seinem Vortrag im Rahmen des Seminars „Serbien und Montenegro“, Universität Wien, 1010 Wien, Universitätsstraße 7, am 17.03.2010, 17:00, aber auch der Balkan Spezialist Wolfgang Petritsch erwähnt dies immer wieder in seinen Publikationen.

³³⁶ vgl. Parties and Elections, online unter: <http://www.parties-and-elections.de/serbia2.html>, (Stand 20.06.2010).

³³⁷ vgl. ebd.

³³⁸ Petritsch, 2009, S.174.

³³⁹ vgl. Petritsch, 2009, S.175.

³⁴⁰ vgl. ebd., S.175.

Petritsch betont, die Richtung Serbiens hin zur EU:

„Jemand, der 1989 politisch zu denken begonnen hat, ist im Tito-Reich zur Welt gekommen und aufgewachsen, später dann in den Bruderkrieg hineingeraten; er hat das dritte Jugoslawien mit Serbien und Montenegro erlebt, schließlich den Alleingang Montenegros und Anfang 2008 noch den Verlust Kosovos.“³⁴¹

Angesichts dieser emotionalen Achterbahnfahrt kann man Serbiens Weg nach vorne als eine ziemliche „demokratiepolitische Leistung“³⁴² sehen.

Wie lassen sich Äußerungen gegenüber dem EU-Beitritt innerhalb der Parteien positionieren? Zum ersten lassen sich die Positionen in eine „Wir-Gruppe“ und eine „Sie-Gruppe“ aufteilen. Politiker die sich vom Milosevic-Regime abgrenzen und sich für ein gemeinsames Engagement und Reformen in Serbien einsetzen, bezeichnen die EU als „Wir-Gruppe“. Auf der anderen Seite stehen Politiker die sich für eine Kontinuität mit dem Milosevic-Regime aussprechen und eine Strategie der „non-action“³⁴³ anwenden. Sie sehen keine besonderen Anstrengungen von Nöten, da eine EU-Integration früher oder später geschehen wird.³⁴⁴ An und für sich sprechen sich seit 2003 alle Parlamentsparteien für einen EU-Beitritt aus, denn nach den harten Jahren der 1990er Jahre, der Wirtschaftskrise, den UN-Sanktionen und internationaler Isolation, scheint eine europäische Integration Serbiens politische und wirtschaftliche Stabilität, Wohlstand und Reisefreiheit³⁴⁵ zu bringen. Obwohl sich die Politiker geschlossen für eine EU-Integration aussprechen müssen dahingehend Abstriche gezogen werden. Das pro-europäische Lager spricht sich für bedingungslose Beitrittsbemühungen aus, obwohl die Unabhängigkeit des Kosovo ein aufgeheiztes Thema bleibt, während die Parteichefs der SPS und SRS sich zuerst für andere politische Prioritäten einsetzen wollen³⁴⁶ (zB Kosovo).

³⁴¹ ebd., S.175.

³⁴² ebd., S.175.

³⁴³ Nadjivan, 2006a, S.174.

³⁴⁴ vgl. ebd., S.174.

³⁴⁵ Ab 01.01. 2010 reisen Serben, Mazedonier und Montenegriner innerhalb der Europäischen Union visafrei, in: Der Standard, 15.07.2009.

³⁴⁶ vgl. Nadjivan, 2006a, S.175.

5.3 Die Statusfrage Kosovo

Während die Kriege in den serbischen Nachbarrepubliken schließlich zu Ende kamen, blieb der Kosovo³⁴⁷ weiter Konfliktherd. Der Kosovo, hat sich nach dem Scheitern der über zwei Jahre andauernden Verhandlungen zwischen Prishtina und Belgrad, gegenüber dem Westen (USA und EU) und Russland am 17.02.2008 für unabhängig erklärt.³⁴⁸

Die Unabhängigkeit des Kosovo, stieß internationale auf unterschiedliche Meinung. Die USA hatten schon vorher signalisiert, sie würden auch einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung der Albaner zustimmen. Die EU zeigte sich in der Frage der Anerkennung schon heterogener. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien gingen mit der USA d'accord und unterstützten die Loslösung Kosovo von Serbien. Zum Problemfall wurden bzw. sind vor allem jene EU-Mitgliedstaaten, die nationale Minderheiten haben wie Spanien, Griechenland, Rumänien, Slowakei und Zypern. Einige Mitgliedstaaten der Union verbinden mit der Abspaltung Ängste, die sie selbst wegen ihrer nationalen Minderheiten im Land selbst erleben könnten.³⁴⁹

Der Kosovo wurde von 73 Staaten (Stand: Februar 2011) anerkannt, darunter von 22 EU-Mitgliedstaaten, die bereits erwähnten fünf Mitgliedstaaten der EU haben den Kosovo bis zum Beenden dieser Diplomarbeit als noch nicht Unabhängig erklärt.

Noch bevor die serbische Provinz Kosovo die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, drohte Belgrad mit Protesten und Boykottaktionen. Das zweigeteilte Lager rund um den national-konservativen Kostunica/Nikolic und dem pro-europäischen Block angeführt von Boris Tadic, arbeitete einen innenpolitischen Konsens in der Kosovo-Frage aus. „In dem - in Fortsetzung der serbischen Tradition, sich als Opfer wahrzunehmen - die Kosovofrage als eine Art „gewähltes Trauma“ für die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft eingesetzt wurde“.³⁵⁰ Die Bevölkerung reagierte auf die Unabhängigkeit Kosovo mit gewalttätigen Reaktionen, die Politik in Belgrad reagierte mit

³⁴⁷ genauer zu den Kosovokrieg siehe Boeckh, Katrin (2009): Serbien und Montenegro, S.200-205.

³⁴⁸ Assembly Republic of Kosovo (2008): Declaration of Independence, online unter: <http://www.assembly-kosova.org/?cid=2,128,1635> (Stand 04.01.2011).

³⁴⁹ vgl. Boeckh, 2006, hier S.228.

³⁵⁰ Dzihic, Vedran/Kramer Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf> (Stand 03.01.2010), hier S.7.

diplomatischen Protesten, zu wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen kam es nicht.³⁵¹

In Serbien ist auch nach den Wahlen 2008 eher keine Veränderung der Politik in Bezug auf den Kosovo zu sehen. Zwischen den zwei Lagern herrschen zwar große politische Gegensätze, jedoch besteht weiterhin Übereinstimmung über die historischen Rechte Serbiens auf Kosovo, die Ablehnung der Unabhängigkeit des Kosovo und eine Ablösung der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) durch die EU-Mission European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX).³⁵² So wird die weitere Entwicklung im Kosovo sicherlich schwierig bleiben, da es keine Anzeichen gibt, dass je eine serbische Regierung die Selbstständigkeit von Kosovo anerkennen wird.

Die Lösung der Statusfrage gestaltet sich nach Wolfgang Petritsch (2009) aus zweierlei Punkten schwierig. Der erste Punkt knüpft an den „völkerrechtlichen Normen für die Legitimität der Anerkennung nationaler Souveränitätsrechte“³⁵³ an. Das Völkerrecht fußt auf dem Prinzip der Staatssouveränität und der Unverletzlichen Grenzen. Nach den Genoziden in Bosnien-Herzegowina werden interne Konflikte jedoch nicht mehr als innere Angelegenheiten der jeweiligen Staaten und Regierungen angesehen, sondern vielmehr wurde „*humanitäre Intervention*“ zum neuen und problematischen Begriff der postnationalen *Weltinnenpolitik*³⁵⁴. Ausgelöst wurde die kontrovers geführte Diskussion über Legitimität und Rechtmäßigkeit von militärischen Eingriffen in souveräne Staaten durch die ohne UN Mandat erfolgte militärische Intervention gegen Jugoslawien. Im September 2005 hat der UN-Gipfel die Übernahme der wichtigsten Neuerungen in das Regelwerk der multilateralen Beziehungen beschlossen. So werden systematische Verletzungen der Menschenrechte durch souveräne Regierungen von der Staatengemeinschaft nicht mehr akzeptiert. Mit der Gründung des ICTY wurde daraus die institutionelle Konsequenz geschaffen.³⁵⁵

³⁵¹ vgl. ebd., S.7ff.

³⁵² vgl. ebd., S.8ff.

³⁵³ Petritsch, 2009, S.239.

³⁵⁴ ebd., S.239.

³⁵⁵ Petritsch, 2009, S.239ff.

Als zweiten Punkt der die Lösung der Statusfrage problematisch gestaltet, nennt Petritsch (2009) die schwierige realpolitische Situation in Kosovo und in der gesamten Region westlicher Balkan. Die unterschiedlichen Positionierungen der Konfliktparteien tragen zu einer Konsenslösung nicht gerade positiv bei. Petritsch merkt in seiner Studie zudem mit Nachdruck an, dass die Kosovofrage nicht isoliert betrachtet werden darf, sie sollte in einer gesamtregionalen Strategie eingebunden werden.³⁵⁶ Gerade weil die Konfliktherde eine strukturelle Ähnlichkeit aufweisen, könnte eine umfassende Strategie Antworten und Zukunftsmöglichkeiten hervorbringen.³⁵⁷ Mittlerweile formierten sich im Kosovo parlamentarische Organe. Aus der Parlamentswahl 2007, die von Serben boykottiert wurde, ging die Demokratische Partei (PDK) des ehemaligen UCK-Führers Hashim Thaci als stärkste Kraft hervor. Seine Partei erreichte 34,3% der Stimmen gefolgt von der Demokratischen Liga (LDK) mit 22,6%. Bei den Jüngsten Wahlen von 2010 konnte die PDK an ihre Ergebnisse von 2007 anknüpfen und erreichte 33,5% die LDK 23,6%. Die PDK ging 2010 eine Koalition mit der Neuen Kosovo Allianz (AKR) ein, die als liberal gilt, Premierminister wurde Hashim Thaci.³⁵⁸

5.4 Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

Die Idee einer Internationalen Strafgerichtsbarkeit geht bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück, damals hat der Schweizer Gustave Moynier unter dem Eindruck der im preußisch-französischen Krieg von 1870/71 begangenen Gräueltaten den ersten förmlichen Antrag zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs vorgeschlagen.³⁵⁹ Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ist ein internationales Gericht zur Verfolgung von Personen, die für die seit 1991 begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im ehemaligen Jugoslawien verantwortlich sind.³⁶⁰ Das Gericht ist aufgerufen, ausschließlich

³⁵⁶ vgl. ebd., S.240.

³⁵⁷ vgl. ebd., S.240.

³⁵⁸ vgl. Parties and Elections, online unter: <http://www.parties-and-elections.de/kosovo.html>, (Stand 07.01.2011).

³⁵⁹ vgl. Hummer, Waldemar/Mayr-Singer, Jelka (2006): Internationale Strafgerichtsbarkeit, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S.225-233, hier S.225.

³⁶⁰ vgl. ebd., S.226.

Einzelpersonen, nicht aber Staaten oder Organisationen, wegen schwerer Verletzung des humanitären Völkerrechts zu verfolgen.³⁶¹

Der Struktur des Gerichts folgen zwei Strafkammern mit je drei Richtern und einer Berufungskammer aus fünf Richtern sowie einer unabhängigen Anklagebehörde. Als Strafmaßnahme ist ausschließlich Haft, nicht aber die Todesstrafe vorgesehen, erste erwähnte ist in Strafanstalten der Mitglieder der Vereinten Nationen zu verbüßen. Das Gericht finanziert sich aus dem Haushalt der Vereinten Nationen. Am 15. November 1993 trat das Gericht an seinem Sitz in Den Haag zu seiner ersten Sitzung zusammen.³⁶²

Die Kriegsverbrecherfrage belastet die Beziehung der EU und Serbien sehr. Die vollständige Kooperation mit dem ICTY ist absolute Bedingung für Serbiens Integration in die EU. Damals hieß es, erst wenn General Mladic, der für den Genozid an Srebrenica verantwortlich ist ausgeliefert würde, dann erst könnte das SAA erfolgreich zu einem Abschluss gebracht werden. Djindjic hatte Milosevic noch in einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ am 29. Juni 2001 ausgeliefert, gegen den am 12. 02. 2002 Anklage erhoben wurde, unter Ministerpräsident Kostunica verlief die Kooperation eher schleppend. Die EU suspendierte die SAA Gespräche im Jahr 2006, postwendend „überredete“ die serbische Regierung 10 mutmaßliche Kriegsverbrecher dazu, sich „freiwillig“ nach Den Haag ausliefern zu lassen.³⁶³ Das wirft natürlich die Frage auf, warum sich diese 10 mutmaßlichen Kriegsverbrecher in Den Haag „freiwillig“ verantworteten? Zum einen wurden die Medien von einer „Sie-opfern-sich-für-Serbien“ Rhetorik³⁶⁴ dominiert, zum anderen wurden die Familien von der Regierung mit Finanztransfers erkaufte. Die Antwort von der EU war eine Wiederaufnahme der Gespräche, zudem unterstützte die EU die pro-europäischen Kräfte, also Boris Tadic während den Präsidents- und Parlamentswahlkämpfen 2007/08³⁶⁵. Die EU verzichtete

³⁶¹ vgl. United Nations (1993): Schaffung des Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, Resolution 827 (1993), online unter: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_93/sr827.html, (Stand 18.01.2011).

³⁶² Oellers-Frahm, Karin (1994): Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 54, S.416-445, hier S.416-419.

³⁶³ vgl. Stahl, Bernhard (2008): Serbiens Geisterfahrt nach Europa, online unter: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2008-3/07_a_stahl_d.pdf. (Stand 03.01.2011), hier S.77.

³⁶⁴ ebd., S.79.

³⁶⁵ vgl. ebd., S.79ff.

dafür sogar auf die Forderung nach der Auslieferung Mladic. Im Juli 2008 wurde dann der Kriegsverbrecher Radovan Karadzic überraschend festgenommen. Spekuliert wird mit einem Zusammenhang des Wahlsieges von Boris Tadic und seiner DOS und der Beitrittsperspektive des Landes.³⁶⁶

Seit einigen Jahren, besonders aber seit dem Wahlsieg der pro-europäischen Kräfte 2008 gibt es Fortschritte und Bemühungen in der Kooperation zwischen Serbien und dem ICTY. Am 23.02.2010 führten die serbischen Behörden eine Hausdurchsuchung in der Wohnung von Ratko Mladic's Frau durch. Die Regierung von Serbien startete im März 2010 mit der Archivierung der Dokumente, die bei der Durchsuchung beschlagnahmt wurden. Die Dokumente enthalten sehr wertvolle Informationen, die als Beweismittel in einer Reihe von Fällen vorgelegt werden können. Oberste Priorität soll laut UN-Generalversammlung die Festnahme der noch beiden Flüchtigen Ratko Mladic und Goran Hadzic. Genau an diesem Punkt zeigt sich die Kritik der Vereinten Nationen.³⁶⁷

„The most critical outstanding aspect of Serbia's assistance to the Office of the Prosecutor remains the apprehension of the two fugitives.“³⁶⁸

Am 14.06.2010 äußerte die Staatsanwaltschaft diese Bedenken bei dem Council of Foreign Affairs of the European Union (FAC). Wichtigster Punkt ist hierbei, dass die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, im Besonderen der EU, in der Sicherung der Zusammenarbeit der Staaten mit dem ICTY auch in Zukunft unerlässlich ist.³⁶⁹ Aktuelle Meinungsumfragen zeigen, dass innerhalb der Bevölkerung in Serbien noch immer große Unstimmigkeit bezüglich der Wichtigkeit des ICTY herrscht. 2010 fanden es nur 26,6% der Bevölkerung für sehr wichtig die mutmaßlichen Kriegsverbrecher an das Gericht auszuliefern.³⁷⁰ Das hat wahrscheinlich mit der Tatsache zu tun, dass das EU-skeptische Lager, welches die Vergangenheit auf das ehemalige Jugoslawien bezieht, bis heute in Serbien größtenteils positiv gesehen wird. Wenn man mit der Brille dieses Lagers sieht, erscheint die die Zukunft in der EU als

³⁶⁶ vgl. Riegler, 2008, S.9.

³⁶⁷ vgl. UN-Generalversammlung (2010): 17. Report of the International Tribunal for the former Yugoslavia, A/65/205-S/2010/413, S.17.

³⁶⁸ ebd., S.17.

³⁶⁹ vgl. ebd., S.17.

³⁷⁰ vgl. Meinungsumfragen in Gallup Balkan Monitor, ICTY, 2010, online unter: <http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard> (Stand 06.01.2011).

widersprüchlich³⁷¹, vor allem aufgrund des „bevormundenden und „unrechtmäßigen“ („verbrecherischen“) ICTY.“³⁷²

³⁷¹ vgl. Nadjivan, 2006a, S.174.

³⁷² ebd., S.174.

6 Schlussfolgerungen

In dieser Diplomarbeit wurde der Versuch unternommen, Grundsätze europäischer externer Demokratieförderung zu diskutieren, Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung zu beleuchten, Strategien der EU in den Kontext der externen Demokratieförderung einzuordnen und eine Zwischenbilanz (inklusive Problemen und Herausforderungen die sich in Serbien erkennen lassen) sowie weitere Perspektiven für die Region westlicher Balkan und speziell für die Republik Serbien herauszuarbeiten. Die EU-Politik kann seit dem Vertrag von Maastricht als eine zivilmachtsorientierte Außen- und Sicherheitspolitik beschrieben werden, auf Grundlage den Überlegungen von Duchene (1973) wird diese Politik davon bestimmt, wie sich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten international fördern lassen. Die europäische Perspektive für die Region, welche am Gipfel von Thessaloniki 2003 bestätigt wurde, gilt als wichtigstes Kriterium für die Entwicklung der gesamten Region des westlichen Balkans und damit in weiterer Folge auch für die Stabilität in Europa. Der Beitritt der betreffenden Staaten ist daher auch das nächste strategische Erweiterungsziel der EU.

Es wurde aufgezeigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten durchaus mit neuen Herausforderungen konfrontiert sind, die EU muss ihre Auswahl neuer Strategien, Instrumente und Erfolgskriterien in der Region an ein verändertes internationales Umfeld anpassen um einen Legitimationsverlust als Demokratieförderer entgegen zu wirken. Die EU steht in der Region westlicher Balkan vor allem vor der Herausforderung, die Effizienz externer Demokratieförderung in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens durch ein lukratives System von Belohnungen und Gegenleistungen zu erhöhen.³⁷³ Für dieses Vorhaben greift die EU auf ein umfangreiches Instrumentarium zurück. Die Stabilisierung- und Assoziierungspolitik hat sich als wirkungsvolles Mittel erwiesen, die von Krisen und gewalttätigen Konflikten betroffenen Gebiete zu stabilisieren.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind nun mehr als ein Jahrzehnt vorbei. Im Vordergrund standen in der Region Konflikte, die sich entlang der Aufteilung des ehemaligen Jugoslawiens entwickelten. Sie lösten sich in Form der Autonomie der

³⁷³ Smolnik, 2008 spricht in ihrer Studie diesen Aspekt immer wieder an.

ehemaligen Teilrepubliken.³⁷⁴ Mittels internationaler Anerkennung und zwischenstaatlichen Friedensverträgen sind alle Souveränitätsfragen einschließlich der des Kosovo geklärt. Jedoch bleiben die früheren Republikgrenzen überschreitenden Konfliktpotenziale weitgehend bestehen. Der äußere Einfluss auf diese Konflikte und die politische Entwicklung der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens war vor allem durch internationale Akteure bestimmt. Henriette Riegler betonte in einem am Österreichischen Institut für Internationale Politik am 18.02.2010 gehaltenen Vortrag über Vergangenheit und Zukunft des westlichen Balkan, dass

„die Internationalisierung der Konflikte und die Internationalisierung der Nachkriegsordnung und des Nachkriegswiederaufbaus ein bezeichnender Faktor in der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung der Nachfolgestaaten“³⁷⁵ ist.

Die Region bewegt sich in Richtung NATO-Integration. Die neutralistische Einstellung Serbiens und der Republica Srpska bildet aber ein Problem für eine weitere NATO-Integration.³⁷⁶ Die Annäherung an die EU kann man als regionalen Trend bezeichnen, die auch jene Staaten umfasst, die der NATO misstrauisch bis ablehnend gegenüberstehen. Das ist wohl dem soft power Approach der EU zu verdanken, der die Interessen der inneren Akteure zu beeinflussen vermag und sich als externen Akteur als Vorbild präsentiert und so seine Ideen und Werte als begehrenswert erscheinen lässt.³⁷⁷ Die endgültige Auslieferung aller Kriegsverbrecher und die Kosovofrage beeinflussen die politische Transformation und Demokratisierung Serbiens erheblich. Möchte Serbien einen EU-Beitritt realisieren, darf die Kosovofrage nicht zur Mobilisierung der serbischen Innenpolitik missbraucht werden. Riegler empfiehlt eine weniger ideologische Haltung gegenüber dem Kosovo.³⁷⁸

Die eingangs aufgestellte Hypothese, dass die nationale Politik in Serbien stark von der EU beeinflusst wird konnte bestätigt werden. Wenn man die Situation von einer inneren

³⁷⁴ vgl. Riegler, 2008, S.8ff.

³⁷⁵ Vortrag am 18.02.2010, Dr. Henriette Riegler: Vergangenheit und Zukunft des westlichen Balkan, Österreichisches Institut für Internationale Politik, 1040 Wien, Operngasse 20b.

³⁷⁶ vgl. Riegler, 2008, S.37ff.

³⁷⁷ Vortrag Riegler, 2010.

³⁷⁸ vgl. Riegler, 2008, S.20.

Perspektive betrachtet, lässt sich ein bisher wenig beachtetes Problem erkennen.³⁷⁹ Ausgehend von der Annahme, dass im *Westen* der Balkan negative Assoziationen auslöst, wodurch in den Debatten bloß von Problemen und Herausforderungen die Rede ist (was auch dazu führte, dass die Bevölkerung erst seit dem 01.01.2010 ohne Visum in die EU einreisen darf), verwundert es nicht, dass die EU den inneren Akteuren nicht als neutral genug erscheint. Vielmehr vermittelt sie den Eindruck einem fremdgesteuerten Automatismus ausgeliefert zu sein.³⁸⁰ Das wird nicht zuletzt durch die gegensätzlichen Wertordnungen (innerstaatliche Wertordnung/europäische-westliche Standards) erzeugt: Auf der einen Seite steht die EU mit ihren Wertvorstellungen, auf der anderen Seite das Land Serbien, das eigene Wertvorstellungen mitbringt. Unter diesen Voraussetzungen erscheint die externe Demokratieförderung wie der Versuch, einem anderen Land seine eigene Wertordnung überzustülpen.

Als zentrales Merkmal einer erfolgreichen externen Demokratieförderung muss ein adäquater Zeitrahmen gesehen werden. Eine innere gesellschaftliche Reifung ist Voraussetzung für eine nachhaltige Demokratisierung.³⁸¹ Die EU hat gerade unter diesem Blickwinkel mittels des SAP eine Strategie entwickelt, die es ermöglicht, die einzelnen Länder schrittweise und individuell an den Beitritt heranzuführen.

Eine weitere Herausforderung der externen Demokratieförderung besteht in der Nachhaltigkeit. In der Arbeit wurde bereits darauf hingewiesen, dass Förderungsmaßnahmen ein Hindernis darstellen könnten, weil dadurch eine gewisse Abhängigkeit in den Zielländern produziert wird,³⁸² das Fehlen finanzieller Selbstständigkeit ist also auch ein Problem fehlender Nachhaltigkeit.³⁸³

Demokratie am Balkan wird gewünscht. Die Mitgliedstaaten der EU würden ihre eigene Wertordnung gerne expandieren. So versucht auch die EU ihren eigenen Systemtyp im internationalen Umfeld einzuführen um besser zusammenarbeiten zu können.³⁸⁴ Das „unter Druck setzen“ einer Regierung in einem Drittland kann als generelles Problem

³⁷⁹ vgl. Segert/Dzihic, 2009, S.64.

³⁸⁰ vgl. Bredies, 2009, S.14.

³⁸¹ vgl. Gawrich/Lapins, 2006, S.28.

³⁸² vgl. Bredies, 2009, S.14.

³⁸³ vgl. Gawrich/Lapins, 2006, S.30.

³⁸⁴ vgl. Sandschneider, 2003, S.17.

externer Demokratisierung bezeichnet werden. Wie in dieser Arbeit näher ausgeführt, kann die Regierung in der Bevölkerung leicht als „Marionette des Westens“ angesehen werden. Dadurch erfährt sie einen Legitimitätsverlust.³⁸⁵

Als ein Zeichen für die bestehenden Probleme der externen Demokratieförderung gegenüber Serbien kann betrachtet werden, dass sowohl bei den politischen Akteuren als auch innerhalb der Bevölkerung die internationalen Demokratieförderer zum Teil als arrogant erscheinen. Dazu kommt in Serbien die - in der Arbeit öfters angesprochene - Ablehnung des *Westens*.

Die Grenzen externer Demokratieförderung werden in der wissenschaftlichen Literatur vor allem in den letzten Jahren umfangreicher diskutiert. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die fehlende Angemessenheit von Strategien, Defizite in der Implementierung sowie Probleme die sich aus Fördermaßnahmen ergeben, v.a. die Gefahr einer vertieften Abhängigkeit der Zielländer von den Förderländern. Was speziell den in der Arbeit relevanten geografischen Raum betrifft, merken Segert/Dzihic an, dass dieser eher ein „weißer Fleck auf der Landkarte der Demokratisierungsforschung“³⁸⁶ geblieben ist, dieses Problem ergibt sich in Südosteuropa zum einen, weil die Region im Hinblick auf die Demokratisierung verschiedene Stadien aufweist, von den Kriegen der 1990er Jahre geprägt ist und eine einseitige Sichtweise auf die Chancen externer Demokratisierung herrscht.³⁸⁷

In Serbien zeigen sich die Grenzen externer Demokratisierung vor allem in den serbischen Wahlkämpfen. Die EU versucht der gespaltenen Gesellschaft zu zeigen, dass ihre Zukunft in der EU liegt und beschleunigt im Vorfeld der Wahlen den Prozess (Vgl. den Abschluss des SAA). Sie bezieht keine neutrale Stellung, sondern setzt sich für einen Wahlsieg der so genannten pro-europäischen Kräfte ein. Die Unterzeichnung des SAA kurz vor den serbischen Parlamentschaftswahlen 2008 ist als „temporäre Lockerung der mit Mladic verbundenen Kondition und damit als Politisierung der Konditionalitätspolitik zu verstehen“.³⁸⁸ Diese Tatsache veranschaulicht die

³⁸⁵ vgl. Reiber, 2009, S.228.

³⁸⁶ ebd., S.49.

³⁸⁷ vgl. ebd., S.49ff.

³⁸⁸ Haas, 2009, S.4.

Möglichkeiten und Grenzen einer kurzfristig orientierten Konditionalitätspolitik in einer hoch polarisierten Gesellschaft.³⁸⁹

Die zweite Hypothese, dass bei der Förderung von Demokratie in Serbien politische Stabilität ein Schlüsselfaktor ist und daher die Sicherheitsinteressen der EU aufgrund der geografischen Nähe zum betrachteten Land eine besondere Rolle spielen, konnte ebenfalls verifiziert werden. Begründet darin, dass externe Demokratieförderung nicht ausschließlich normativ sein kann, wirken u.a. auch sicherheitspolitische Interessen bei den Geberländern mit ein. Wie an früherer Stelle erwähnt, ist die Politik der EU auf dem westlichen Balkan stark an Stabilität gebunden, welche ihren Ausdruck im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess findet. Ausgehend von Sandschneiders These, dass die Hauptbedrohung der Sicherheit von Demokratien von nicht-demokratischen Staaten ausgeht,³⁹⁰ ergibt sich die Schlussfolgerung dass die Instabilität der gesamten Region im hohen Maße zu Sicherheitsbedenken führt. Das Interesse der EU ihre eigenen Grundsätze im internationalen Umfeld umzusetzen mit dem Ziel, diese Staaten zu kontrollieren, ist wie in der Arbeit besprochen, stark an geopolitische Faktoren geknüpft. Allerdings geht es außer um die klassischen Bedrohungsmustern, besonders um indirekten Sicherheitsgefährdungen welche sich aus dem durch Drogenschmuggel, Waffenproliferation oder staatlichen Terrorismus ergeben.³⁹¹

Die EU, deren politische Macht als Zivilmacht beschrieben wurde, welche sich also auf die Möglichkeit der Machtausübung mittels „weicher“ Macht konzentriert, versucht in ihrem näheren Umfeld kooperationsfreudige demokratische Staaten zu bekommen. Nach Mansfield/Snyder³⁹² sind demokratische Systeme friedensfähiger als andere Systemtypen. Noch nicht konsolidierte Demokratien bedürfen der speziellen Förderung durch demokratische Systeme. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die EU ein äußerst umfassendes Modell von Demokratie fördert, welches weit über das Minimalkonzept einer Wahldemokratie hinausgeht und v.a. Rechtsstaatlichkeit einschließt. Es resultiert aus den in den Kopenhagener Kriterien definierten Anforderungen an die Länder die sich um einen Beitritt zur EU bemühen. Beim

³⁸⁹ vgl. Anastasakis, 2008, S.365-377.

³⁹⁰ vgl. Sandschneider, 2003, S.17ff.

³⁹¹ vgl. Sandschneider, 2003, S.21ff.

³⁹² Mansfield/Snyder, 1995, S. 79-97.

Westbalkan kommen die Prioritäten dazu, die sich aus dem Wiederaufbau nach Bürgerkriegen ergeben.

Die dritte Hypothese, dass die Maßnahmen der EU erst nach dem Regimewechsel in Serbien im Jahr 2000 ihre Wirkung entfalten konnten, als die Demokratische Opposition Serbiens (DOS) Akteure an die Macht brachte, die bereit waren sich für eine europäische Integration und dazu gehörige Reformen einzusetzen konnte in dieser Arbeit bestätigt werden. Darin bestätigt sich die Annahme, dass der Demokratisierungsprozess v.a. von den innenpolitischen Akteuren getragen werden muss. Die EU als externer Demokratieförderer stößt an ihre Grenzen, wenn die innenpolitischen Akteure sich nicht für eine Durchführung von Reformen einsetzen, oder diese sogar verweigern. Nachdem das gesamte Gebiet der früheren SFRJ seit 1991 unterschiedliche Prozesse der Nations- und Staatenbildung durchlaufen hat, konnte die EU erst nach dem "Regimewechsel"³⁹³ die Beziehungen zur BRJ verbessern.

Die Jahre 1999/2000 leiteten innerhalb der Region eine politische Wende ein. Die Parlamentswahlen im Dezember 2000 brachten Zoran Djindjic als neuen Premierminister heraus, dieser sollte mit einer pro-westliche Entwicklung für verbesserte Rahmenbedingungen sorgen. Die EU konnte ihre Strategien zur Demokratieförderung in Serbien erst ab 1999/2000 forcieren, als in Serbien 2000 eine neue Regierung ins Amt gewählt wurde, die selbst bereit war demokratische Reformen durchzuführen. Allerdings wurde Serbien 2003, als der Premierminister Zorn Djindjic durch seine eigenen Sicherheitskräfte getötet wurde, kurzfristig destabilisiert.

Die Instrumente mit denen die EU in der Region westlicher Balkan arbeitet, entsprachen den allgemeinen Erfahrungen in ganz Osteuropa, wurden aber an die speziellen Entwicklungen in der Region angepasst. Politische Konditionalität wurde zu einem Schlüsselwort innerhalb jener Strategie. Mit dem Instrument politischer Konditionalität werden Leistungen des Geberstaates an die Erfüllung bestimmter Bedingungen durch den Empfänger geknüpft. Leistungen werden entweder von der EU "belohnt" oder aber nicht erbrachte Leistungen sanktioniert.

³⁹³ Nadjivan, 2006a, S.159.

Die vierte Arbeitshypothese, dass die greifbare Chance einer Beitrittsperspektive sich als wirksamstes Instrument für die Verwirklichung der Strategie der EU zur Demokratieförderung zeigt, konnte teilweise bestätigt werden. Es konnte festgestellt werden, dass der Beitritt zur EU der größte Ansporn zur Einführung demokratischer Verfahren und Normen ist. Vielleicht greift die anreizbasierte Politik der EU jedoch zu kurz, zwar ist eine reelle Beitrittsperspektive ein essentielles Instrument der EU, um die Entwicklung und den Fortschritt in Drittstaaten zu fördern. Ob es wirklich ausreicht um nationale Akteure für eine europakonforme Politik zu gewinnen, konnte in dieser Arbeit nicht vollständig bestätigt werden. Wenn sich nationale Akteure von einem Machtverlust im eigenen Land bedroht fühlen, weil die Umsetzungen von EU Forderungen diese Gefahr heraufbeschwört, erscheinen diese politischen Kosten für die innerstaatlichen Akteure als zu hoch.³⁹⁴ Zudem fühlt sich die Bevölkerung durch für sie unrechtmäßige Handlungen von der EU (Auslieferung der Kriegsverbrecher) bedroht. Vor allem der ICTY genießt bei den politischen Eliten und der Bevölkerung in Serbien kein hohes Ansehen. So gespalten wie die Bevölkerung in Serbien ist, ist natürlich auch die Meinung über das Gericht. Nach Meinungsumfragen³⁹⁵ meinen nur 19% der Serben, dass das Gericht zur Versöhnung und der Stärkung des Friedens beiträgt, ein viel höherer Prozentsatz, nämlich 54% ist der Meinung, dass dieses Gericht mit seinem Handeln nicht dem Interesse der Region dient und zudem Konflikte der Vergangenheit lebendig hält.

Jedoch an dieser Stelle ebenfalls zu erwähnen ist die Tatsache, dass diese kritische Sicht über das Gericht, die Serben nicht davon abhält, der EU ein weit positiveres Zeugnis auszusprechen. Nach aktuellen Umfragen sprechen sich 60% der Bevölkerung für einen Beitritt Serbiens in die EU aus. Bei jungen Menschen und Akademiker ist dieser Zuspruch sogar noch höher, nämlich 78%.³⁹⁶

Die EU hat für den westlichen Balkan die Konditionalitätspolitik im Rahmen des SAP zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Einflussnahme gemacht.³⁹⁷ Die umfassende Kooperation mit dem ICTY, die Forderung nach bedingungsloser Auslieferung

³⁹⁴ vgl. Schimmelfennig, 2008, S.918.

³⁹⁵ vgl. Gallup Balkan Monitor (2009): Focus On: EU Perceptions, online unter: http://www.balkan-monitor.eu/files/Gallup_Balkan_Monitor-Focus_On_EU_Perceptions.pdf, (Stand 07.01.2011) S.9.

³⁹⁶ vgl. ebd., S.2.

³⁹⁷ vgl. Pridham, Geoffrey (2007): Change and Continuity in the European Union's Political Conditionality. Aims, approach and Priorities, in: Democratization Nr. 14, 3, S.446-471.

mutmaßlicher Kriegsverbrecher, bekam in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert im Auflagenkatalog der EU, resultierend aus der Tatsache, dass Mladic und Hadzic noch immer flüchtig sind.

In Serbien zeigt sich weiterhin, dass externe Demokratieförderung und kurzfristig-orientierte Aktionen von Erfolg geprägt sind. So hat die EU im Wahlkampf 2008 für das pro-europäische Lager Stellung bezogen und somit einen Wahlsieg der national-konservativen verhindert, jedoch zeigen wissenschaftliche Analysen, dass externer Demokratisierung in der gesamten Region Grenzen gesetzt sind.³⁹⁸ Ein positiver Ansatzpunkt um die Hürden zu überwinden, war die Visafreiheit für Serben, Montenegriner und Mazedonier ab 01.01.2010 in die Schengen-Staaten. Jetzt ist es auch für die Menschen in Serbien greifbar, die Vielfalt Europas aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

³⁹⁸ vgl. Richter, Solveig/Freyburg, Tina (2008): National Identity Matters. The Limited Impact of EU Political Conditionality in the Western Balkans, National Centre of Competence in Research (NCCR), WP Nr. 19, online unter: <http://www.nccr-democracy.uzh.ch/publications/workingpaper/pdf/WP19.pdf>, (Stand 07.01.2011).

7 Bibliographie

7.1 Dokumente

Assembly Republic of Kosovo (2008): Declaration of Independence, online unter: <http://www.assembly-kosova.org/?cid=2,128,1635> (Stand 04.01.2011).

Europäischen Gemeinschaften (2000): Verordnung (EG) Nr. 2666/2000 des Rates, Art. 5, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:306:0001:0006:DE:PDF> (Stand 12.12.2010).

Europäische Kommission (1999): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 26. Mai 1999 über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Südosteuropas, KOM (1999) 235 endgültig.

Europäische Kommission (2002): Bericht der Kommission, der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa, erster Jahresbericht, KOM (2002) 163 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2002:0163:FIN:DE:PDF> (Stand 20.09.2010).

Europäische Kommission (2003): Gipfelerklärung von Thessaloniki vom 21. Juni 2003, 10229/03 (Presse 163), online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm, (Stand 12.09.2010).

Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission, die Erweiterungspolitik der EU, KOM (2005) 561 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0561:FIN:DE:PDF>, (Stand 27.09.10).

Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission, Strategiepapier zur Erweiterung, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/croatia/relation/index_de.htm, (Stand 27.09.2010).

Europäische Kommission (2007): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament und an den Rat, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2007-2008, KOM (2007) 663 endgültig, online unter: <http://ec.europa.eu/>

enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/
strategy_paper_de.pdf, (Stand 03.10.2010).

Europäische Kommission (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009-2010, KOM (2009) 533 endgültig, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0533:FIN:DE:PDF> (Stand 11.6.2010).

Thessaloniki Agenda (2003): The Thessaloniki agenda for the Western Balkans vom 16. Juni 2003 Western Balkans - Council Conclusions, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_agenda_en.htm (Stand 27.06.2010).

UN-Generalversammlung (2010): 17. Report of the International Tribunal for the former Yugoslavia, A/65/205-S/2010/413, online unter: <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/{65BF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9}/ICTY%20S%202010%20413.pdf> (Stand 07.01.2011).

United Nations (1993): Schaffung des Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, Resolution 827 (1993), online unter: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_93/sr827.html, (Stand 18.01.2011).

Vertrag über die Europäische Union (1992): in: Amtsblatt Nr. C 191, 29.7.1992, online unter: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html#0001000001>(Stand 07.01.2011).

Vertrag von Nizza (2001): in: Amtsblatt C 80, 10.03.2001, online unter: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/pdf/12001C_DE.pdf (Stand 07.01.2011).

7.2 Wissenschaftliche Publikationen und Qualifikationsarbeiten

Altmann, Franz-Lothar (2005): EU und westlicher Balkan - Von Dayton nach Brüssel. Ein allzu langer Weg? in: SWP-Studie, 01-2005.

Altmann, Franz-Lothar (2007): Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU, in: SWP-Studie 01-2007.

- Altmann, Franz-Lothar (2009): Auch der westliche Balkan ist Europa, in: Politische Studien, Themenheft 2009-1: Europa - Perspektiven ohne Grenzen, S.95-103.
- Anastasakis, Othon/Bechev, Dimitar (2003): EU Conditionality in South East Europe. Bringing Commitment to the Process, European Studies Centre, Oxford, online unter: <http://www.cespi.it/stocchiero/dossierBalcani/conditionality.pdf>, (Stand 07.01.2011).
- Anastasakis, Othon (2008): The EU's Political Conditionality in the Western Balkans. Towards a more Pragmatic Approach, in: Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 8, S.365-377.
- Basile, Linda (2009): Competitiveness, Cooperation or Complementarity? American and European Roles in Democracy Promotion, in: Jean Monnet Working Papers in Comparative and International Politics, Nr. 66.
- Beichelt, Timm/Schimmelfennig, Frank (2010): Vom postsozialistischen Transformationsoptimismus zur politischen Realität. Die Grenzen des Demokratieexports in Osteuropa und dem Kaukasus, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Import/Export Demokratie. 20 Jahre Demokratieförderung in Ost-, Südosteuropa und dem Kaukasus.
- Bertelsmann-Stiftung (2004) (Hg.): Bertelsmann Transformations Index. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie, Verl. Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (2008): BTI 2008, Serbien, online unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-422AE747-B02882B7/bst/BTI%202008%20Serbien.pdf>, (Stand 18.01.2011).
- Bertelsmann Stiftung (2010): Serbia Country Report, online unter: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/ECSE/Serbia.pdf (Stand 18.01.2011).
- Bertelsmann Stiftung (2010): Ranking. Status Index, online unter: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/ranking/status-index/>, (Stand 18.01.2011).
- Beyme, Klaus von (1994a): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/Main, Suhrkamp Verl.

- Bieber, Florian (2008): Serbien zwischen Europa und Kosovo. Politische Entwicklungen seit der Unabhängigkeitserklärung, in: Südosteuropa Mitteilungen, 03/2008 S.318-335.
- Boeckh, Katrin (2009): Serbien und Montenegro, Regensburg, S.180-236.
- Bredies, Ingmar (2009): Leistungen und Grenzen westlicher Demokratieförderung in Osteuropa, in: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (sofid), Osteuropaforschung 2/09, S.9-20.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Das Tribunal kann nur ein Anfang sein. Interview mit Hans-Christian Schmid, in: Das Parlament Nr. 46, online unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/46/Themenausgabe/27772820.html> (Stand 18.01.2011).
- Burnell, Peter (2005): Political Strategies of External Support for Democratization, in: Foreign Policy Analysis Nr.1/3, S.361-384.
- Calic, Marie-Janine (2004): Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Prüfstand. Empfehlungen für die Weiterentwicklung europäischer Balkanpolitik, in: SWP-Studie, 4/2004.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm, in: Journal of Democracy Nr. 13, S.5-20.
- Collier, David/Levitsky, Steven (1997): Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics Vol. 49, Nr. 3, S.430-451.
- Cuculic, Judita (2002): The Role of the State in Nominal Convergence with the EU, in: WIIW Balkan Observatory, Wien, online unter: <http://www.wiiw.ac.at/balkan/files/Cuculic.pdf> (Stand 23.10.2010).
- Dachs, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28, Wien, S.22-30.
- Dahl, Robert A. (1998): On Democracy, New Haven/London.
- Despot, Andrea (2010): Der Balkan ist Teil des europäischen Projekts, in: bpb: die Erweiterung der Europäischen Union, online unter: http://www.bpb.de/themen/9MYKQQ,0,Der_Balkan_ist_Teil_des_europaeischen_Projekts.html (Stand 10.06.2010).

- Diamond, Larry (1996a): Is the third wave over? in: Journal of Democracy, Vol. 7, Nr. 3, S.20-37.
- Diamond, Larry (1996b): Promoting Democracy in the 1990s. Actors, Instruments, Issues and Imperatives. A Report to the Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict, New York.
- Dimitrova, Larry/Pridham, Geoffrey (2004): International Actors and Democracy Promotion in Central and Eastern Europe. The Integration Model and its Limits, in: Democratization, Vol. 11, 5/2004, S.91-112, zit. in Kneuer (2009), S.18.
- Duchene, Francois (1973): Die Rolle Europas im Weltsystem. Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz, in: Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang (Hg.): Zivilmacht Europa - Supermacht oder Partner? Frankfurt/Main, S.11-35.
- Dzihic, Vedran (2006): Bosnien-Herzegowina, in: Dzihic, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paic, Hrovje/Stachowitsch Saskia (Hg.): Europa - verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien, Braumüller, S.88-94.
- Dzihic, Vedran (2010): Balkonoropa. Von Projektionsflächen, diskursiven Machtkämpfen und hegemonialen Verhältnissen, in: Politix, Nr. 28, S.25-27.
- Edmunds, Timothy (2009): Illiberal Resilience in Serbia, in: Journal of Democracy, Vol. 20, Nr. 1, S.128-142.
- Emerson, Michael (2008): Is the League of Democracies a Bad Idea? How Europe should respond, in: Centre for European Policy Studies, Nr. 162, S.1-6.
- Ehrhart, Hans-Georg (1999): Der Stabilitätspakt für Südosteuropa oder Frieden durch Integration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, online unter: <http://www.ifsh.de/dokumente/artikel/stabil.htm>, (Stand 11.04.2010).
- Freise, Matthias (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten, Univ. Münster, Diss.
- Fukuyama, Francis (2004): State Building. Governance and the World Order in 21st Century Cornell University Press, Ithaca/New York.
- Gallup Balkan Monitor (2009): Focus On: EU Perceptions, online unter: (<http://www.balkan-monitor.eu/files/>)

Gallup_Balkan_Monitor-
Focus_On_EU_Perceptions.pdf) (Stand 28.12.2010).

Gallup Balkan Monitor (2010a): International Community & Geopolitics, NATO, online unter: <http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard> (Stand 06.01.2011).

Gallup Balkan Monitor (2010): ICTY, online unter: <http://www.balkan-monitor.eu/index.php/dashboard> (Stand 06.01.2011).

Gawrich, Andrea/Lapis, Wulf (2006): Demokratieförderung als europäische Herausforderung. Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU, in: Friedrich Ebert Stiftung, S.5-34.

Greilinger, Philipp Georg (2009): Kosovo und Serbien. Von der Gemeinsamkeit zur Einsamkeit. Eine Untersuchung der Re-Nationalisierung in Serbien im Lichte der Auseinandersetzungen um Kosovo, Univ. Wien, Dipl. Arbeit.

Grimm, Sonja (2009): Demokratisierung von außen. Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Interventionen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden.

Haas, Christian (2009): EU Politik in Serbien 2008. Möglichkeiten und Grenzen eines beschleunigten Integrationsprozesses, in: SWP-Studie, 02-2009.

Hasenclever, Andreas (2003): Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen, Leske und Budrich S.199-225.

Helmerich, Antje (2008): Der westliche Balkan vor den Toren der Europäischen Union, in: Bos, Ellen/Dieringer, Jürgen (Hg.) (2008): Die Genese einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden, S. 351-373.

Hummer, Waldemar (2006): Der Balkankonflikt, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S.11-37.

Huntington, Samuel P. (1991): Democracy's third Wave, in: Journal of Democracy, Vol. 2, Nr. 2, S.12-34.

Jellinek, Georg (1928): Allgemeine Staatslehre, Berlin.

- John, Franz-Stefan (2010): Die Übernahme von EU-Regeln im Energiebereich durch Serbien in den Jahren 2004-2006. Der Druck von internationalen Akteuren auf die Regierung Kostunica I und der Beitritt zur Energiegemeinschaft, Univ. Wien, Dipl. Arbeit, S.66-80.
- Jünemann, Anette/Knodt, Michele (2007): Introduction. Theorizing EU external Democracy Promotion, in: Jünemann, Anette/Knodt, Michele (Hg.) Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union, Baden-Baden, Nomos.
- Jurekovic Pedrag (2006): Die EU und das Konfliktmanagement auf dem Balkan, S.129-145, online unter: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/eu_km_eu_konfmng_balkan_p_jurekovic.pdf, (Stand 22.05.2010).
- Kellerhals, Andreas (Hg.) (2009): Europa- Visionen und Realität, in: Zürich: Schriftenreihe des Europa Institut an der Universität Zürich, S.47-57.
- Kneuer, Marianne (2009): Externe Faktoren der Demokratisierung - zum Stand der Forschung, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert (2009): Diffusion der Demokratie. Transfer eines erfolgreichen Modells?, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.37-74.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (1995): Democratization and War, in: Foreign Affairs, Vol. 74, Nr. 3, S.79-97.
- Merkel, Wolfgang (2000): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, VS Verl.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (2003): Defekte Demokratie. Band 1, Theorie, Opladen.
- Merkel, Wolfgang (2004a): Embedded and Defective Democracies, in: Democratization, Vol. 11, Nr. 5, S. 33-58.
- Merkel, Wolfgang (2004b) (Hg.): Defekte Demokratie. Band 2, Defekte Demokratien in Osteuropa und Lateinamerika, Opladen.
- Müller, Thomas/Pickel, Susanne (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes, in: Politische Vierteljahresschrift Vol. 48, Nr. 3, S.511-539.

- Mungiu-Pippidi, Alina (2010): Die unvollendeten Revolutionen Südeuropas, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Import/Export Demokratie. 20 Jahre Demokratieförderung in Ost-, Südosteuropa und dem Kaukasus.
- Muno, Wolfgang/Sehring, Jenniver/Thiery, Peter (2009): Wie misst man Recht? Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Rechtsstaatlichkeit, Interdisziplinäre Rechtsforschung: Kongressbeiträge „Wie wirkt Recht“, online unter: http://www.politikwissenschaft.uni-wuerzburg.de/fileadmin/06060200/user_upload/Thiery_Sehring_Muno_GZD4_1.pdf (Stand 12.12.2010).
- Nadjivan, Silvia (2006a): Serbien, in: Dzihic, Vedran/Nadjivan, Silvia/Paic, Hrovje/Stachowitsch, Saskia (Hg.): Europa Verflucht - begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, Wien, Braumüller, S.159-212.
- Nadjiva, Silvia (2006): Wohl geplante Spontaneität. Der Sturz des Milosevic-Regimes als politisch inszenierte Massendemonstration in Serbien, Univ. Wien, Diss.
- Newberg, Paula R./ Carothers, Thomas (1996): Aiding-And Defining-Democracy, in: World Policy Journal, Spring 1996, S.97-108.
- Nye, Joseph (2004): Soft Power. The Means to Success in World Politics Public Affairs, New York.
- Oellers-Frahm, Karin (1994): Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 54, S.416-445.
- Panebianco, Stefania/ Rossi, Rosa (2004): „EU attempts to export norms of good governance to the Mediterranean and Western Balkan countries“, in: Jean Monnet Working Papers 53.
- Peters, Dirk/Wagner, Wolfgang (2005): Die EU in den Internationalen Beziehungen, in: Holzinger, Katharina/Knill, Christoph/Peters, Dirk Rittberger, Berthold/Schimmelfennig, Frank/Wagner, Wolfgang (2005): (Hg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte, Ferdinand Schöningh Verl.

- Petritsch, Wolfgang/Solioz, Christophe (2008) (Hg.): Zielpunkt Europa. Von den Schluchten des Balkan und den Mühlen der Ebene, Wieser Verl.
- Petritsch, Wolfgang (2008): Der Balkan als europäische Herausforderung. Referat anlässlich seines Besuches am Europa Institut an der Universität Zürich, online unter: http://www.ceis-eu.org/wp/books/doc/2009_zurich.pdf, (Stand 07.01.2011).
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pridham, Geoffrey (2007): Change and Continuit in the European Union's Political Conditionality. Aims, Approach and Priorities, in: Democratization Nr. 14, 3, S.446-471.
- Reiber, Tatjana (2009): Instrumente der Demokratisierung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.213-233.
- Richter, Solveig/Freyburg, Tina (2008): National Identity Matters. The Limited Impact of EU Political Conditionality in the Western Balkans, National Centre of Competence in Research (NCCR), WP Nr. 19, online unter: <http://www.nccr-democracy.uzh.ch/publications/workingpaper/pdf/WP19.pdf>, (Stand 07.01.2011).
- Richter, Solveig (2009): Wirkungsmechanismen politischer Konditionalität in den Demokratisierungsprozessen in Osteuropa, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung, Baden-Baden, S.147-167.
- Riegler, Henriette (2008): Un/Sicherheit und In/Stabilität des „Westlichen Balkan“, in: Oiip-Arbeitspapier 59.
- Roth, Klaus (2006): Europäisierung. Zur Problematik eines Begriffs, in: Schubert, Helga (Hg.): Europäisierung - Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs, forost Arbeitspapier Nr. 38, S.7-10.
- Sandschneider, Eberhard (1997): Demokratieförderung von außen, in: Internationale Politik Nr. 5, S.11-18.
- Sandschneider, Eberhard (2003): Externe Demokratisierung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von

Transformationsprozessen. Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung, online unter: http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf, (Stand 23.10.2010).

- Schimmelfennig, Frank (2008): EU Political Accession Conditionality after the 2004 Enlargement, Consistency and Effectiveness, in: Journal of European Public Policy, 5 (6), S.918-937.
- Schmidt, Manfred G. (2006): Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden Verlag für Sozialwissenschaften, 3. Aufl.
- Schumpeter, Joseph (1947): Capitalism, Socialism and Democracy, New York, Verl. Harper and Row.
- Segert, Dieter/Džihic Vedran (2009): Das jugoslawische Rätsel: Enklavendemokratie, Staatsschwäche und Probleme externer Demokratieförderung, in: Südosteuropa Mitteilungen, 03/04-2009, S.48-65.
- Sloan, Stanley R./Borchert, Heiko (2003): „Soft power“ als Lösung. Amerikanisch-europäische Beziehungen in Europa und über Europa hinaus, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hg.), OSZE-Jahrbuch, Baden-Baden, S.81-95.
- Smolnik, Franziska (2008): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien, in: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Heft 66/2008, online unter http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP_66.pdf (Stand 26.10.2010).
- Stambolija, Damir (2009): Die Rolle der EU im Kroatischen Demokratisierungsprozess, Univ. Wien, Dipl. Arbeit.
- Stewart, Susan (2007): EU Democracy Promotion in the Western Balkans, in: Jünemann, Annette/Knodt, Michéle (Hg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. Baden-Baden, S.231-246.
- Ströhm, Carl Gustav (1976): Ohne Tito: Kann Jugoslawien überleben? Graz-Wien-Köln, Styria Verlag, entnommen aus: Petritsch, Wolfgang/Soliz, Christophe (Hg.): Zielpunkt Europa. Von den Schluchten des Balkan und den Mühen der Ebene, S.178-180.

- Tewes, Henning (1997): Das Zivilmacht Konzept in der Theorie der internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu Knut Kirste und Hannes W. Maull, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 4. Jahrgang, Nr. 2, S.347-360.
- Todorova, Maria (1999): Die Erfindung des Balkans, Darmstadt, Primus Verl.
- Vanhanen, Tutu (1990): The Process of Democratization. A Comparative Study of 147 States, 1980-1988. New York, zit. in Sandschneider, 2003, S.19.
- Vlahutin, Romana (2004): The Croation Exception, in: Batt, Judy: The Western Balcans: Moving on, Chaillot Paper Nr. 70, Eu Insitute for Security Studies, Paris.
- Whyte, Nicholas (2009): Die EU und der Westbalkan, in: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Zwanzig Jahre danach - postkommunistische Länder und europäische Integration, S.55-85.
- Woyke, Wichard (2006): NATO, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S.369-378.
- Zeidler, Jakob (2006): Serbiens Integration in die Europäische Union Politische Reformen von 2000- 2004. Die Strategie der EU für den Westlichen Balkan und die Hürden Serbiens am Weg in Richtung Brüssel, Univ. Wien, Dipl. Arbeit.
- Zeilinger, Bernhard (2007): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU, Univ. Wien, Dipl. Arbeit.

7.3 Internetquellen

- Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Serben wählen pro-europäischen Tadic, online unter: <http://www.bpb.de/themen/ZUX45F> (Stand 02.02.2011).
- Europäische Kommission. Erweiterung, Beziehungen zwischen der EU und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/the_former_yugoslav_republic_of_macedonia/relation/index_de.htm, (Stand 27.09.2010).
- Europäische Kommission. Erweiterung, online unter: http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2009_de.htm (Stand 26.10.2010).

- Europa - Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. Stabilisierung- und Assoziierungsprozess: westlicher Balkanraum, online unter: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/index_de.htm, (Stand 20.09.2010).
- Freedomhouse-Index. Methodology, online unter: http://freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=341&year=2010 (Stand 12.12.2010).
- Freedomhouse-Index. A History: online unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=249> (Stand 12.12.2010).
- Liste der Staaten die Kosovo bereits anerkannt haben: online unter: <http://kosova.org/page/Staaten-die-Kosovo-als-Unabhaengigen-Staatanerkannt-haben.aspx> (Stand 06.02.2011).
- Offizielle Website des Kooperationsrats für Südosteuropa: online unter: <http://www.rcc.int/126> (Stand 27.06.2010).
- Offizielle Website des Stabilitätspakt für Südosteuropa: online unter: <http://www.stabilitypact.org/> (Stand 27.06.2010).
- Parties and Elections: online unter: <http://www.parties-and-elections.de/serbia2.html> (Stand 20.12.2010).
- Presidency of the European Union. Statement on the Initialling of the Stabilisation and Association Agreement with Serbia, Brüssel, 07.11.2007, online unter: http://www.eu2007.pt/ue/ven/noticias_documentos/declaracoes_pesc/20071107pescservia.htm (Stand 10.06.2010).

7.4 Vorträge und andere Informationsquellen (nach Datum)

Podiumsdiskussion mit Henriette Riegler und Wolfgang Machreich, Vergangenheit und Zukunft des westlichen Balkan, Österreichisches Institut für Internationale Politik, 1040 Wien, Operngasse 20b, am 18.02.2010, 18:00.

Vortrag des neuen serbischen Botschafters Milovan Bozinovic, Serbien im regionalen und internationalen Kontext - Perspektiven und Herausforderungen, Diplomatische Akademie Wien, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a, am 24.02.2010, 19:00.

Vortrag im Rahmen des Seminars „Serbien und Montenegro“ mit Dzihic Vedran, Universität Wien, 1010 Wien, Universitätsstraße 7, am 17.03.2010, 17:00.

Studienreise im April/Mai 2010 Serbien/Belgrad, Gespräch mit dem österreichischen Botschafter Dr. Christian Koja in Belgrad, am 28.04.2010, 17:00.

8 Anhang

8.1 Wörtliches Protokoll über das Gespräch mit dem österreichischen Botschafter Dr. Christian Koja in Serbien/Belgrad, am 28.04.2010, 17:00.

Christian Koja seit September 2008 in Belgrad. Unvoreingenommener Blick nach Belgrad gekommen, kein Balkan-Experte, Allgemeine Vorurteile gegen Serben, die man in Österreich von der Kinderstube aus mitbekommt. Überrascht wenn man in Serbien ist, weil die Dinge nicht so sind wie es in Österreich propagiert wird. Interessant dass sich die Dinge anders darstellen und sich in viele Einzelteile zerlegen. Österreich unterstützt Serbien nachhaltig und durch viele Taten, aus der tiefen Überzeugung heraus, dass alle Länder des westlichen Balkans eine EU-Beitrittsperspektive haben sollen, nicht nur weil wir die Länder so lieben, sondern hier ist auch viel Eigeninteresse dabei. Einerseits Sicherheit für unsere Investitionen Österreich ist mit vielen Investitionen in Serbien vertreten (2Mrd. Euro seit dem Jahr 2000) ungefähr 300 österreichische Firmen sind in Serbien präsent, Groß- Mittel und Kleinbetriebe, andererseits gibt es die Überzeugung, dass die Beitrittsperspektive, wie es sich schon in anderen Ländern gezeigt hat, zur Stabilisierung dieser Länder beitragen kann und nachdem dies hier ein besonders unruhiger Teil dieses Kontinents war und zum Teil noch ist, glauben wir weil es einerseits gut ist, weil die EU noch immer etwas ist was anzieht, viele Menschen hier verbinden damit einen höheren Lebensstandard und einen gewissen Fortschritt aber uns ist bewusst, dass es nicht nur darum geht, sondern es geht auch darum, diese Länder nicht in ein Korsett hineinzuzwängen, dass ihnen zu eng sein wird und in dem sie auch weniger anstellen können, weil dann sind sie eben in dieser Gemeinschaft für Recht und Frieden ob das dann so funktioniert kann man sich heute fragen. Die Situation Serbiens: War Teil Jugoslawiens, nach 2000 BRJ dann 2002 umgetauft in Serbien und Montenegro da war die EU schon involviert mit Solana der heute unser Direktor des österreichischen Aussenministeriums ist. 2006 Referendum in Montenegro seitdem gibt es die Republik Serbien in der heutigen Form. Dieses Gebilde hat eine Beitrittsperspektive die von der EU bestätigt wurde, hat im Jahr 2006 begonnen über ein SAA mit Serbien zu verhandeln. Das wurde dann gestoppt weil die Zusammenarbeit mit dem ICTY zu wünschen übrig lies da waren auch wieder Ö, IT, GR die gesagt haben dass blockiert alles wir müssen irgendwie schauen dass wir das auf

den Weg bringen, vielleicht kann man sagen, dass sie die volle Erfüllung erst am Schluss bringen müssen. Vielleicht hilft das der Regierung gewisse Reformen umzusetzen, dass war dann auch. 12. Mai 2008 Wahlen für pro-europäisch, vorher Präsidentenwahlen Tadic gewonnen. Nach den Wahlen war eine interessante Zeit, es war nämlich nicht klar ob sich diese Regierung bilden kann, das wichtigste Element war der Einfluss der ehem. Milosevic-Sozialisten gegen diese Koalition, aber seither steht diese Koalition, unglaublich heterogene Koalition mit 14 Parteien. Einige haben wirklich nur 2 Abgeordnete im Parlament, die beste Partei sind die Sozialisten von Tadic, die sind 100% europäisch, machen nie einen Fehler, Tadic hat die Visafreiheit durchgebracht, Tadic macht keinen Fehler. Seither gibt es eben diese Koalition die sich leider nur auf 2 oder 3 Abstimmungen im Parlament stützen kann aber aus Angst vor Neuwahlen relativ stabil zusammenhält, der Beschluss damals von der EU am 29. April 2008 hat besagt, dass das SAA unterschrieben wird und auch das Interimsabkommen, dass ein Teil davon ist dass beides erst ratifiziert wird, wenn Serbien die volle Zusammenarbeit mit dem ICTY nachweisen kann. Da schaut man dann immer auf den Brammertz, dem Chefankläger des ICTY das hat dann zu einer gewissen Blockade geführt, weil Serbien hat dem Mladic und Hadzic nicht gefunden, dass sind die letzten 2 ausständigen Kriegsverbrecher von 44 die sie bereits ausgeliefert haben, und es gibt auch eine Reihe wo sie selber den Prozess gemacht haben, die 2 wichtigsten neben dem Karadzic fehlen eben noch. Karadzic haben sie ja gleich nach der Bildung der neuen Regierung 2008 ausgeliefert. Wir haben inzwischen den Eindruck und das bestätigen uns auch andere Botschafter und Geheimdienste, dass die serbische Sicherheitsdienststellen wirklich ernsthaft suchen, da gibts wirklich keinen Zweifel daran, auch die Minister sagen dass es keine politische Frage mehr diesbezüglich gibt, ob wir den finden wollen, wir wollen ihn finden wir finden ihn nur nicht. Man weiß nicht genau warum das möglich ist, dass man den nicht findet, wahrscheinlich gibt es eine ganz kleine Gruppe von 3-4 Leuten die den schützen und immer wieder den Ort wechseln. Brammertz glaubt dass Mladic in Serbien ist, 0 Hinweise dass er woanders ist. Jedenfalls konnte ein Element losgeeist werden, dass war die Anwendung des Interimsabkommen, dass war auch Österreich sehr wichtig, weil man zeigen muss dass im EU-Beitrittsprozess auch etwas weitergeht weil der Fortschritt ist sehr klein die Regierung hinterlässt den Eindruck, dass sie eben das nicht halten kann was sie versprochen hat. Trade Agreement loszueisen, und die Visafreiheit mit 19. Dezember

2009, und Interimsagreement (Zoll) Zusage besteht von der EU, Brammertz Bericht war so positiv (Anfang Dez. 2009), der darlegt, dass Serbien alles tut was in seiner Macht steht, wenn der nächste Bericht im Juni 2010 wieder so ist, alle gehen davon aus dass er so sein wird, dann wird man auch den zweiten Teil des SAA beginnen zu ratifizieren, das wird dann wieder dauern bis alle 27 Mitgliedsstaaten das ratifiziert haben, dann kann man zeigen dass was weiter geht.

22.Dezember 2009 Beitrittsantrag von Serbien gestellt, für Ö noch etwas zu früh aber die Serben wollten positive Dynamik ausnützen

Grundproblem: EU ist bis vor einigen Jahren positiv gegenüber neuen Erweiterungsrunden gegenübergestanden aber heute 2004, 2007 und dann sind die ersten negative Erfahrungen gekommen, so darf es nicht noch einmal ablaufen, zweite die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 Europa getroffen hat auch Serbien ab Okt/Nov 2008 auch getroffen, dass hat natürlich die positive Einstellung zur Erweiterung auch etwas gebremst. EU Botschaftern ja wir wissen schon dass Serbien strategisch wichtig ist, dass Serbien Schlüsselland für die Befriedung des Balkans ist, trotzdem gibt es einige Länder die einfach sagen, Kroatien nehmen wir jetzt noch hinein weil die sind schon fast fertig und dann schauen wir uns das einmal an. Das wissen auch die Serben, deswegen sind sie auch in gewissen Bereichen, wie zB mit dem Kosovo leiden sie mühsam. Montenegro hat bereits den Fragenkatalog beantwortet und wird in kürze die Beitrittsverhandlungen aufnehmen, davon kann Serbien nur träumen. Serbien wird den Kandidatenstatus nicht vor nächsten Jahr erhalten.

Serbien ist interessanterweise neutral, nicht so wie Österreich mit einem Neutralitätsgesetz sondern das war eine Nacht- und Nebelaktion von Kostunica im Parlament und seither ist Serbien neutral. NATO ist besonders unbeliebt seit 1999 auf ganz Serbien! seither wissen die einflussreichen Politiker inkl. den Verteidigungsminister dass die Zukunft natürlich NATO heisst da die anderen Länder in der Region NATO-Mitglieder sind od. auf dem besten Weg dorthin, wenn einmal die Republica Srpska Teil von Bosnien und in der NATO ist, dann kann man das den Serben besser verkaufen auch NATO Mitglied zu werden, momentan sind sie sehr auf Neutralität daher schauen sie im Bereich Militär auf Österreich und wir sind total beliebt, ihr seits in der EU und neutral, das möchten wir auch.

Insgesamt ein Land dass unglaubliche Schwierigkeiten hat, nicht nur 10 Jahre verloren sondern 20 Jahre durch Milosevic, vergleich Berliner Mauer 1989 schwieriger Prozess aber 2004 in die EU geschafft. 2003 Kostunica hat sich zu einem extremen Nationalisten entwickelt und hat das Land nicht nach vorne bewegt sondern immer nur Kosovo Kosovo Kosovo gesagt hat, Strukturen blieben unverändert, Tycoons konnten sich ausbreiten viele Dinge gehören wahnsinnig reichen Tycoons (Miscovic) alle Lebensmittelmärkte gehören einem Hafen, Gründe, etc. --> negatives Phänomen, deshalb freuen sich viele Serben auf den EU-Beitritt weil sie meinen, dass dieser Prozess die Monopole aufbrechen wird. Zweiter Nachholbedarf was Infrastruktur betrifft, (Autobahn) Eisenbahn völlige Katastrophe, langsam, Züge sind veraltet.

Innenpolitik: Viele Parteien, 5% Klausel, G17 eh. reformfreudig heute leider nicht mehr so reformfreudig, wie steht man zum EU-Beitritt (Radikalen, Nikolic, SRS) SNS Fortschrittspartei in allen Umfragen führt seit mind. einem halben Jahr Nikolic, Nikolic würde jetzt gewinnen. Serbiens Schicksalswahlen jetzt ist zum ersten Mal wenn jetzt Wahlen wären, entweder DS Mitte-Links oder Mitte-Rechts aber die wären auch pro-europäisch - ganz klar für die europäische Integration. Heute nur mehr zwei Parteien die alten Radikalen und die DSS vom Kostunica die nicht pro-europäisch sind zuerst Kosovo dann EU.

Kosovo unlösbar auf kurze Sicht, 2006/07 Gespräche in Wien die zu keinem Ergebnis geführt haben, Serben sind extrem ungeschickt während der Kostunica Regierung und die Vermittler haben versucht klarzumachen dass der Weg in Richtung Unabhängigkeit es gibt nur Autonomie aber keine Unabhängigkeit sagen die Serben. Beziehung Russland-Serbien. Deutsches Modell Grundlagenvertrag 1972 hätten die Serben jetzt gerne. Kosovo nicht anerkennen ihr blockiert ihn nicht in der UNO Mitgliedschaft. Kosovaren Februar 2008 Unabhängigkeit erklärt. Kosovo Protektorat Ö hat sich dazu bekannt das Protektorat anzuerkennen. Serbien hat dann noch einen Zug gemacht der sich als äußerst geschickt herauskristallisiert hat, wir die Kosovo anerkennen haben gehofft dass es schnell zur Anerkennung gehen wird heute (April 2010) 66 Staaten haben den Kosovo anerkannt, Serben haben eine Debatte im Sicherheitsrat angestrebt, und den Sicherheitsrat dazu gebracht, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu beauftragen eine LeaderOpinion nicht bindend, aber politisch so wichtig und dass hat den Annäherungsprozess gestoppt, Serben sind jetzt auch draufgekommen, dass das für sie schlecht ist. So viele Probleme Zusammenarbeit mit EULEX im Kosovo, Kosovo

funktioniert nur bedingt, schwieriges Thema momentan warten wir die LeaderOpinion ab. Es wird kein JA/NEIN sein, ist die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo der vorübergehenden authorities of Kosovo im national law oder nicht, keiner erwartet JA oder NEIN irgendetwas mit Optionen.

Dann wird die Blockade aufhören, es ist mühsam. Kosovarische Behörden haben entschieden, dass die serbischen Handymasten im Kosovo abmontiert werden, ohne Voranmeldung. 80.000 Serben können nicht Handytelefonieren. Problem dass Serbien nicht mit den Autoritäten im Kosovo spricht, das läuft immer über 3 Ecken, nicht einmal inoffiziell, auch nicht mit der EULEX.

8.2 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name:	Alexandra RICHTER
Geburtsdatum:	24.11.1984
Geburtsort:	Wien
Staatsbürgerschaft:	Österreich

Ausbildung

1999-2005	Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe - Kulturtouristik Abschluss Reife- und Diplomprüfung Juni 2005.
10/2005-06/2006	Studium der Veterinärmedizin an der Veterinärmedizinischen Universität Wien.
seit 10/2006	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien (Diplomstudium) mit den Schwerpunkten: Politische Bildung, Internationale Politik und Politische Theorien und Kulturstudien. Diplomarbeitsthema: Serbien als EU-Mitgliedstaat? Probleme und Akteure externer Demokratisierung.

Berufserfahrung

Juli 2000/August 2001 August 2002/Juli 2004	Ferialpraktikum in der Ärztekammer für Wien
Juni - September 2003	Praktikum im Rahmen der schulischen Ausbildung, Restaurant La Creperie
seit Jänner 2006	Geringfügigkeit in der Landes Zahnärztekammer für Wien

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Niveau B2 Phase 3
Französisch	Niveau A2 Phase 2

Sonstige Aktivitäten und Interessen

April 2010	Studienreise nach Serbien, Belgrad-Vojvodina
------------	--

8.3 Zusammenfassung

Die Region westlicher Balkan ist durch Kriege, Nationalismus aber auch durch die Öffnung in Richtung Europäische Union (EU) geprägt. Die Konsolidierung der Demokratie in Südosteuropa kann zu einem großen Teil im Kontext des europäischen Integrationsprozesses gesehen werden, die Länder des westlichen Balkans haben spätestens seit dem Gipfeltreffen in Feira 2000 eine europäische Perspektive erhalten. Die EU stellt für Serbien einen der wichtigsten externen Demokratieförderer dar. Die Kraft der EU besteht vor allem darin, ihre Beitrittskandidaten zu demokratisieren und zu wirtschaftlichen Veränderungen zu ermutigen. Die EU arbeitet hauptsächlich mit anreizbasierten Instrumenten wie der politischen Konditionalität, dadurch kann eine maximale Wirkung der EU Strategien zur Demokratieförderung zu tragen kommen. Der Beitritt der betreffenden Staaten ist das nächste strategische Erweiterungsziel der EU, aber die EU ist auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Im Zuge der kriegesischen Auseinandersetzungen am westlichen Balkan stieß die EU schnell an ihre Grenzen. In Serbien konnte sie aufgrund der Politik von Slobodan Milosevic erst nach seinem Sturz 2000 Strategien entwickeln und Erfolg erzielen. Diese Diplomarbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, Grundsätze europäischer externer Demokratieförderung zu diskutieren, Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung zu beleuchten und eine Zwischenbilanz für die Region westlicher Balkan herauszuarbeiten.

8.4 Abstract

The Western Balkans are connected with war and nationalism, but there is also an European perspective since 2000. The European Union (EU) is one of the main external democracy promoters in Serbia. The force of the EU consists in the fact to democratize their candidate countries and to encourage economic changes. The EU is working with the political conditionality, thus achieve a maximum effect on democracy promotion. The EU is also confronted with new challenges, the opportunities are limited. In Serbia the EU could develop the strategies not until the year 2000. This paper examines to edit policies external democracy promotion, to analyze challenges and problems external democracy promotion and to work out a status quo for the region.